



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



SICHERHEITSBERICHT 2022



POLIZEI
NIEDERSACHSEN



**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,
DNA ENTSCHLÜSSELT.**

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

hinter uns liegt ein Jahr mit besonderen Herausforderungen und Ereignissen, mit denen vermutlich die wenigsten gerechnet haben. War es zu Beginn des Jahres noch die Corona-Pandemie, die uns nicht loslassen wollte, brach mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein Krieg los, der schwere Konsequenzen für uns alle nach sich gezogen hat und uns noch immer – mehr als ein Jahr später – beschäftigt. Er hat zu einer Energiekrise geführt, die jeden von uns betrifft.

Flüchtlingsströme, Inflation, die Verknappung von Ressourcen vor dem Hintergrund der Klimakrise und zunehmende antidemokratische Tendenzen – in Teilen besteht Unsicherheit darüber, wie es in unserem Land weitergehen wird, wie unsere Zukunft aussehen wird.

Wir, die Polizei, wollen in dieser Situation vor allem eines sein: Ein verlässlicher Partner, ein Fels in der Brandung, auf den sich die Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit verlassen können. Dieses Vertrauen in unseren Berufsstand ist seit jeher hoch, und diesem Vertrauen wollen wir gerade in Krisenzeiten gerecht werden.

Der Sicherheitsbericht, den Sie inzwischen in der siebten Auflage in den Händen halten, ist ein Baustein, der dazu beitragen soll, unsere Arbeit transparent und nachvollziehbar zu machen. Wir möchten darüber informieren, was wir im abgelaufenen Jahr geleistet haben und dass gerade wir die Augen vor Demokratiefreunden und Verschwörungstheoretikern nicht verschließen. Im Gegenteil: Wir gehen aktiv dagegen an. Wie Demokratieschutz bei, für und in der Polizei aussieht, ist deswegen eines der Schwerpunktthemen der diesjährigen Ausgabe.



Ein weiteres Thema des vorliegenden Hefts ist die Energiekrise, die auch vor uns als Polizei nicht halt macht. Auch wir müssen einerseits sparsam wirtschaften, andererseits aber auch dafür Sorge tragen, dass unsere Arbeit reibungslos weitergehen kann. Wie Polizei in Zeiten von Ressourcenknappheit arbeitet und welche Maßnahmen wir ergriffen haben, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben, darüber möchten wir Sie ebenfalls informieren.

Effizienz – darum geht es auch bei der landesweiten Einrichtung der neuen Fachkommissariate Forensik. Sie sollen helfen, noch bessere Ergebnisse zu erzielen, und Synergien dort nutzen, wo es angebracht ist. In dieser neuen Organisationsstruktur werden Servicebereiche noch stärker und professioneller als zuvor wahrgenommen, zudem soll mit ihr der digitale Wandel in der Polizei vorangetrieben werden. Wie genau das funktioniert und welche Arbeit die neuen Fachkommissariate leisten, ist ein weiteres Thema des Sicherheitsberichts 2022.

Daneben wollen wir Ihnen wieder Einblicke gewähren in die Kriminalitätsbe-

kämpfung, in die Schwerpunkte im Verkehrsbereich, in die Prävention sowie in den Bereich Ausstattung und Technik. Den regionalen Bezug stellen die Polizeiinspektionen her, die ihre Arbeit des vergangenen Jahres umfänglich präsentieren.

Der Fels in der Brandung – dass wir diesem Anspruch im vergangenen Jahr gerecht geworden sind, davon bin ich überzeugt. Wir möchten, dass das auch in Zukunft so bleibt, und sind deswegen besonders bemüht, im Dialog zu bleiben – mit den Kommunen, den Medien und natürlich auch mit den Menschen in der Region.

Ich wünsche Ihnen daher eine interessante Lektüre und einen spannenden Einblick in unsere Arbeit, deren Ziel es immer war und sein wird, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen – darauf können Sie sich verlassen.

Tanja Wulff-Bruhn

Tanja Wulff-Bruhn
Polizeipräsidentin

Inhaltsverzeichnis

Organisation

Präsent vor Ort

Die Polizeidirektion Göttingen im Überblick
Die Polizeidirektion Göttingen in Zahlen
Demokratienschutz in der Polizei
Nachwuchs für den Polizeiberuf

Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement
Schutz der kritischen Infrastruktur
Hunde im Dienst der Polizei

Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen
Schutz der Demokratie
Hasskriminalität
Fachkommissariate Forensik
Sonderkommission „Cold Case“
Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte
Zentrale Kriminalinspektion

Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs

Verkehrslagebild
Regionale Kontrollgruppe
Im Einsatz: Gefahrgutunfall auf der Autobahn 7

Im Portrait

Die Polizeiinspektion
Nienburg/Schaumburg im
Überblick

Vorwort
Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im Überblick
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
Demokratienschutz in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
Kriminalitätsentwicklung
Verkehrslagebild
Unsere Arbeit 2022
Prävention in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
Sicherheitspartnerschaften

Prävention in der PD

Wir klären auf und beraten

Prävention in der Polizeidirektion Göttingen
Präventionspuppenbühnen der Polizeidirektion Göttingen

Technik & Ausstattung

Auf alle Lagen vorbereitet

Moderne Technik im täglichen Einsatz

Schlusswort der Polizeipräsidentin
Impressionen
Impressum



Organisation

Präsent vor Ort

Die Polizeidirektion Göttingen im Überblick

In zwei Abteilungen wird die polizeiliche Arbeit in einer Flächenbehörde organisiert und verwaltet

Die Polizeidirektion Göttingen ist für die Sicherheit von mehr als 1,2 Millionen Menschen auf einer Fläche von fast 7.800 Quadratkilometern zuständig. Der Zuständigkeitsbereich umfasst dabei sieben Landkreise sowie eine kreisfreie Stadt, in denen fünf Polizeiinspektionen, 20 Polizeikommissariate sowie 66 Polizeistationen zu finden sind. Mehr als 3000 Mitarbeitende sind in der Polizeidirektion Göttingen tätig.

Zur Polizeidirektion Göttingen gehört auch die Wasserschutzpolizei in Nienburg. Sie ist für die Sicherheit auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See verantwortlich und betreut etwa 380 Kilometer Wasserstrecke. Für die Bundesautobahnen, die durch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen verlaufen –



Mathias Schröder.



Lisa Bode.

die A7 und die A38 –, sind die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei verantwortlich. Sie sind mit Hildesheim und Göttingen an gleich zwei Standorten vertreten. In der Zentralen Kriminalinspektion, die in Hildesheim angesiedelt ist, werden schwere Kriminalitätsphänomene, unter anderem Organisierte Kriminalität, Bandenkriminalität und



Tanja Wulff-Bruhn.

Korruption sowie Wirtschaftskriminalität bearbeitet.

Präsidentin an der Spitze

Geleitet wird die Polizeidirektion Göttingen von Tanja Wulff-Bruhn. Sie ist seit 1997 bei der Polizei Niedersachsen und war vor ihrem Wechsel nach Göttingen im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport tätig. Tanja Wulff-Bruhn lebt mit ihren beiden Kindern im Süden der Region Hannover und folgte im April 2023 auf Gwendolin von der Osten, die als Präsidentin in die Polizeidirektion Hannover wechselte.

Organisatorisch ist die Polizeidirektion Göttingen in zwei Abteilungen gegliedert. Der Abteilung 1 sind die Dezernate für Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel zugeordnet. Hier wird der polizeiliche Aufgabenvollzug verwaltet. Geleitet wird die Abteilung von Mathias Schröder, der im April die Nachfolge von Gerd Lewin als Polizeivizepräsident angetreten hat.

Rechtsangelegenheiten und die Bewirtschaftung der polizeilichen Liegenschaften werden in den beiden

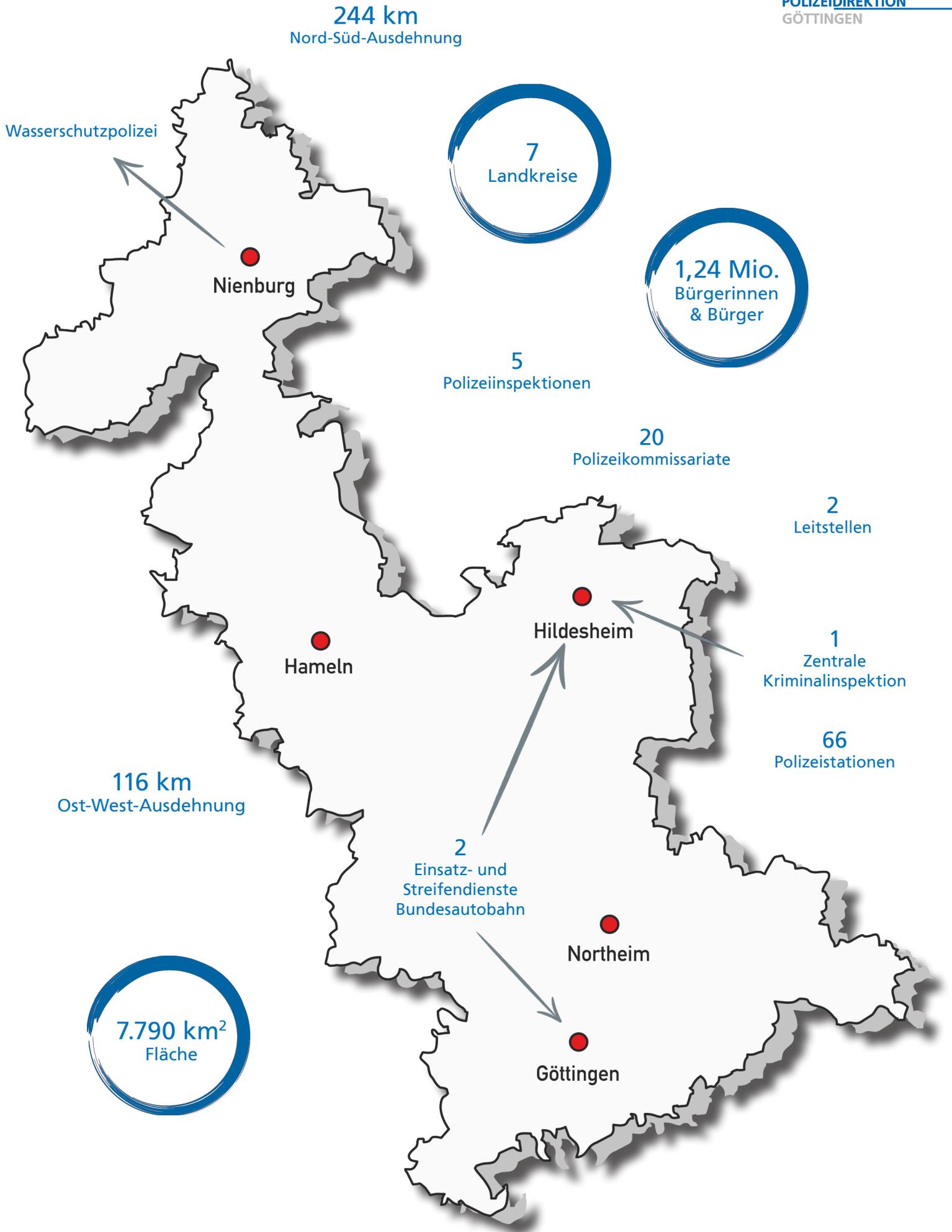
Dezernaten der Abteilung 2 bearbeitet. Neue Leiterin der Abteilung 2 ist Regierungsdirektorin Lisa Bode, die im Januar 2023 die Nachfolge von Karin Gedaschko angetreten hat. Gedaschko war im August 2022 in den Ruhestand verabschiedet worden.

In den sechs Dezernaten sind fast 300 Menschen tätig – sowohl Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte.

Zentrale Aufgaben

Ein weiteres Dezernat ist der Polizeipräsidentin direkt angegliedert: Die Mitarbeitenden des Dezernats 01 – Zentrale Aufgaben – befassen sich mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, dem interkulturellen Dialog, der Arbeitssicherheit sowie den Sozialen Medien.

Direkt angegliedert sind der Präsidentin zudem die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte. Im engen Austausch steht die Präsidentin zudem mit dem Bezirkspersonalrat.



Die Polizeidirektion Göttingen in Zahlen

Mehr als 3000 Mitarbeitende sorgen in vielfältigen Bereichen für eine funktionierende Polizeiarbeit



3071 Mitarbeitende kümmern sich täglich in vielen verschiedenen Bereichen der Polizei um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Neben 2609 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sind das auch 48 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie 414 Tarifbeschäftigte, die mit ihrem externen Knowhow und ihrer Erfahrung einen wichtigen Beitrag für die polizeiliche Arbeit leisten. Sie kommen unter anderem aus den Bereichen der Rechtswissenschaften, der Medien- und Kommunikationswissenschaften, der Sozial- und Kulturpädagogik, dem Gesundheitsmanagement, der Infor-

matik, der interkulturellen Kompetenz sowie des Prozessmanagements und der Sozialwissenschaften und sind nicht nur im Behördenstab, sondern auch in den Inspektionen in der Fläche tätig. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen liegt bei 42,15 Jahre, 38,88 Prozent sind weiblich. Der Frauenanteil steigt kontinuierlich: Im Jahr 2020 lag er bei 35,5 Prozent, im Jahr 2021 bereits bei 37,39 Prozent.

Maximal 20 Minuten Anfahrt

Die Aufgaben der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind ebenso

vielfältig, wie die Menschen, für die sie tätig sind: Neben der Gefahrenabwehr, der Aufklärung von Straftaten sowie der Verkehrssicherheitsarbeit bildet die Prävention einen wichtigen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Die Bewältigung dieser Aufgaben ist dank der flächendeckenden Verteilung der Dienststellen sowie dem „Rund-um-die-Uhr“-Betrieb an 27 Standorten möglich. Rechnerisch betreut eine Polizeivollzugsbeamtin/ein Polizeivollzugsbeamter 511 Bürgerinnen und Bürger. Die nächste Dienststelle ist nicht weiter als 20 Kilometer entfernt, ein Einsatzort wird in maximal 20 Minuten erreicht.

2.496 ausgelöste Alarme
3.093 Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen
7.048 Streits und Ruhestörungen
2.453 erkennungsdienstliche Behandlungen
1.509 Such- und Fahndungsmaß-

nahmen bei Vermissten und Verschwundenen
3.413 Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich
88.965 bearbeitete Strafanzeigen
4.352 Fundsachen
863 Brandermittlungen
4.270 Ordnungswidrigkeiten

2.434 Todesursachenermittlungen
30.689 bearbeitete Verkehrsunfälle
39.840 Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschwindigkeit
19.966 Anzeigen und Hinweise über die Online-Wache

Aufgaben in Zahlen 2022



Personal

- 3071** Mitarbeitende
- 1194** Frauen
- 2609** Vollzugsbeamtinnen und -beamte
- 414** Beschäftigte
- 48** Verwaltungsbeamtinnen und -beamte



Diensthunde

- 22** Diensthunde
- 9** Welpen/Junghunde in Ausbildung
- 28** Diensthundführerinnen und -führer



Fahrzeuge

- 228** Streifenwagen
- 134** Spezialfahrzeuge
- 14** Motorräder
- 185** zivile Fahrzeuge
- 20** E-Fahrräder

Demokratienschutz in der Polizei

Mit vielfältigen Maßnahmen will die Polizeidirektion Göttingen gegen antidemokratische Tendenzen vorgehen und ihre Mitarbeitenden weiter stärken und sensibilisieren

Deutschland ist ein weltoffenes, vielfältiges Land, das allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, sich frei zu entfalten und zu entwickeln und in Frieden und Sicherheit zu leben – unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht. Grundlage dafür ist unser Grundgesetz, das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern das Ergebnis einer langen Entwicklung und dem Engagement vieler mutiger Menschen zu verdanken, die für ein Wertesystem eingetreten sind, das heute unser gesellschaftliches Fundament bildet.

Die vergangenen Jahre haben jedoch ganz deutlich gezeigt: Nicht alle Menschen haben noch Vertrauen in unsere Demokratie, Skepsis bis hin zu offener Feindseligkeit gegenüber staatlichen Institutionen sowie demokratischen Prozessen sind keine Randerscheinung mehr. Querdenker, Verschwörungsideologen und rechte Populisten er-

freuen sich eines beunruhigenden Zulaufs.

Was hat das mit uns zu tun? Die Polizei ist nicht nur Teil des demokratischen Systems, sondern als Verkörperung der demokratischen Werte und von Recht und Ordnung, in besonderem Maße verpflichtet, die Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Es muss zwingend verhindert werden, dass etwa rechtspopulistische Denkweisen Einzug in die Polizei halten.

Wird dem nicht wirksam vorgebeugt, und wird ihnen nicht wirksam begegnet, droht akute Gefahr für das gelehrte und gelebte berufliche Selbstverständnis ebenso wie für das herausragende Vertrauensverhältnis zwischen den Menschen in diesem Land und der Polizei. Nicht zuletzt bedeutet Demokratienschutz auch Selbstschutz für die Polizei.

Bundesweit einzigartiges Konzept

Die Polizeidirektion Göttingen hat aus

diesem Grund und im Rahmen der niedersachsenweiten Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ bereits Ende 2021 ein Konzept erarbeitet, um die Demokratiefestigkeit aller Mitarbeitenden weiter zu stärken und zu festigen sowie eine große Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen zu entwickeln. Ziel ist es, alle Mitarbeitenden zum „Gegenhalten“ zu ermutigen und zu befähigen und beispielsweise eine diskriminierungsfreie Sprache und die Verinnerlichung demokratischer Werte zu fördern.

Darüber hinaus soll das Konzept dazu beitragen, eine Kultur des Hinschauens und des niederschweligen Einschreitens zu fördern, wenn Verhalten erkannt wird, das von den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abweicht. Inzwischen wurden auch schon die ersten konkreten Maßnahmen im Rahmen dieses Konzepts umgesetzt, etwa Fortbildungen, Vorträge, Exkursionen und Demokratienschutz-Kampagnen.

Demokratienschutzpaten

Unter anderem wurden in allen Inspektionen der Polizeidirektion Göttingen sogenannte Demokratienschutzpatinnen und -paten eingesetzt. Ihre Etablierung ist nicht nur strategisches Ziel des Landes Niedersachsen.

Sie sollen sich in ihren Dienstbereichen besonders für die Werte der demokratisch gelebten Polizeikultur einsetzen und ihren Kolleginnen und Kollegen ganz praktisch Angebote unterbreiten, um die politische Bildung nachhaltig zu fördern. Auch nach außen sollen sie wirken und das Vertrauensverhältnis zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern stärken.



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit dem Museum Friedland im Oktober 2022: Gwendolin von der Osten (li.) und Dr. Anna Haut.

Kooperation mit Museum Friedland

Ein weiterer Baustein zur Förderung der Demokratie innerhalb der Polizei ist die im Oktober 2022 geschlossene Kooperation mit dem Museum Friedland im Landkreis Göttingen. Für die ehemalige Präsidentin Gwendolin von der Osten eine Herzensangelegenheit: An keinem anderen Ort lässt sich mehr Verständnis für Flucht und Migration schaffen, als in Friedland. Das Museum und die Polizeidirektion wollen künftig im Bereich der Aus- und Fortbildung zusammenarbeiten.

Migration und Flucht haben in der deutschen Nachkriegsgeschichte immer wieder eine große Rolle gespielt. Menschen aus vielen Ländern der Welt haben in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden und sind heute fester Bestandteil der Gesellschaft, auch innerhalb der Polizei. Doch wie wirkt sich Migration aus? Welche Effekte hat sie auf unser Zusammenleben? Welche Erfahrungen haben wir bislang mit Zuwanderung gemacht? Und was wird noch auf uns zukommen? Diese und weitere Fragen sollen künftig im Rahmen der Kooperation zentrale Themen in der Aus- und Fortbildung von Polizeikräften der Polizeidirektion Göttingen sein.



Was die Polizei sonst noch tut

Neben all den Bemühungen, die im Zuge des niedersachsenweiten Projekts und des Konzepts der Polizeidirektion Göttingen erarbeitet und vorangetrieben werden, hat die Polizei Niedersachsen schon bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber den Demokratieschutz im Blick: Bewerberinnen und Bewerber, die in ein Beamtenverhältnis eingestellt werden sollen, erhalten nur Zugang in ein öffentliches Amt, wenn bestimmte

Kriterien erfüllt werden, die im Vorfeld der Einstellung überprüft werden. Dazu gehören unter anderem die charakterliche Eignung sowie die im Grundgesetz verankerte Verfassungstreue der Beamtinnen und Beamten. In das Beamtenverhältnis wird nur berufen, wer

zutreten. Damit wird die Gefahr, dass Menschen mit rechtsextremen oder verschwörungsideologischem Gedankengut in die Polizei eintreten, bereits minimiert.

Auch während des Studiums werden die angehenden Nachwuchskräfte ermutigt, sich kritisch mit Ihrer Rolle als Polizistin bzw. Polizist in der demokratischen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Neben historischen und rechtlichen Aspekten

wird dabei auch Wert auf die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und Deeskalationstechniken gelegt.



die Gewähr dafür gibt, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ein-

Nachwuchs für den Polizeiberuf

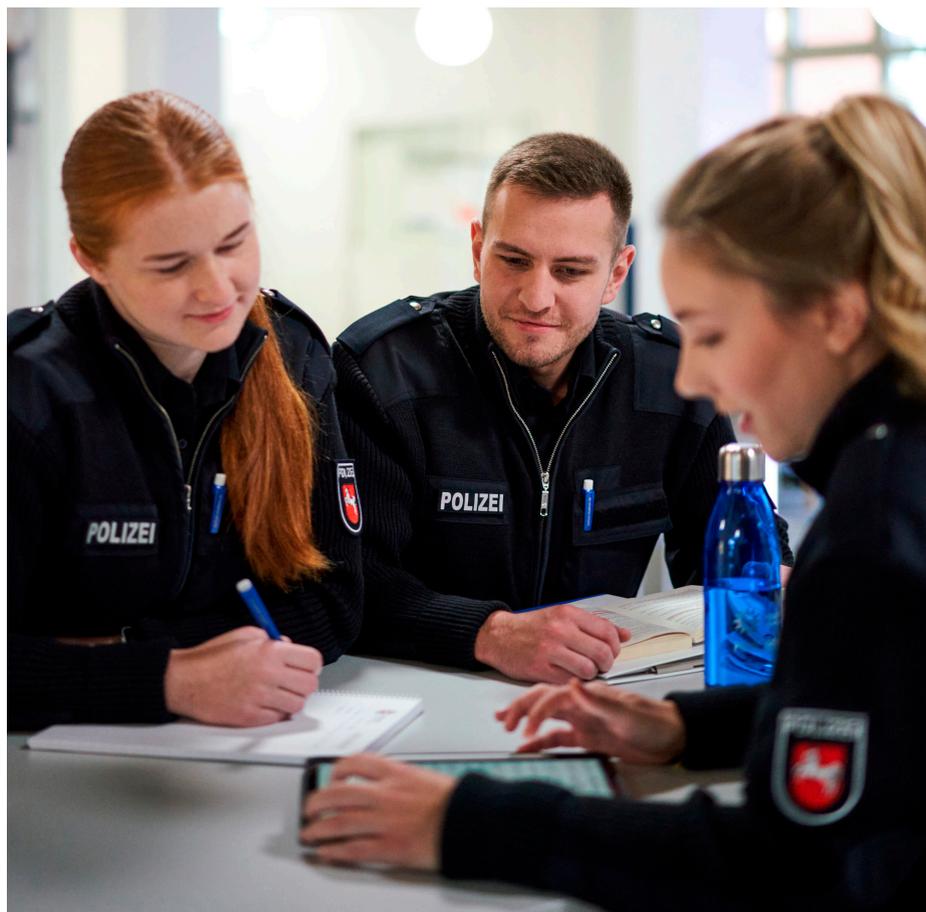
Um junge Menschen zu gewinnen, geht die Polizei neue Wege in der Nachwuchswerbung

Auch im Jahr 2022 haben sich wieder viele jungen Menschen für eine Zukunft bei der Polizei entschieden. Um geeigneten Nachwuchs zu finden, ist die Polizeidirektion Göttingen dabei auch neue Wege gegangen.

In Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen wurden bzw. werden die Internetseiten der Polizeiinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen einheitlich und aktuell gestaltet. Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzwinden wurde hierfür als „Best Practice“ ausgewählt. Die Werbeseite wurde bereits überarbeitet und veröffentlicht. Die anderen Inspektionen werden folgen.

Bewerbungen

- **4339 Bewerbungen** für die Polizeiakademie sind im Jahr 2022 eingegangen – 551 davon für die Polizeidirektion Göttingen
- **122 Bewerbende** wurden zum Studium an der Polizeiakademie für die Polizeidirektion Göttingen zugelassen
- **Von den 122 Studierenden** sind 61,47 Prozent weiblich, 38,53 Prozent männlich.
- 107 Jugendliche haben sich im Jahr 2022 um einen Platz bei der Polizei im Rahmen der Fachoberschule beworben – mit sechs von ihnen wurde ein Vertrag geschlossen.



Geworben und informiert wird zudem mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern. So fand im vergangenen Jahr am Landgericht Göttingen eine Personalwerbeveranstaltung statt, an der sich neben der Polizei auch das Finanzamt, die Justizvollzugsanstalt Rosdorf und die Bundeswehr beteiligt haben. Sie soll in diesem Jahr wiederholt werden.

Die Agentur für Arbeit hat eine aktuelle Präsentation erhalten, damit auch Interessierte, die den Studiengang wechseln möchten oder abgebrochen haben, erreicht werden. Zudem wurde die Polizeidirektion Göttingen als Arbeitgeber auf der Online-Plattform Berry2b gelistet. Hier haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, mit der Nachwuchswerbung in Kontakt zu treten. Weiterhin wird den Bewerbenden ein „Schnuppertag“ angeboten. Ziel hierbei ist auch die Bewerberbindung sowie das Kennenlernen der voraussichtlich zukünftigen Dienststelle. Auch werden von einzelnen Inspektionen zu-

sätzliche Elternabende angeboten. Um auch im Alltag der Menschen präsent zu sein, wird mit Warentrennern in regionalen Supermärkten um Nachwuchs geworben.

Im vergangenen Jahr haben Interessierte zudem zu einem späten Zeitpunkt noch die Möglichkeit erhalten, sich für das Studium zu bewerben. Im September 2022 wurde erneut das Bewerbungsverfahren geöffnet – mit Erfolg. Um die Bewerbenden weiter zu binden, wurde ein WhatsApp-Account eingerichtet, über den die angehenden Studierenden den Kontakt zu ihrer Behörde halten und Fragen stellen können. 2023 konnten und können sich Interessierte wieder bei der Polizei bewerben – zum 1. September.

Bei all den Bemühungen hat die Polizei aber festgestellt: Die besten Werbepartnerinnen und -partner sind die Mitarbeitenden selbst, die die Nachwuchsgewinnung sehr unterstützt haben.



POLIZEI

Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen

Notruf- und Einsatzmanagement

Zwei Leitstellen sind dem Dezernat 12 zugeordnet. Hier werden rund um die Uhr Notrufe bearbeitet. Das Dezernat hat aber noch weitere Aufgaben

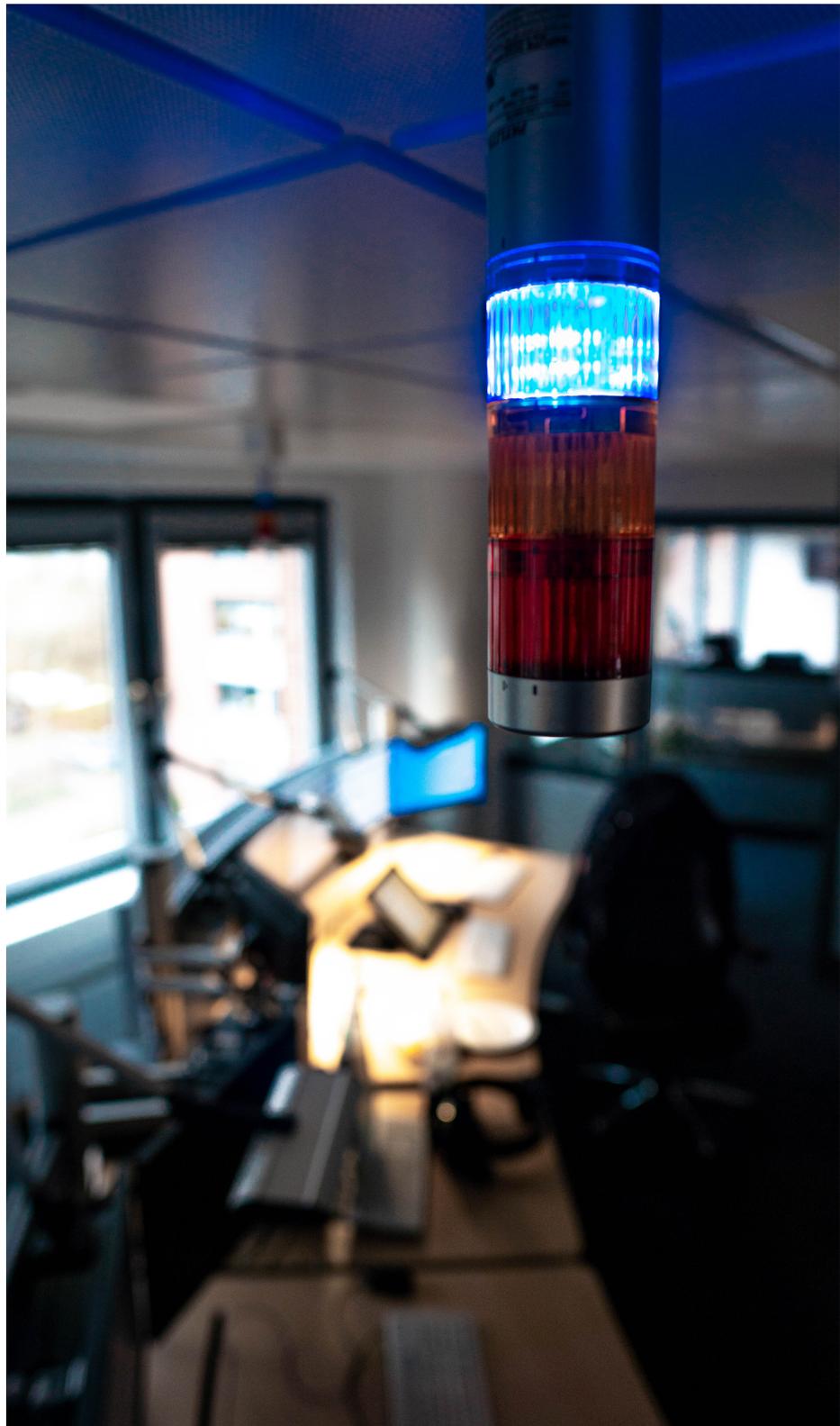
Alle dreieinhalb Minuten geht in den beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen ein Notruf über die 110 ein. Diese Notrufe werden von 85 Mitarbeitenden an 24 Stunden am Tag, an sieben Tagen die Woche und 365 Tagen im Jahr im Schichtdienst professionell abgearbeitet und Hilfe gefunden für jede nur erdenkliche Lebenslage der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 2022 waren es 156.089 Notrufe.

Kontaktstelle zu anderen Behörden

In der Leitstelle „Weser“ sind 42 Mitarbeitende tätig. Sie ist für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs, also für die Notrufe aus den Polizeiinspektionen Northeim und Göttingen, zuständig und stellt als Behördenleitstelle neben ihrer regulären Aufgaben eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen.

Die Leitstelle „Süntel“ ist für Notrufe aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzwinden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg verantwortlich. 43 Mitarbeitende kümmern sich um die Bearbeitung der Notfälle.

Nicht jeder Einsatz, der von einer der beiden Leitstellen bearbeitet wird, geht auf einen Notruf zurück, sondern auch auf Meldungen auf einer Polizeiwache oder auf eigeninitiierte Feststellungen der Polizistinnen und Polizisten. Letzte-



re leisteten im vergangenen Jahr 76.053 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze außerhalb der Alltagsarbeit. Das waren 1359 Versammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen (73.595 Einsatzstunden), 120 Demonstrationen im Themenkomplex Russland-

Ukraine-Krieg (1165 Einsatzstunden) sowie 79 Versammlungen zum Thema Klimakrise (1293 Einsatzstunden). Weitere erwähnenswerte größere Einsätze mit hohem Personaleinsatz waren unter anderem die Bombenräumung in Göttingen sowie die viertägige Be-

setzung des Felix-Klein-Gymnasiums in Göttingen.

Vorbereitet auf den Ernstfall

Die beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen gehören organisatorisch dem Dezernat 12 – Einsatz und Verkehr – an. Hier werden viele weitere Themen rund um das Notruf- und Einsatzmanagement bearbeitet und fachlich entwickelt – unter anderem auch das polizeiliche Vorgehen bei Großschadensereignissen. Hierzu zählen unter anderem Terroranschläge, Amokläufe, Großveranstaltungen und schwere Naturkatastrophen. Diese werden in der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation (BAO) bewältigt. Sie wird immer dann ausgerufen, wenn Ereignisse, wie die genannten, die Möglichkeiten der Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) – also dem normalen Alltagsbetrieb – übersteigen und eine Vielzahl von polizeilichen Kräften zur

Bewältigung der Lagen erforderlich ist. Im Dienstgebäude der Polizeidirektion an der Groner Landstraße in Göttingen wurde für derartige Situationen ein spezieller Lageraum eingerichtet, von dem aus die Polizeiführung den Einsatz in einer Großschadenslage koordiniert, begleitet von Führungskräften aus allen Bereichen der polizeilichen Arbeit.

Großangelegte Übung

Wie der Ernstfall aussehen könnte, ob die Konzepte greifen und wo nachgebessert werden kann, war Thema einer großangelegten Übung im November 2022, in die alle Einsatzabschnitte in Echtzeit eingebunden waren und die von einem Gegenstab beobachtet wurde. Darüber hinaus erhielt die Polizeidirektion Göttingen fachliche Unterstützung von externen Beratern. Es war die erste Übung, die in einem größeren Umfang nicht nur den Führungsstab der Behörde, sondern auch die Ein-

satzabschnitte forderte. Angenommen wurde ein Anschlagsszenario an einer Schule im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen. Die besondere Herausforderung lag darin, dass die unterschiedlichsten Teilbereiche bis ins Detail simuliert werden mussten. Hierbei galt es, sich so zu koordinieren, dass trotz verschiedener Einspielungen bei unterschiedlichen Adressaten für den Führungsstab der Polizeiführung ein schlüssiger Sachverhalt entstand. Das Fazit fiel am Ende durchweg positiv aus.

Notruf- und Einsatzmanagement sowie die Bewältigung besonderer Lagen sind nur zwei der Aufgabenbereiche, die im Dezernat 12 bearbeitet werden. Auch die Diensthundführergruppen der Polizeidirektion Göttingen mit Sitz in Göttingen, Hameln, Hildesheim und Nienburg sind hier angegliedert.



Schutz der Kritischen Infrastruktur

Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise stellen auch die Polizei vor Herausforderungen. Die Polizeidirektion Göttingen hat frühzeitig Schritte eingeleitet, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein.

Mit Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 rückte die Corona-Pandemie, die bis dahin das Einsatzgeschehen dominierte, immer mehr in den Hintergrund. Die Bevölkerung wurde mit steigenden Energiepreisen konfrontiert. Die Sorge um bezahlbare Energie und die generelle Verfügbarkeit von Ressourcen, insbesondere Erdgas und Strom, bestimmen seitdem in erheblichem Maße das tägliche gesellschaftliche und politische Leben.

Auch die Polizei des Landes Niedersachsen ist in der Pflicht, sowohl interne Energiesparmaßnahmen als auch Schutzmaßnahmen für die Kritische Infrastruktur zu initiieren. Zudem sind zukunftsfähige Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der polizeilichen Kernaufgaben sowie die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung zu treffen.

Die Gefahr einer Ressourcenmangel-lage machte das Entwickeln von Notfallkonzepten erforderlich, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Mobilität und der Kommunikation sowie der IT-Nutzung. Vor diesem Hintergrund wurden Objektdaten zu Benzin-Gastankanlagen und Energieversorgern erhoben und in die Einsatzleitsysteme der Leitstellen „Weser“ und „Süntel“ eingepflegt. Zudem wurden in mehreren Fällen Schutzmaßnahmen – also eine verstärkte Streifenfälligkeit – definiert und unter Berücksichtigung des tagesaktuellen Einsatzgeschehens und der zur Verfügung stehenden Personalstärken umgesetzt.

Bereits im Vorfeld einer konkreten ministeriellen oder behördlichen Auftragslage haben die Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen eigeninitiativ Gespräche und Planungen mit

kommunalen Verantwortungsträgern, Katastrophenschutzdienststellen und öffentlichen Verkehrsbetrieben aufgenommen, um im Falle einer Ressourcenmangel-lage die Mobilität und Aufrechterhaltung der Digitalfunkkommunikation und IT-Anwendungen für einen bestimmten Zeitraum gewährleisten zu können.

Eigene Koordinierungsstelle

Auch wurde durch das Niedersächsische Innenministerium ein Konzept zur Ressourcenmangel-lage erarbeitet und zur Stellungnahme in die Polizeibehörden gegeben. Zusätzlich zu den avisierten Regelungen auf Landesebene hat die Koordinierungsstelle (KoSt) des Dezernates 12 der Polizeidirektion Göttingen im Januar 2023 eine Arbeitstagung im Zusammenhang mit der Bewältigung von Krisenszenarien im Zuständigkeitsbereich einberufen. Teil-





nehmende waren Vertreterinnen und Vertreter der Polizeiinspektionen sowie der Fachdezernate. In Anlehnung an den Konzeptentwurf des Niedersächsischen Innenministeriums wurden dabei im Rahmen mehrerer Workshops die Themenfelder Einsatz/Verkehr/Kriminalität, Kommunikation/IT-Strukturen/Mobilität/Logistik sowie Personal/interne Kommunikation/Medienarbeit genauer betrachtet.

Dabei galt es, Problemfelder zu erkennen und zu beschreiben, Lösungsansätze zu finden sowie Verantwortlichkeiten für bestimmte Fragestellungen zu definieren.

Im Ergebnis wurden eine Vielzahl von häuslicheren Aspekten, rechtlichen Grundlagen, Problemstellungen im Zusammenhang mit der Personaldisposition sowie dem allgemeinen Personalmanagement, einsatztaktischen Fragestellungen, Herausforderungen

im Zusammenhang mit der IT/Kommunikation und der Sicherung der Mobilität und Ansprüchen an die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit diskutiert.

Anschließend konnten die Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen in konkrete Auftragslagen für die Inspektionen und die Fachdezernate der Polizeidirektion Göttingen zusammengefasst und in die

Die Polizei hat frühzeitig zukunftsfähige Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der polizeilichen Kernaufgaben sowie die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung getroffen.

weitere Bearbeitung durch die beteiligten Stakeholder gegeben werden. Parallel dazu hat die Koordinierungsstelle des Dezernates 12 – aufwachsend und regelmäßig an die aktuelle Lageentwicklung sowie den Fortgang der Maß-

nahmenumsetzung angepasst – eine Rahmenkonzeption zur Bewältigung von Krisenszenarien in der Polizeidirektion Göttingen erstellt.

Tagung mit Städten und Kreisen

Des Weiteren fand Ende Februar 2023 eine Tagung der Behördenleitung der Polizeidirektion Göttingen sowie der Inspektionsleitungen mit den Hauptver-

waltungsbeamtinnen und -beamten der Städte und Landkreise im Zuständigkeitsbereich

statt, in deren Rahmen die Beteiligten durch Vorträge und bilaterale Gespräche über die seitens der Polizei kurz-, mittel- und langfristig geplanten Maßnahmen zur Bewältigung von Krisenszenarien informiert wurden.



Hunde im Dienst der Polizei

Polizeihunde sind heutzutage kein reines „Einsatzmittel“ mehr – sondern auch Familienmitglieder.

Wer erinnert sich nicht an die vielen netten Welpenfotos, die es in der jüngsten Vergangenheit vermehrt in den Sozialen Medien zu sehen gab. Ja, das Diensthundwesen befindet sich seit geraumer Zeit im Wandel. Aber nicht nur die Diensthundführerinnen und -führer unterliegen der Veränderung unter dem wachen Auge der Bevölkerung und den kontinuierlichen Weiterentwicklungen wissenschaftlicher kynologischer Ansätze, sondern eben auch der Diensthund an sich.

Früher noch suchte der „Hundeeinkäufer“ erwachsene selbstbewusste starke Hunde, die dann nur zu häufig im Einsatz schwierig zu händeln waren und im Privatleben oftmals im Zwinger lebten. Heute sollen die Diensthunde gut im Gehorsam stehen, denn nur die Diensthundführerinnen oder der Diensthundführer kann und muss den Zwangsmittel Einsatz nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen jederzeit bestimmen und beenden können. Darüber hinaus sollen die Diensthunde in allen anderen

Lagen dem Menschen gegenüber eher neutral eingestellt sein.

Novellierung der Tierschutzhundeverordnung

Mit der Novellierung der Tierschutzhundeverordnung zum 1. Januar 2022 und der Einordnung des Stachelhalsbandes als verbotenes Ausbildungsmittel kippte der letzte Stein und machte den Weg frei für eine moderne Ausbildung, die mit der Anschaffung von Welpen einhergeht, um diese von Anfang an spielerisch und freudig auf ihre spätere Aufgabe stressfrei vorzubereiten.

2022 waren das als Newcomer die zwei Deutschen Schäferhunde „Emma“ und „Nova“ und die sechs Belgischen Schäferhunde „Kira“, „Chief“, „Mojo“, „Devil“, „Floki“ und „Emmi“. Ebenfalls in der Junghundausbildung ist nun auch die Labradorhündin „Donna“ als jüngstes Mitglied.

Die Welpen und Junghunde bekommen nach ihrer Ankunft ausreichend Zeit, sich an ihr „neues Zuhause“ zu gewöhnen und ihre Diensthundführer

Schon gewusst?

Im Jahr 2022 übernahmen die Spezialhunde der Polizeidirektion Göttingen 685 Einsätze.

Allein die Banknotenspürhunde erschnüffelten knapp 400.000 Euro, wobei „Crash“ in einer Matratze die gut versteckte Einzelsumme von 125.000 Euro fand.

Die Diensthundführerinnen der Polizeidirektion Göttingen übernahmen 2022 insgesamt 2420 Einsätze.

Alte Diensthunde bleiben nun auch nach ihrem Eintritt in den Ruhestand Eigentum der Polizei Niedersachsen. Eine formelle Aussonderung findet also nicht mehr statt.

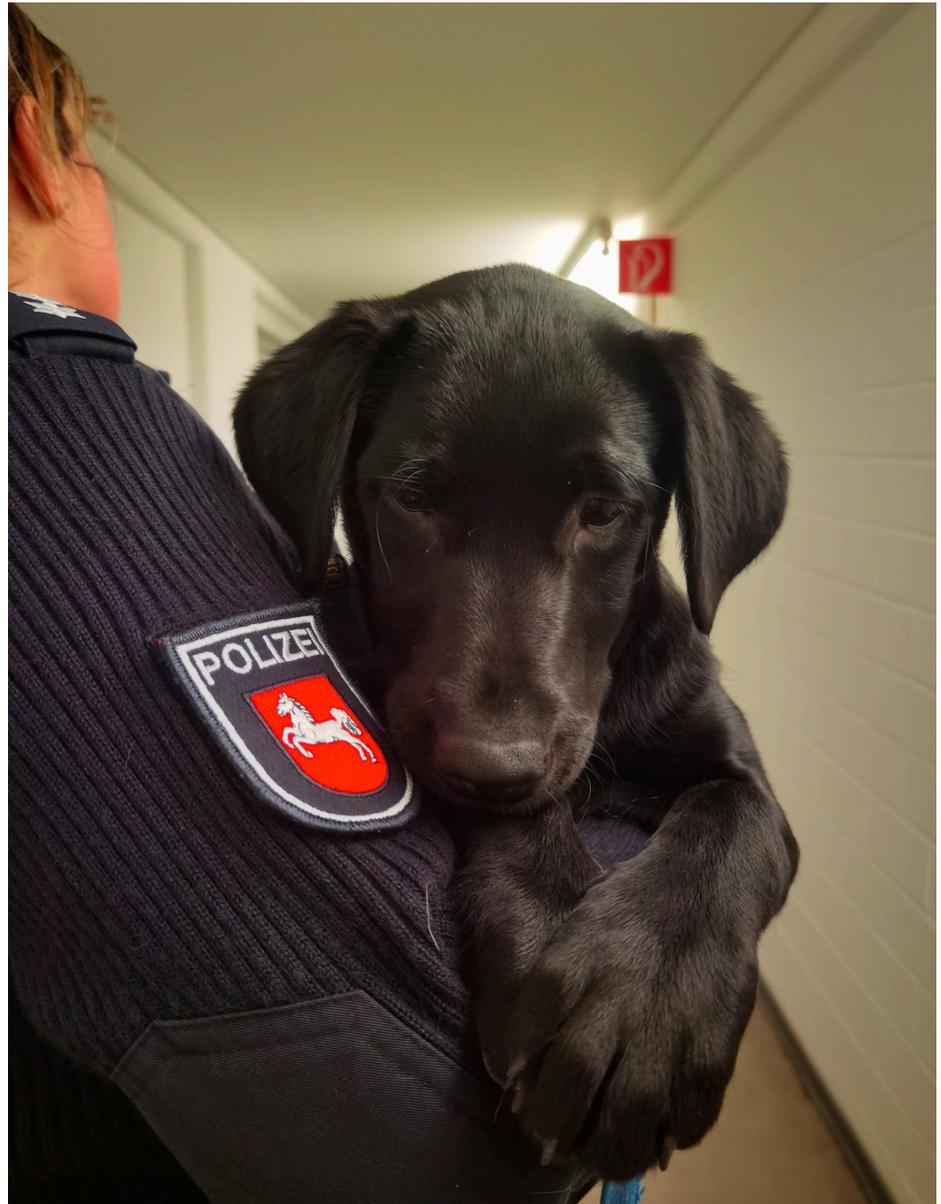
kennenzulernen. In der Regel wächst dann der Welpe im familiären Umfeld auf, lernt die täglichen Abläufe und alle anderen Familienmitglieder kennen.

Umweltgewöhnung und Sozialverhalten

Am Anfang stehen Umweltgewöhnung und Sozialverhalten im Vordergrund, später dann schon die Impulskontrolle und erste Ausbildungsschritte. Auch der Hundeführerin oder dem Hundeführer wird in dieser Zeit äußerst viel abverlangt, denn die meiste Zeit des Tages haben sie den Welpen außerhalb des Dienstes bei sich. Aber die Arbeit und die entbehrungsreiche Anfangszeit lohnen sich in jedweder Hinsicht.

Die späteren Junghunde werden schonend und altersgerecht ausgebildet. Sie machen grundsätzlich keine negativen Erfahrungen und lernen nach dem Motto: Erwünschtes Verhalten lohnt. Ein nicht erwünschtes Verhalten wird in der Regel durch den Diensthundführer ignoriert, sodass es sich in der Folge für den Hund nicht lohnt und daher nicht mehr gezeigt wird.

Alle Junghunde werden vor allem auch im (Such-)Spiel gefördert, damit im Rahmen der dualen Verwendung auch möglichst jeder Schutzhund ein Spezialhund wird. Dabei ist es unerheblich, für welche Spezialisierung er später ausge-



bildet wird. Die Basis ist einfach ein ausgeprägter Such- und Findewille – und diese Motivation wird ausschließlich durch positive Bestätigung gefördert.

Zulassung zum Schutzhund

Die Zulassungsprüfung zum Schutzhund haben im vergangenen Jahr „Hugo“ und „Alma“ bestanden. Als Spezialhunde sind 2022 „Helvi“ als Brandmittelspürhund, „Mette“ als Leichenspürhund, „Fang“ als Rauschgiftspürhund und „Lux“ als Banknotenspürhund fertig ausgebildet und erfolgreich in den Einsatz gegangen.

Alle Hunde sind dabei als Welpen oder Junghunde zu ihren Hundeführerinnen und -führern gekommen – ein Konzept,

das sich hoffentlich auch die nächsten Jahre durchsetzen wird.

Die Erfolgsstory „Helvi“

Helvi zog im Alter von 8 Wochen Mitte November 2019 bei ihrem Diensthundführer und seiner Familie ein. Ende Januar 2021 bestand sie ihre Zulassungsprüfung als Schutzhund und bereits Ende Dezember 2021 die Prüfung zum Brandmittelspürhund.

Dieser glatte Durchmarsch ist nur einer tollen Vorbereitung im Welpenalter zu verdanken und einer exzellenten Bindung zum Hundeführer. Bei einem solch unproblematischen Werdegang strahlen nicht nur die Hundeaugen.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN

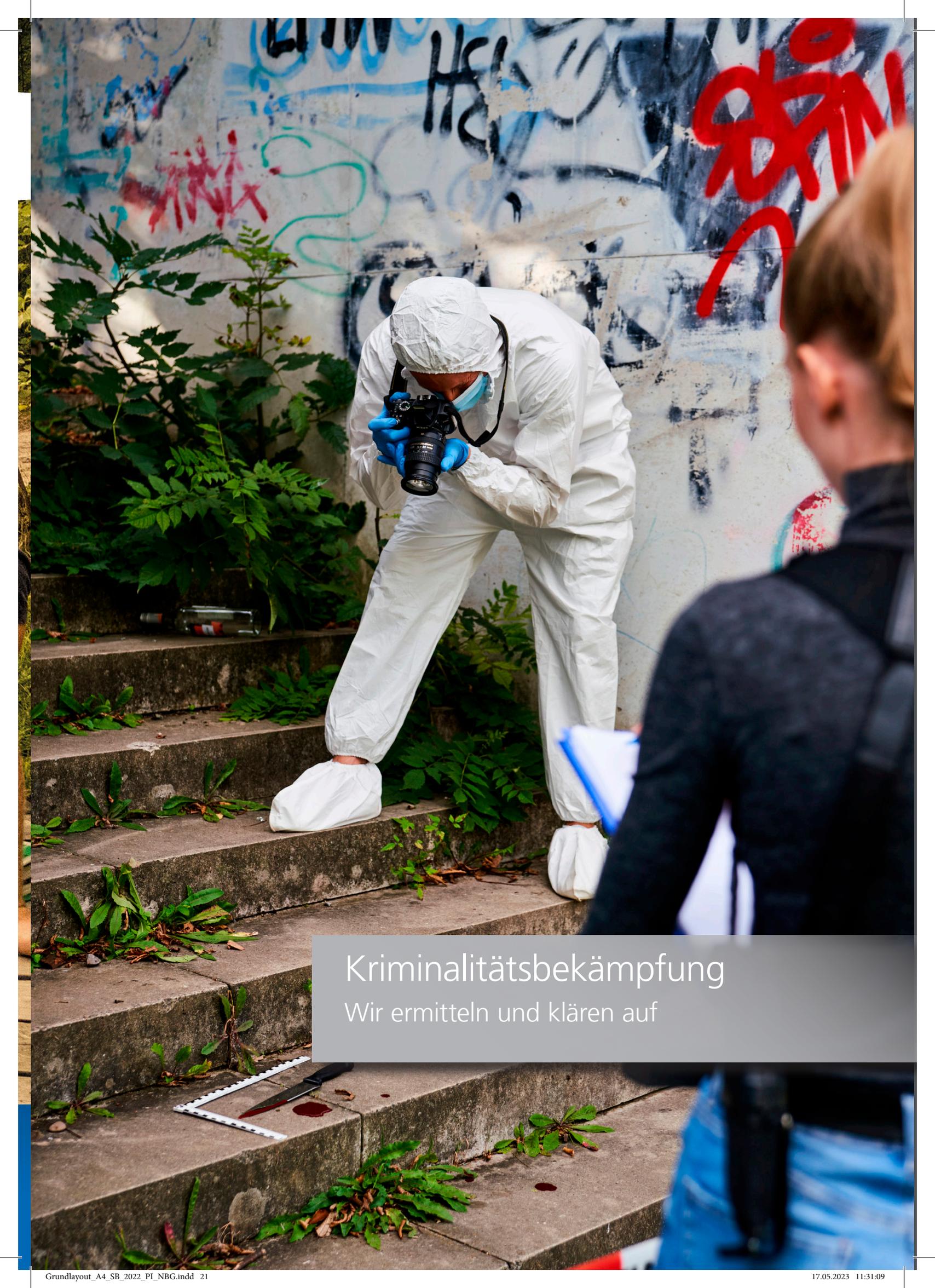
ENKELTRICK VERHINDERT,

TASCHENDIEB GESTELLT.

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

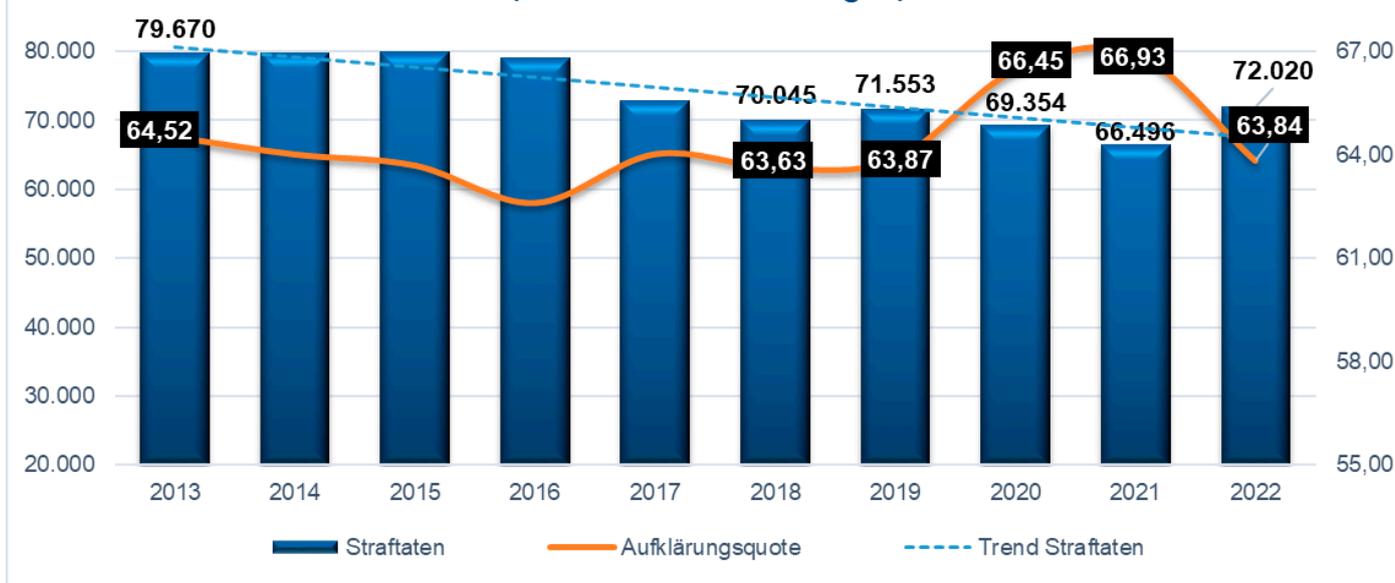
polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

Straftaten und Aufklärungsquote (Polizeidirektion Göttingen)



Kriminalitätsbekämpfung

Nach Corona: Zahl der Straftaten steigt auf höchsten Stand im 5-Jahres-Vergleich

Die Anzahl der Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen ist im vergangenen Jahr um 8,3 Prozent gestiegen und liegt damit auf dem höchsten Stand im 5-Jahres-Vergleich. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2022 hervor. Insgesamt wurden mit 72.020 Delikten 5.524 Straftaten mehr als 2021 registriert.

Im Wesentlichen ist der Anstieg der Gesamtstraftaten auf die Entwicklung der Körperverletzungs- und der Diebstahlsdelikte zurückzuführen. Durch den Wegfall der Beschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie scheint sich in einigen Deliktgruppen, die zuvor teils massiv rückläufig waren, eine Trendwende anzudeuten.

Es wurde gegen insgesamt 33.105 Tatverdächtige ermittelt (+2.497 Personen). Wie im Jahr 2021 waren rund 75 Prozent der Straftäter männlich. Bei 3.429 Täterinnen und Tätern (10,4 Prozent) wurde bei Tatbegehung eine Beeinflussung durch Alkohol festgestellt, 1.426 Tatverdächtige (4,3 Prozent) standen unter dem Einfluss von Drogen. Die

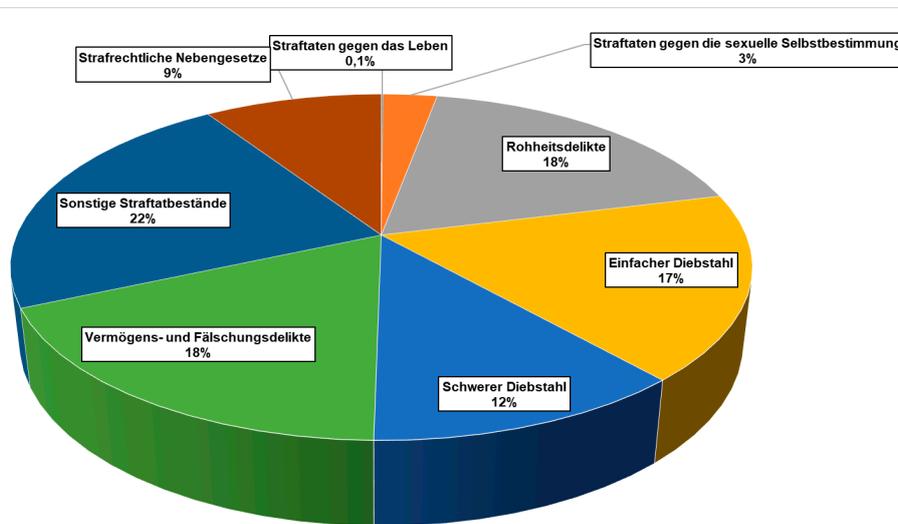
Anzahl der minderjährigen Tatverdächtigen ist im Jahr 2022 um 30,1 Prozent auf 4.410 Personen gestiegen. Dabei wurde gegen 1.359 Kinder (+34,6 Prozent, +349 Tatverdächtige) und 3.051 Jugendliche (+28,1 Prozent, +670 Personen) ermittelt.

Die Gesamtaufklärungsquote liegt mit 63,84 Prozent rund zwei Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 61,73 Prozent. Jede Polizeiinspektion im Zuständigkeitsbereich der Polizei-

direktion Göttingen erreichte auch in diesem Jahr ein Ergebnis über dem Landesdurchschnitt: In der Polizeidirektion Göttingen kann man weiterhin sehr sicher leben.

Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind 2022 erfreulich deutlich um 27,3 Prozent (-21 Taten) auf 56 Delikte zurückgegangen. Davon blieben 62,5 Prozent der Taten (35 Delikte) im Versuchsstadium.



Dabei hat sich leider die Anzahl der als „Mord“ klassifizierten Tötungsdelikte von 9 auf 18 Delikte verdoppelt. Aufgeklärt wurden bislang 16 Taten (89 Prozent). In 72,2 Prozent der Mordtaten (13 Delikte) ist es zum Glück nicht zur Tötung der Opfer gekommen, so dass die Taten als Versuch gewertet wurden.

Sexualdelikte

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind erneut deutlich um 13,6 Prozent (+244 auf jetzt 2.034 Delikte) angestiegen. Mehr als 92 Prozent der Taten konnten jedoch aufgeklärt werden. Große Sorgen bereitet dabei der anhaltend massive Anstieg der Delikte im Kontext des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen. Diese Taten sind im Jahr 2022 auf bereits hohem Niveau nochmals um +21,6 Prozent (+167 Taten) angestiegen. In 84 Prozent der Taten wurde das Internet als Tatmittel erfasst. Damit bleibt das Internet das beherrschende Medium zur Verbreitung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen.

Zum Beispiel werden vom National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) kontinuierlich Straftaten auf nordamerikanischen Servern aufgedeckt und an deutsche Ermittlungsbehörden, und damit auch an die Polizeidirektion Göttingen, weitergeleitet, damit vor Ort täterorientierte Ermittlungen initiiert werden können. Mit dieser



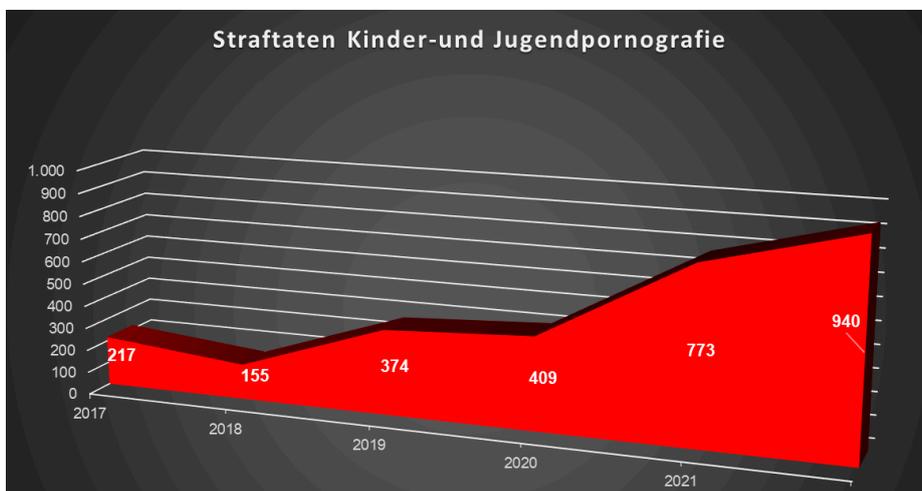
Entwicklung geht für die Polizei ein deutlich höherer Ermittlungsaufwand unter steigendem Einsatz personeller und technischer Ressourcen einher, der für die Mitarbeitenden eine hohe psychische Belastung bedeutet. Dieser Herausforderung als polizeilichem Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung ist die Polizeidirektion Göttingen bereits im Jahr 2020 durch die Einrichtung sogenannter Ständiger Ermittlungsgruppen begegnet, die nochmals personell verstärkt werden. So werden – je nach Größe der Polizeiinspektion – 5 bis 6 Ermittler in den Gruppen eingesetzt. In der Folge konnten 97,8 Prozent der Straftaten (919 Delikte) unter hohem persönlichen Einsatz der Kolleginnen

und Kollegen aufgeklärt werden. Täterinnen und Täter sind in der Anonymität des Internets nicht sicher vor Strafverfolgung.

Es kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erwartet werden, dass die Anzahl der Straftaten dieser Deliktsgruppe perspektivisch noch deutlicher ansteigen wird. Deshalb wird die weitere Entwicklung weiterhin einem Monitoring unterliegen, damit die Anzahl der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter angepasst und der Einsatz technischer Unterstützung weiter forciert werden kann.

Rohheitsdelikte

Rohheitsdelikte sind im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 Prozent bzw. +1.647 Taten und damit auf den höchsten Wert seit 15 Jahren angestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Körperverletzungsdelikte um +14 Prozent (+1.032 auf 8.222 Taten) und der Bedrohungen, als mögliche Vorstufe zur Körperverletzung, um +28,8 Prozent (+694 auf 3.103 Taten) erklärlich. Auch an dieser Stelle dürfte sich die Aufhebung der Corona-Beschränkungen negativ ausgewirkt haben. Menschen begegnen sich bei – auch



alkoholgeneigten – Anlässen wieder häufiger und daraus entwickeln sich Streitereien, die zunächst verbal und dann körperlich ausgetragen werden.

Häusliche Gewalt

Seit Beginn des Jahres 2021 wurde in Niedersachsen die bundesweit geltende Erfassung von Delikten im Kontext häuslicher Gewalt eingeführt. Deshalb können aufgrund der Änderung der Datengrundlage längerfristige retrograde Betrachtungen nicht angestellt werden.

Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Anzahl der Delikte häuslicher Gewalt um +8,3 Prozent bzw. 321 Taten angestiegen. In 77,1 Prozent (3.222) der Fälle wurden Männer als Tatverdächtige erfasst. In 22,5 Prozent der Fälle standen Tatverdächtige unter dem Einfluss von Alkohol. In 2.579 Fällen (62 Prozent) wurden Frauen Opfer von Gewalt. 18 Fälle in diesem Kontext wurden als Tötungsdelikt (Mord oder Totschlag) eingestuft. 13 Taten blieben im Versuchsstadium, leider wurden fünf dieser Delikte vollendet. In 1.723 Fällen wurden Opfer leicht, in 25 Fällen schwer und in sechs Fällen tödlich verletzt, wobei ein Delikt als Körperverletzung mit Todesfolge klassifiziert wurde. Die Polizeidirektion Göttingen wirkt durch die Umsetzung des Konzepts zur Bekämpfung von Gewalt im häuslichen Umfeld auf eine verstärkte Aufhellung des Dunkelfelds hin, insbesondere durch



eine Professionalisierung des „ersten Angriffs“ bei der polizeilichen Aufnahme der Delikte.

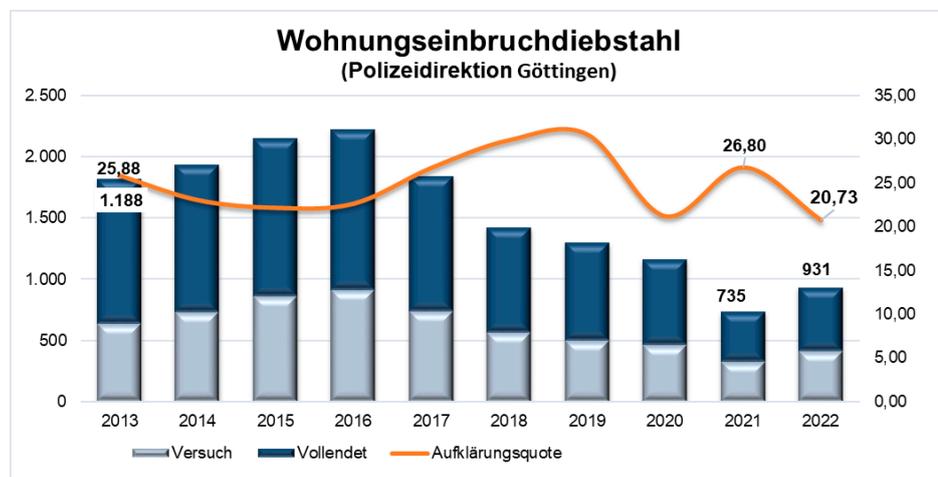
Diebstahlsdelikte

Diebstahlsdelikte insgesamt sind um +3.402 Taten oder +19,3 Prozent auf 21.014 Taten angestiegen. Bei etwa 60 Prozent (+2.382 auf 12.500 Taten) handelte es sich um sogenannte „einfache Diebstähle“, wie Laden- oder Taschendiebstähle. Rund 40 Prozent (+1.020 auf 8.514 Taten) waren Diebstähle unter erschwerenden Umständen, also zum Beispiel Wohnungs- oder Geschäftseinbrüche.

Für Betroffene besonders belastend

sind die Wohnungseinbruch-/Tageswohnungseinbruchdiebstähle (WED/TWE), weil sie gleichbedeutend mit einem Eindringen in den höchstpersönlichen Lebensbereich sind. Deshalb unterliegt diese Deliktsgruppe auch einem besonderen Monitoring.

Zu Beginn der Corona-Pandemie waren Wohnungseinbrüche teils deutlich zurückgegangen. Mit dem Wegfall der Beschränkungen scheint sich eine Trendwende anzudeuten, wenn auch noch auf niedrigem Niveau: Im Jahr 2022 sind WED/TWE um 26,6 Prozent angestiegen (+196 Delikte). Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote dieser Deliktsgruppe um -6,07 Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich zurückgegangen.



Geldautomaten-Sprengungen

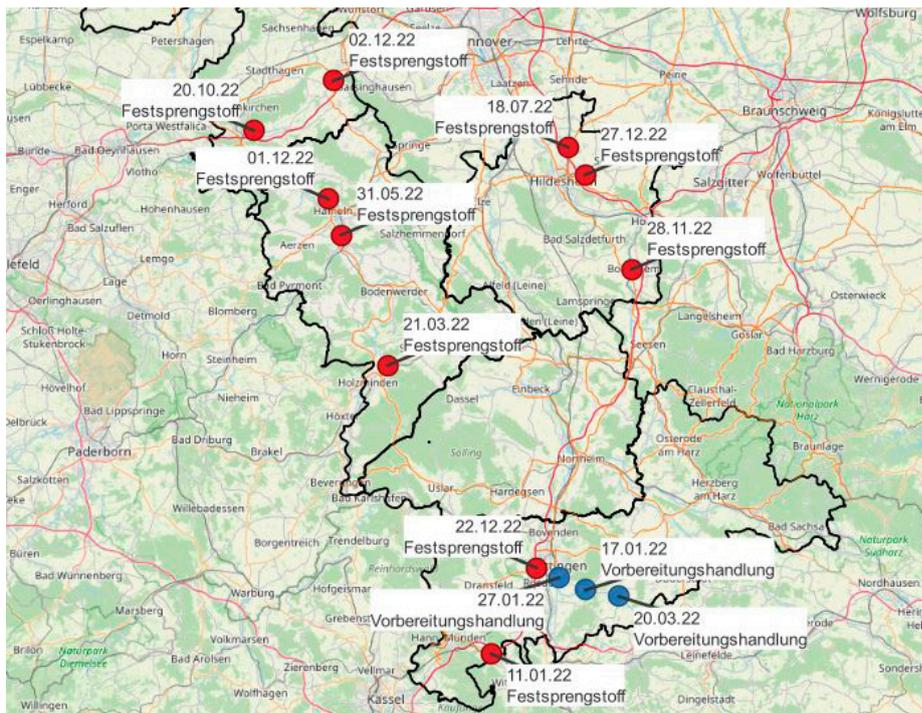
Auch im Jahr 2022 stellte das Phänomen der Geldautomatensprengungen die Polizeidirektion Göttingen vor Herausforderungen. So wurden von 68 Taten landesweit, 13 Geldautomaten im hiesigen Zuständigkeitsbereich angegangen (siehe Grafik rechts). In lediglich drei Fällen wurden die Täter offenbar bei der Vorbereitung gestört und flüchteten. In zehn Fällen kam es

zur Vollendung, wobei jeweils von den Tätern selbst hergestellter Festsprengstoff verwendet wurde. Bislang wurde dazu ein Gesamtschaden von rund 1,5 Millionen Euro erfasst. Es ist lediglich dem Zufall zu verdanken, dass bislang noch keine Person zu Schaden oder gar ums Leben gekommen ist.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Im Jahr 2022 sind die Straftaten in diesem Kontext um rund 30 Prozent auf eine mittlere 4-stellige Anzahl angestiegen. Rund 84 Prozent der Taten blieben im Versuchsstadium. In den wenigen verbleibenden 16 Prozent der Taten ist ein Schaden von rund 3.000.000 Euro erfasst worden (+147 Prozent).

Diese Entwicklung dürfte damit erklärt werden können, dass dieses Phänomen trotz aller medialer Befassung und (polizeilicher) Präventionsarbeit noch immer funktioniert und Täter weiterhin genug Geld bei geringem Entdeckungsrisiko generieren können. Als Variante des „Enkeltricks“ werden potentielle Opfer von „Verwandten“ via Messenger angeschrieben, dass sich die Handy-Nummer geändert habe und man nur noch unter dieser Nummer erreichbar sei. Es wird eine Notlage vorgetäuscht und „kleinere“, also unauffällige Geldsummen (1.000 bis 5.000 Euro) gefordert, die in der Regel auch ohne Zögern online überwiesen werden. Im Jahr 2022 wurden in der Polizeidirektion Göttingen Taten mit dieser Begehungsart im hohem 3-stelligen Bereich erfasst, von denen etwa ein Viertel vollendet wurden. Allein mit dieser Masche wurden ältere Menschen um einen mittleren 6-stelligen Betrag gebracht.



gen Taten mit dieser Begehungsart im hohem 3-stelligen Bereich erfasst, von denen etwa ein Viertel vollendet wurden. Allein mit dieser Masche wurden ältere Menschen um einen mittleren 6-stelligen Betrag gebracht.

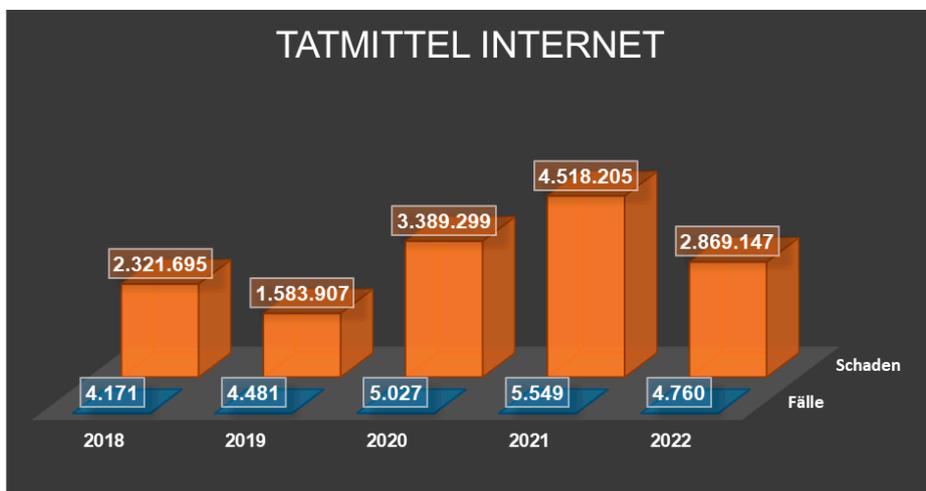
Strafrechtliche Nebengesetze

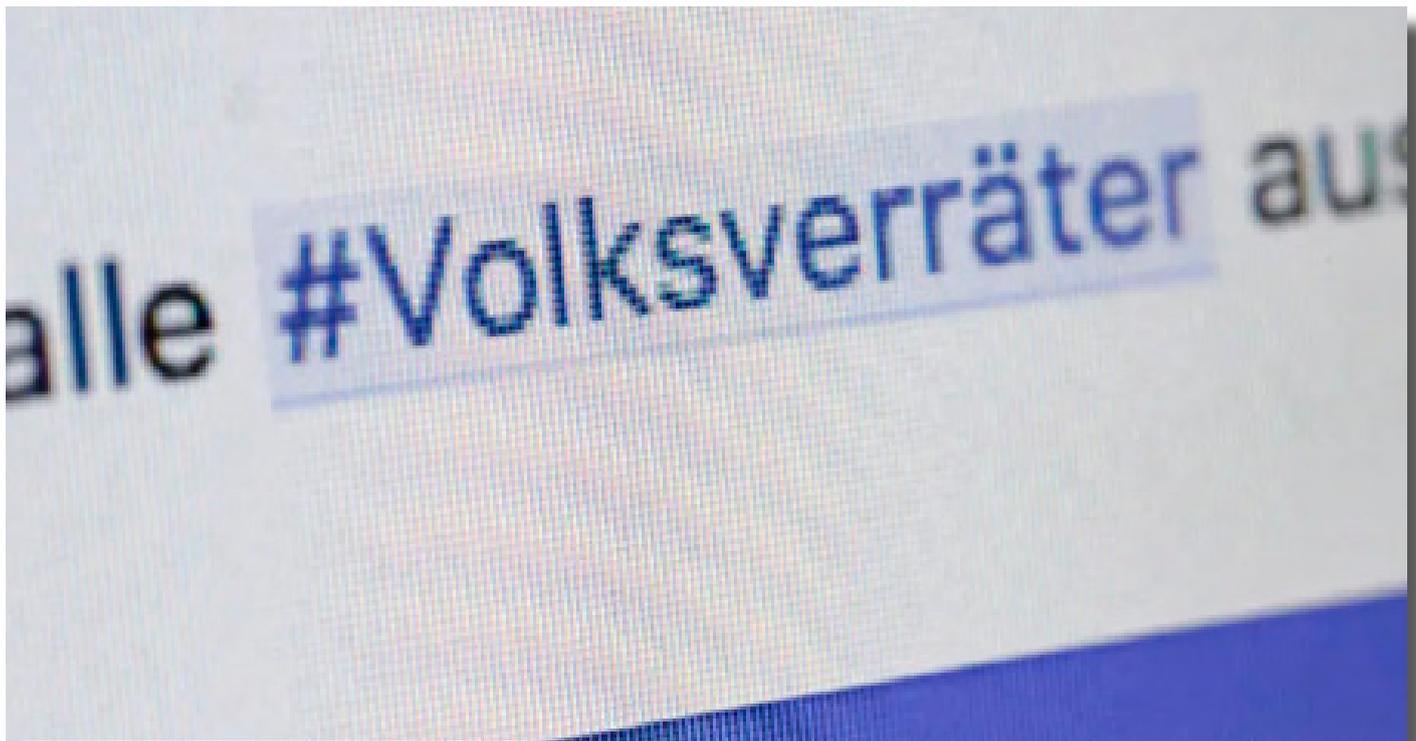
Straftaten aus den sogenannten „strafrechtlichen Nebengesetzen“ sind im Jahr 2022 um -5,2 Prozent (-369 auf 6.668 Delikte) zurückgegangen. Im Wesentlichen ist dieser Rückgang auf die Entwicklung der Rauschgiftdelikte zurückzuführen, die um -7,3 Prozent (-404 auf noch 5.114 Taten) rückläufig waren.

Tatmittel Internet

Straftaten, in denen das Internet zur Begehung genutzt wurde, sind im vergangenen Jahr um 14,2 Prozent (-789 Taten) rückläufig gewesen. Auch an dieser Stelle dürfte sich die Aufhebung der Corona-Maßnahmen ausgewirkt haben, weil die Menschen wieder häufiger im „realen Leben“ einkaufen, bot sich auch weniger Gelegenheit, Betrüger und Fake-Shops auf den Leim zu gehen.

Aber auch die Polizei zeigt ihre Präsenz im Internet: So haben in mehr als 17.000 Fällen die Bürgerinnen und Bürger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Strafanzeigen über die Online-Wache zu erstatten oder Hinweise an die Polizei zu übermitteln. Das zeigt deutlich, dass die Online-Wache akzeptiert wird und die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern auch auf dieser Plattform zur Verfügung steht. Weiterhin hat die Polizeidirektion Göttingen in Kooperation mit dem Verein für Cybersicherheit Südniedersachsen eine Broschüre herausgegeben, die insbesondere Wirtschaftsunternehmen Tipps und Hinweise zum Thema Cybersicherheit gibt.





Schutz für die Demokratie

Ziel der Polizei ist es weiterhin, als Beitrag zum Demokratieschutz Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger weiter zu stärken und sie gegen Angriffe zu schützen

Nicht nur im Bundestagswahljahr 2021 stand die Sicherheit von Amts- und Mandatstragenden im Fokus der polizeilichen Aufgaben. Auch im Jahr 2022 wurde ein besonderes Augenmerk auf eine effektive Strafverfolgung und wirksame Präventionsarbeit in diesem Bereich gelegt.

Politikerinnen und Politiker, von Bundes- und Landtagsabgeordneten bis hin zu Ehrenamtlichen auf Kommunalebene, werden weiterhin belästigt, beleidigt, bedroht und sogar körperlich angegriffen. Dieser Konfrontation mit verbaler und körperlicher Gewalt sowie Gewalt gegen Sachen sehen sich zunehmend auch ehrenamtlich engagierte Menschen und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ausgesetzt.

Derartige Straftaten sind im Jahr 2022 jedoch im Vergleich zum Vorjahr um

-24,5 Prozent (-24 auf 74 Taten) erfreulich deutlich zurückgegangen. Es wurde überwiegend wegen Beleidigung, Bedrohung, übler Nachrede zum Nachteil von Personen des öffentlichen Lebens und Nötigung ermittelt. 29 Taten (39 Prozent) wurden unter Verwendung des Internets begangen.

Zum Vergleich: Im Land Niedersachsen wurden 582 Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatstragenden erfasst, in 63 Prozent der Fälle (367 Taten) wurde als Tatmittel das Internet erfasst.

Durch das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität aus dem Jahr 2021 sind Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger, auch im Bereich der Kommunalpolitik, jetzt besser geschützt. Die Polizei hat zudem gezeigt, dass sie als zuverlässiger und kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dieses gewonnene Ver-

trauen gilt es unter allen Umständen zu erhalten und weiter aufzubauen. An der Unterstützung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sind der polizeiliche Staatsschutz und die Prävention beteiligt.

Stärkung des Sicherheitsverhaltens

Im Jahr 2022 konnten dank des Rückgangs der Pandemielage wieder vermehrt verschiedene Veranstaltungen mit dem Ziel der Stärkung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls dieses Personenkreises stattfinden.

Dabei reichte das Angebot von persönlichen Beratungsgesprächen mit Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern über die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden bis hin zu Präventionsveranstaltungen sowie Teilnahme an bestehenden Netzwerkaktionen.

Hasskriminalität

Maßnahmenpaket zeigt Wirkung bei der flächendeckenden Bekämpfung eines sich schnell fortentwickelnden Kriminalitätsphänomens

Die Bekämpfung von Hasskriminalität stellt die Polizei vor große Herausforderungen. Gerade die vergangenen beiden Jahre zeigten aber auch, dass es durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen gelingen kann, diesem Phänomen effektiv entgegenzutreten.

Die Einrichtung einer „Zentralen Meldestelle für Hasskriminalität im Internet“ (ZMI) beim BKA, einer „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ beim LKA Niedersachsen sowie bei der Staatsanwaltschaft Göttingen, die Meldeverpflichtung für Provider und das Maßnahmenpaket des Bundeskabinetts sind nur einige der Aspekte, die verdeutlichen, wie umfassend bei der Bekämpfung der Hasskriminalität agiert wird.

Im Jahr 2022 wurden in der Polizeidirektion Göttingen 150 Taten aus dem Themenfeld Hasskriminalität bearbeitet.

Davon wurden 50 Taten unter Nutzung des Internets begangen, 34 Taten wurden als „Hassposting“ gekennzeichnet. Der Gesetzesänderung 2021, durch die Hetze und Drohungen mit einer deutlichen Strafverschärfung belegt worden sind und eine effektivere Verfolgung gesichert werden konnte, folgte im April 2022 die Landesrahmenkonzeption (LRK) „Hasskriminalität“ des Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Die LRK „Hasskriminalität“ soll landesweite, einheitliche Standards gewährleisten und implementieren. Daher zielt sie auf einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz unter Verzahnung des Analyse-, Ermittlungs- und des Präventionsbereiches der Polizei Niedersachsen ab.

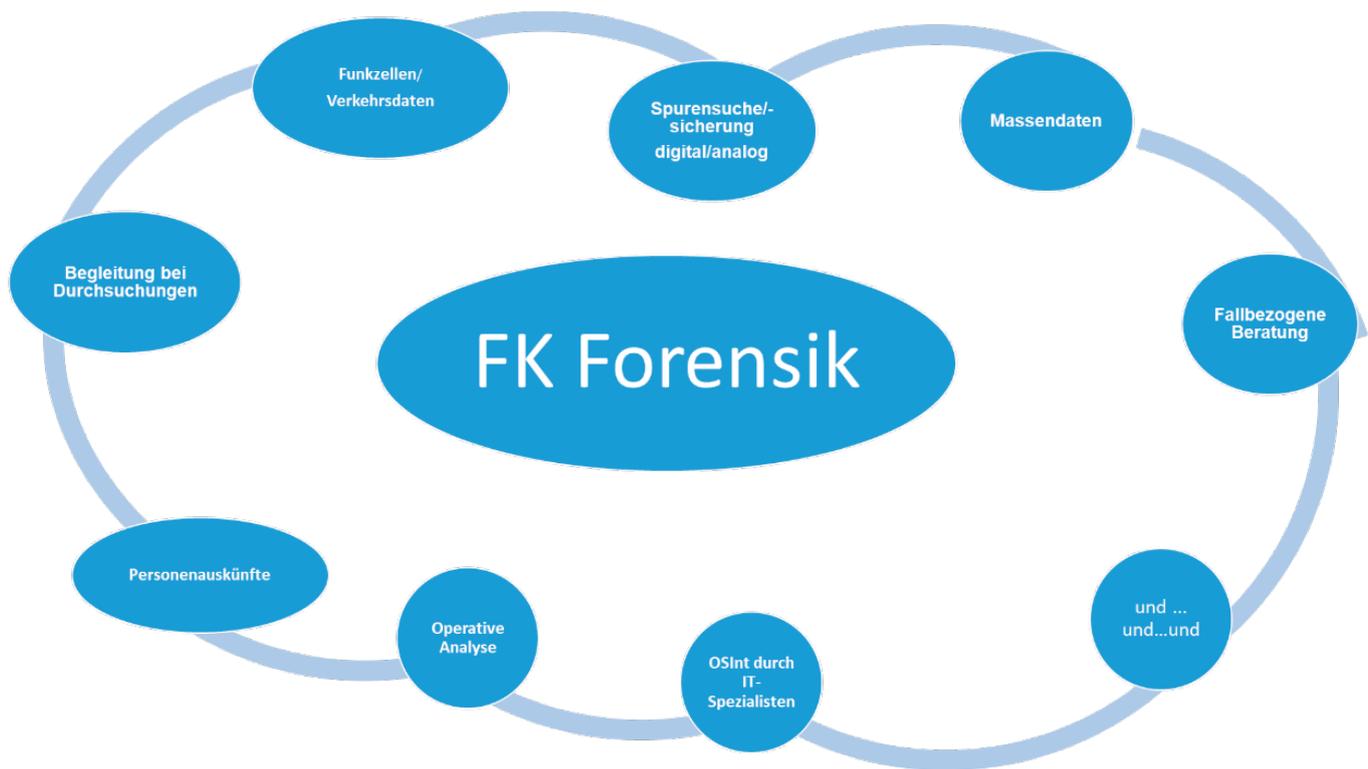
Das Ziel ist die Gewährleistung einer effektiven und effizienten Bekämpfung der Hasskriminalität in all ihren Erscheinungsformen. Daneben soll die LRK

zum frühzeitigen Aufdecken von Netzwerk- und Szenestrukturen sowie zum Erkennen von Gefahrenpotenzialen und deren Abwehr dienen. Natürlich steht daneben auch die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung durch eine konsequente Umsetzung dieser Konzeption im Vordergrund.

Hohe Bedeutung für die Polizei

Das Straftatenaufkommen im Bereich der Hasskriminalität in den vergangenen Jahren belegt die flächendeckende Relevanz und hohe Bedeutung für die niedersächsische Polizei, aber auch die übrigen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie weitere zuständige Behörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure. Nur gemeinsam kann es gelingen, der schnellen und fortschreitenden Entwicklung von Hasskriminalität entgegenzuwirken.





Fachkommissariate Forensik

Die Polizei reagiert auf die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung. Neue Organisationseinheiten sollen die polizeiliche Analysefähigkeit in der Breite stärken

Die Herausforderungen und Auswirkungen einer zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen, einer wachsenden gesellschaftlichen Vernetzung sowie die Verbreitung und Nutzung verschiedenster sozialer Netzwerke und Medien, die sich auch in allen Kriminalitätsphänomenen widerspiegeln, erfordern eine organisatorische Reaktion der Polizei, um weiterhin die gesetzlichen Kernaufgaben erfolgreich und konsequent zu erfüllen.

Deshalb wurden in den Inspektionen der Polizei des Landes Niedersachsen die Fachkommissariate (FK) Forensik eingerichtet und haben am 1. März 2022 ihren Betrieb aufgenommen. Der zentrale Leitgedanke zur Einführung der FK Forensik in den Inspektionen der niedersächsischen Polizei war und ist die Stärkung der polizeilichen Analysefä-

higkeit in der Breite. In den FK Forensik wurden die Kompetenzen und Aufgaben der FK 5, der ehemaligen Analysestellen und der IT-Spezialisten zusammengeführt. Ziel ist es, den anderen Organisationseinheiten – also Ermittlung, Einsatz und Stab – des jeweiligen Inspektionsbereiches größtmöglichen Service und Support aus einer Hand zu bieten und damit die Sachbearbeitung von Analyse- und Recherchetätigkeiten zu entlasten.

Das bedeutet, eine polizeiliche Fragestellung oder ein Komplex werden in einem Fachbereich aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, aufbereitet und in schriftlicher Form zusammengefasst an die beauftragende Stelle zurückgegeben. Das FK ist in zwei Kommissariatsteile untergliedert: Sichernde Forensik sowie Daten-Forensik. In der Zentralen Kriminalinspektion wurde

statt der Sichernden Forensik der Bereich der Finanzermittlungen angegliedert. Diese Organisationsform bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung aus einer Hand.

Die wesentlichen Unterstützungsleistungen sind die digitale und analoge Spurensuche und -sicherung, OSInt-Recherche durch IT-Spezialisten, Massendatenauswertung und -aufbereitung, Funkzellen- und Verkehrsdaten, erkennungsdienstliche Behandlungen, elektronische Kriminalaktenhaltung, Personenauskünfte, fallbezogene Beratung durch die Sachbearbeitung Zentrale Dienste, Analyse in polizeilichen Datenbanken sowie Datenqualitätsmanagement und vieles mehr.

Sachbearbeitung Zentrale Aufgaben

Die Sachbearbeitung Zentrale Aufgaben (SB ZA) in den FK Forensik stellt

nicht nur eine echte Neuerung im Verständnis polizeilicher Analysefähigkeit dar, ihr kommt auch eine entscheidende Rolle zu: Die SB ZA kennt die Leistungsfähigkeit und das Portfolio ihres Aufgabenbereiches und bietet fachkompetente Beratung bei Ermittlungsverfahren zu operativen Maßnahmen sowie den weiteren Möglichkeiten der FK Forensik. Sie bündelt die Anfragen, gibt sie zielgerichtet in die Fachbereiche und fasst das Ergebnis schriftlich zusammen.

Arbeiten im Verbund

Die Polizeidirektion Göttingen ist eine Flächenbehörde, deren Ausdehnung von Südniedersachsen bis nach Hoya reicht. Deshalb ist es wichtig, die fachlich-operative Zusammenarbeit der einzelnen Inspektionen weiter zu forcieren. Aus diesem Grunde wurde für die Polizeidirektion Göttingen ein Verbund-

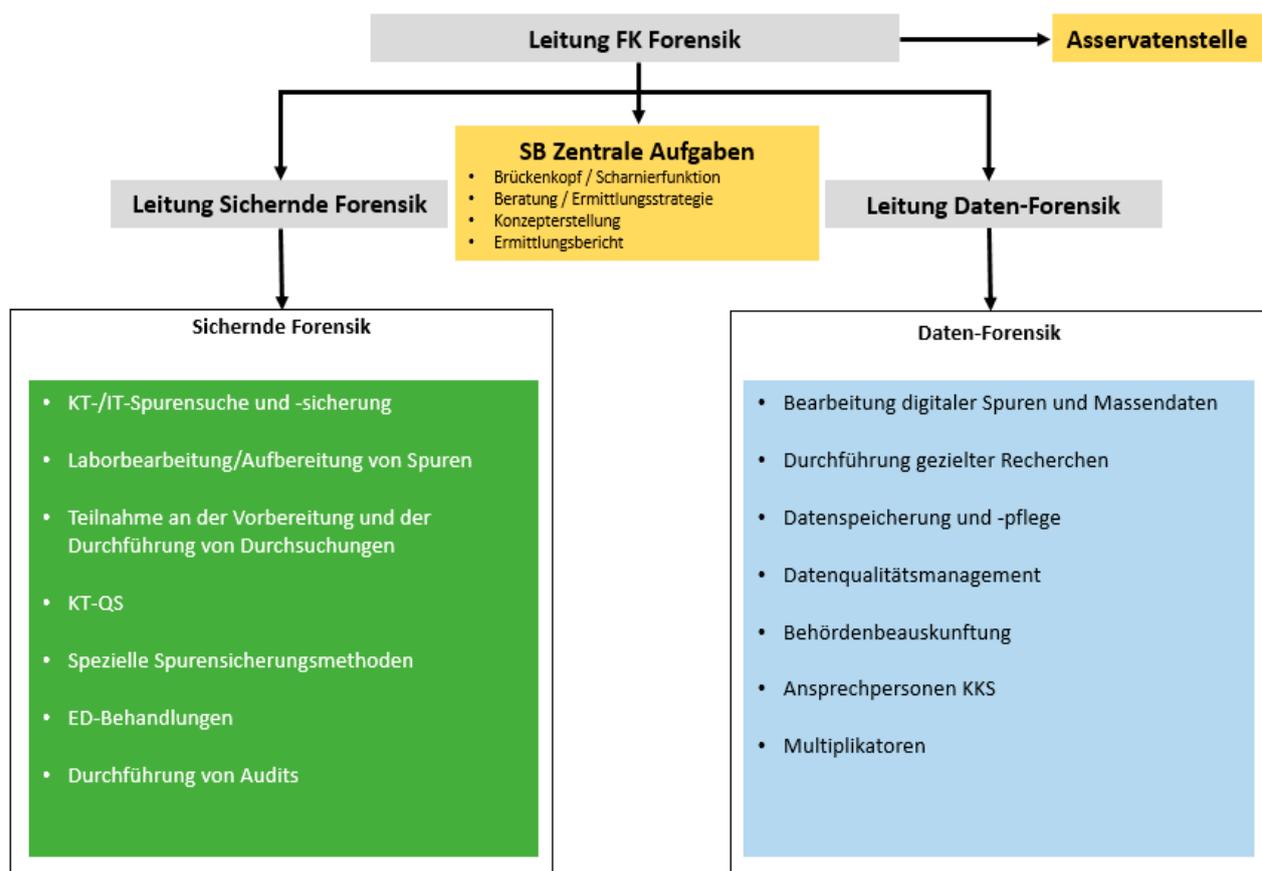
system eingeführt, in dem einige Fachbereiche inspektionsübergreifend Aufgaben bearbeiten und sich gegenseitig bei der Aufgabenwahrnehmung unterstützen, wenn es zum Beispiel aufgrund Krankheit zu personellen Engpässen oder zu Arbeitsspitzen kommt.

Durch die eingeführten Fachverbände verschiedener Arbeitsbereiche in den FK Forensik wurde ein standardisiertes Berichtswesen – Anforderung und Ergebnisbericht – für die Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen als erforderlich erachtet, um flächendeckend die Qualität der Arbeitsergebnisse der FK Forensik nachhaltig auf ein hohes Niveau zu bringen und gleichzeitig die fachlichen Kompetenzen, das Know-How, vor Ort zu halten.

Für die neu eingerichteten FK Forensik und die damit verbundenen Serviceleistungen wurde ein landesweiter Fach-

verbund Forensik eingerichtet. Dort werden im regelmäßigen Austausch interne Abläufe, Aufgaben sowie genutzte oder benötigte Softwarelösungen und weiteres durch Fachexpertise begleitet und auch kritisch hinterfragt. Im Sinne eines lebenslangen Lernens und dem Prinzip der „best practice“, im Sinne des gemeinsamen polizeilichen Erfolgs, sollen so erforderliche Veränderungen – auch im Kleinen – kontinuierlich konstruktiv begleitet und zukunftsfähig vorangetrieben werden.

Die wesentlichen Punkte sind: Verbundgedanken leben, Austausch fördern und Mehrwert für die Organisation anerkennen. Damit ist die Polizeidirektion Göttingen gut gerüstet, sich den kommenden, ständig verändernden Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung mit Fachkompetenz und persönlichem Einsatz zu stellen.





Sonderkommission „Cold Case“

Neuer Blick auf weit zurückliegende Todes- und Vermisstenfälle.

Am 1. April 2019 richtete die Polizeidirektion Göttingen die Soko „Cold Case“ an den Standorten Göttingen und Hessisch Oldendorf ein. Aufgabe der Soko ist die einheitliche Erfassung und strukturierte Bearbeitung von ungeklärten Tötungsdelikten oder Vermisstenfällen, bei denen ein dringender Verdacht auf ein Tötungsdelikt besteht, bei denen die Strafverfolgungsbehörden die Akten jedoch „geschlossen“ haben. Aktuell gehören der Soko sechs Polizeibeamtinnen und -beamte an.

Jeder Cold Case wird digitalisiert und einer genauen Betrachtung unterzogen. Am Ende steht ein Untersuchungsbericht mit Ermittlungsempfehlungen. Zur Beurteilung der Erfolgswahrscheinlichkeit, einen Fall aufzuklären und wiederaufnehmen zu können, kategorisiert und bewertet die Soko die „Cold Cases“. Erfasst werden alle ungeklärten, vollendeten und versuchten Tötungsdelikte und alle ungeklärten Vermisstensachen, bei deren Betrachtung der Gesamtsachlage mit hoher Wahr-

scheinlichkeit von einem Tötungsdelikt auszugehen ist.

Morddelikte unterliegen keiner Verjährung. Daher ist die polizeiliche Ermittlungsarbeit auch nach Auflösung einer gegebenenfalls eingerichteten Mordkommission nicht beendet. Die Ermittlungen ruhen, sofern keine Ermittlungsansätze mehr bestehen. Sollten sich durch beharrliche und akribische Ermittlungsarbeit und mithilfe der

über die Jahre fortentwickelten Kriminaltechnik, insbesondere im Bereich der DNA-Untersuchungen, neue Ermittlungsansätze ergeben, ist die Aufklärung eines Verbrechens auch nach Jahrzehnten noch möglich.

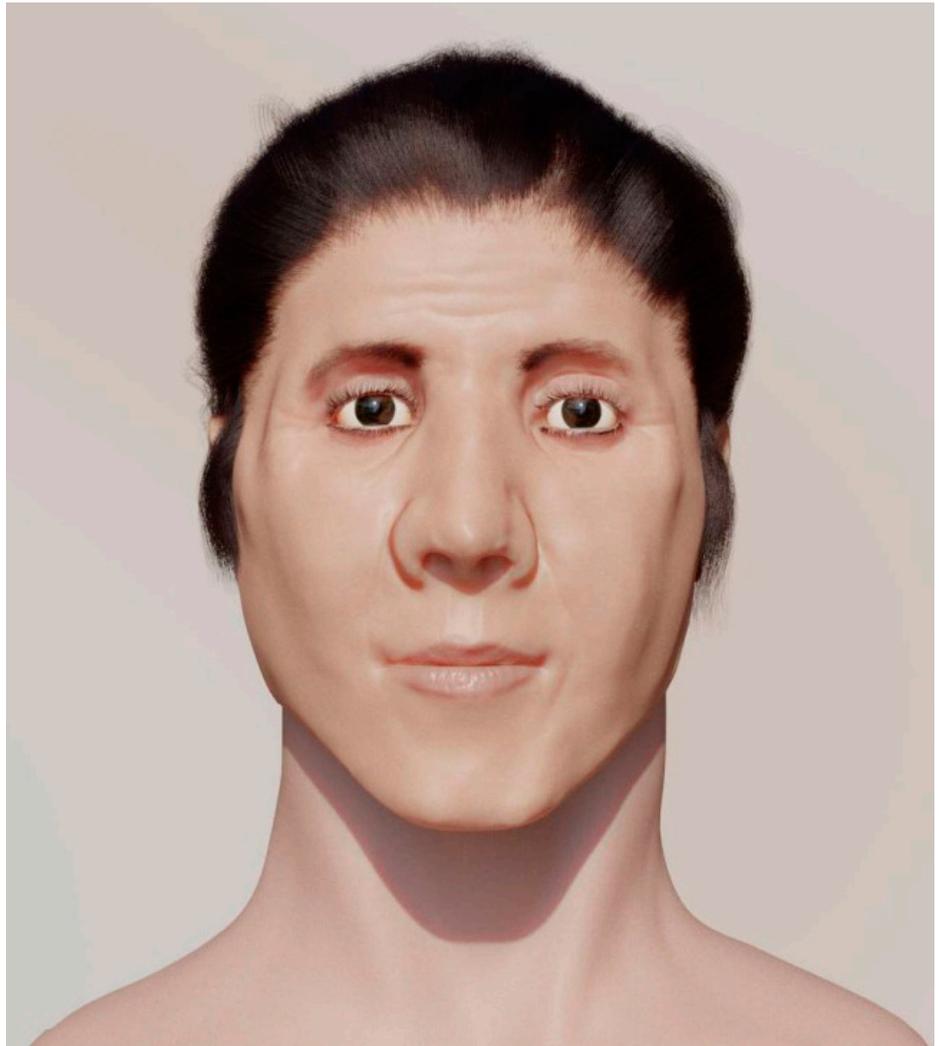
Aktuell sind im Bereich der Polizeidirektion Göttingen rund 70 ungeklärte Tötungsdelikte und Vermisstenfälle als „Cold Cases“ identifiziert worden. Ungeklärt bedeutet dabei nicht, dass es keine Tatverdächtigen gibt. In den meisten Fällen konnten diese ermittelt werden, die Verdachtsmomente reichten dann aber nicht für die Begründung eines dringenden Tatverdachts und somit einer Anklage aus.

Die häufigste Frage an die Soko lautet: „Wieviel Fälle habt ihr schon gelöst?“ Bislang sind etwa die Hälfte der Cold Cases durch die Soko untersucht und kategorisiert worden. In einigen Fällen verfügte die Staatsanwaltschaft die Wiederaufnahme des Verfahrens. Bislang reichten die durch die Wiederaufnahme initiierten Ermittlungen jedoch

in keinem Fall aus, um einen dringenden Tatverdacht zu begründen.

Der Erfolg der Soko definiert sich jedoch nicht ausschließlich an dem Ziel einer Verurteilung. Es muss als Erfolg angesehen werden, dass durch die Einrichtung der Soko Fälle digitalisiert und archiviert werden. Bereits seit Jahrzehnten weggelegte Ermittlungsakten sind teilweise in einem schlechten Zustand und drohen zu zerfallen. Zu den Ermittlungsakten gehören, sofern vorhanden, auch Asservate und Spuren. Die Soko findet in einigen Fällen mit viel Aufwand Asservate und Spuren, die bislang nicht bekannt waren oder als vernichtet galten. Beispielsweise bei Angehörigen von Opfern, in Archiven der Staatsanwaltschaften und der Polizei sowie rechtsmedizinischen Instituten. Asservate und Spuren werden nach dem heutigen Standard erfasst und verpackt. Bei Vermisstenfällen aktualisiert die Soko die Datensätze, beispielsweise durch die Speicherung von Opfer- oder Angehörigen-DNA, in der Datei Vermisste/unbekannte Tote. Für die Angehörigen ist es besonders wichtig, dass die Opfer und Taten nicht vergessen werden. Insofern ist die Einrichtung und Arbeit der Soko ein Erfolg.

Am Anfang der Betrachtung steht das Zusammentragen von staatsanwaltlichen Ermittlungsakten und polizeilichen Durchschriften und deren Prüfung auf Vollständigkeit. Gleiches gilt für Asservate und Spuren. In der Folge werden die Akten, in einigen Fällen mehrfach, gelesen. Bei einem umfangreichen Spurenaufkommen wird ein Spurencontrolling vorgenommen. Die Soko diskutiert anschließend über den Fall. Es werden Tathypothesen aufgestellt oder alternative Tatverdächtige herausgearbeitet. Spuren, insbesondere solche, die noch nicht auf DNA untersucht worden sind, unterliegen einer aufmerksamen Bewertung. Möglicherweise gelingt es, Fremd-DNA, beispielsweise an Opferbekleidung, zu sichern



und somit einen bereits bekannten Tatverdächtigen näher an das Tatgeschehen heranzubringen oder einen bislang unbekanntem Tatverdächtigen zu identifizieren. In der Gesamtbetrachtung werden Ermittlungsvorschläge herausgearbeitet. Die Verschriftung des Ergebnisses kommt zur Vorlage bei der sachleitenden Staatsanwaltschaft.

Die Soko wird bei ihrer Arbeit durch die Polizeiakademie Niedersachsen und andere Institutionen unterstützt. Die Polizeiakademie bietet ein Wahlpflichtfach „Cold Case“ an. Die Studierenden nehmen in geeigneten Fällen ein Spurencontrolling vor oder erarbeiten Tathypothesen.

Seit einigen Jahren besteht zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Hochschule Mittweida ein Kooperationsvertrag. Bei einem unbekanntem Toten erstellte die Hochschule eine digi-

tale Weichteilrekonstruktion des Kopfes mittels innovativer Soft- und Hardware. Geeignete Fälle werden auch in der Fernsehsendung „Aktzeichen XY“ vorgestellt. Mittlerweile gibt es dort Sondersendungen zum Thema Cold Cases.

Kontakt

Die Sonderkommission Cold

Case ist erreichbar über die Polizeidirektion Göttingen, Dezeranat 11, Telefon 0551/491-1181 oder 05152/69872-41 (Standort Hesisch Oldendorf) sowie per Mail an dirk.jenne@polizei.niedersachsen.de, heiko.meusel@polizei.niedersachsen.de oder coldcase@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.



Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Die Zahl der Straftaten zum Nachteil von Polizistinnen und Polizisten ist auf ein Allzeithoch gestiegen. Im Jahr 2022 fielen Polizeikräfte an 462 Tagen verletzungsbedingt aus.

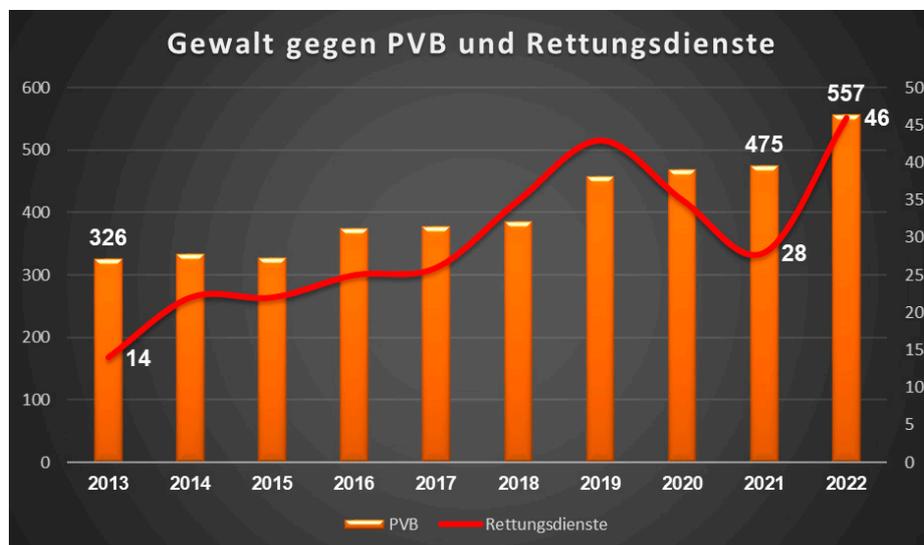
Die Zahl der Straftaten zum Nachteil von Polizeikräften ist im Jahr 2022 um +17,3 Prozent (+82 Taten) erneut auf ein Allzeithoch angestiegen. Dabei sind Delikte, die zum Jahreswechsel 2022/2023 begangen wurden, noch nicht berücksichtigt und werden erst 2023 in die Statistiken einfließen. Durch die Einwirkung Dritter wurden 81 Beamtinnen und Beamten verletzt, 29 davon so schwer, dass sie an insgesamt 462 Tagen nicht für den Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung standen.

Aufgrund dieser Taten wurde gegen 524 Tatverdächtige ermittelt, 84 Prozent waren Männer (440 Personen). Unter Alkoholeinfluss standen bei Tatbegehung 237 Personen, 23 Personen standen unter dem Einfluss von Drogen (4,4 Prozent), Mischkonsum von Alkohol und Drogen wurde bei 36 Personen (6,9 Prozent) festgestellt. Bei einem Anteil von nahezu 60 Prozent der Tatverdächtigen kann gesagt werden, dass die Wirkung von Alkohol und Drogen

durch Steigerung der Aggressivität und gleichzeitigem Senken der Hemmschwelle als Tatalöser weiterhin eine entscheidende Rolle spielt. Bei 78 Prozent der Tatverdächtigen (410 Personen) wurde die deutsche Staatsangehörigkeit erfasst. In 146 Fällen war eine Identitätsfeststellung bzw. die schlichte Sachverhaltsklärung bereits Anlass für ein Gewaltdelikt gegen die einschreitenden Beamtinnen und Beamten. In 46 Fällen wurden Angriffe auf Ret-

tungskräfte (Sanitäter und Feuerwehr) erfasst, und damit um 64,3 Prozent mehr Taten, als noch im Jahr 2021.

Diese Entwicklung von Gewalt gegen Polizei und Rettungsdienste gibt umso mehr Anlass zur Besorgnis, weil dabei Menschen verletzt werden, deren Aufgabe darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern in teilweise extremsten Notlagen zu helfen und das häufig unter Einsatz der eigenen Gesundheit.





Zentrale Kriminalinspektion (ZKI)

Ermittlerinnen und Ermittler arbeiten im Verborgenen an komplexen Verfahren

Eine bedeutsame Rolle in der Bekämpfung organisierter Kriminalitätsstrukturen nimmt die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) der Polizeidirektion (PD) Göttingen ein. Abgeschottet vom täglichen Geschäft der Polizeiinspektionen arbeiten hier Ermittlerinnen und Ermittler gemeinsam an Umfangsverfahren – also langwierigen und arbeitsintensiven Verfahren –, verhindern den Ausbau krimineller Strukturen und tragen damit zu einem maßgeblichen Teil der Sicherheit in den Landkreisen der Polizeidirektion Göttingen bei.

Zu den Aufgaben der ZKI zählen neben der Bekämpfung organisierter Kriminalität vor allem die Bearbeitung überörtlicher Tatserien, wie Raubserien, Sprengungen von Geldautomaten sowie Verfahren im Bereich der Clan- und Rockerkriminalität. Im Laufe der Jahre wurde zusätzlich ein weiterer Themenschwerpunkt in der Bekämpfung von Cyberkriminalität durch Strukturermitt-

lungen im digitalen Raum gesetzt. Dem Leitsatz „Verbrechen darf sich nicht lohnen“ entsprechend werden zudem verfahrensbegleitende und eigenständige Vermögensermittlungen mit dem Ziel der Vermögensabschöpfung sowie umfangreiche Verfahren aus dem Wirtschaftssektor, insbesondere im Bereich der strukturellen Korruption geführt. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt zudem eine Zentralstellenfunktion im Bereich der Analyse/ IT- Datenforensik für die PD Göttingen ein. Die Leitung der Zentralen Kriminalinspektion obliegt seit dem 1. Juni 2022 Kriminaldirektor Thomas Breyer. Zuvor wurde die ZKI viele Jahre von Kriminaldirektor Matthias Schweg geleitet.

Um Ermittlungserfolge nicht zu gefährden, arbeiten die Ermittlerinnen und Ermittler überwiegend im Verborgenen. Eine Öffentlichkeitswirksamkeit ergibt sich aufgrund der Größenordnung der geführten Verfahren jedoch

spätestens bei Abschluss der Verfahren. Von der ZKI geführte Ermittlungskomplexe, wie das erste Rockerverbotsverfahren des Landes Niedersachsen, oder erfolgreiche Ermittlungen im Ermittlungskomplex um den Göttinger Organspende-Skandal sorgten für eine länderübergreifende mediale Präsenz der ZKI.

Zentrale Rolle

Zuletzt konnten die Ermittlerinnen und Ermittler im Dezember 2022 mit der Aufdeckung eines außergewöhnlichen Drogenlabors im Landkreis Göttingen dem organisierten Kokainhandel einen empfindlichen Schlag versetzen. Diese Beispiele zeigen: Die ZKI Göttingen ist zwar nicht immer sichtbar, jedoch ständig präsent. Sie nimmt seit mehr als 15 Jahren eine zentrale Rolle für die erfolgreiche Bekämpfung der organisierten Kriminalität innerhalb der Polizeidirektion Göttingen ein und ist ein wichtiger Partner der Polizeiinspektionen.

ZKI

Der „neue Bankraub“: Sprengungen von Geld- automaten beschäftigen Ermittelnde im ganzen Land

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik und die Pressemeldungen zeigen es deutlich: Die Anzahl der Geldautomaten-Sprengungen bundesweit, aber auch in der Polizeidirektion Göttingen erreichten 2022 einen Höchststand.

Allgemein bekannt ist das Offensichtliche: Bei den Täterinnen und Tätern handelt es sich meist nicht um lokal agierende Einzelpersonen, sondern überwiegend um internationale, überörtlich handelnde Tätergruppen.

In der Polizeidirektion Göttingen übernimmt eine spezialisierte Ermittlungsgruppe aus dem Fachkommissariat „Organisierte Kriminalität/Komplexe Kriminelle Strukturen“ der Zentralen Kriminalinspektion (ZKI) die Ermittlungen zu versuchten und vollendeten Sprengungen von Geldausgabeautomaten (GAA).

Die Ermittlungen beginnen dabei mit dem Einsatz am Tatobjekt. Um ein ganzheitliches Bild zu den Taten zu erhalten, agieren die Ermittlerinnen und Ermittler eng verzahnt mit den erstein-schreitenden Polizistinnen und Polizisten sowie der Spurensicherung der Tat-



ortgruppen.

Vor Ort ergibt sich ein Blick auf das vollumfängliche Schadensausmaß der Sprengungen und die Vorgehensweise der Täter (Modus Operandi). Alle zehn in der Polizeidirektion Göttingen verübten, vollendeten Taten wurden im Jahr 2022 mit dem Einsatz von Fest-sprengstoffen durchgeführt. Aus dieser Tatausführung resultieren extreme Schadensbilder am Tatobjekt und den angrenzenden Gebäuden. Zusätzlich entstehen durch herumfliegende Trümmerteile und teilweise Beschädigung der Statik einzelner Gebäude unkalkulierbare Gefahren für Anwohnende und Passanten, die eine Evakuierung und Sperrung ganzer Straßenbereiche notwendig machen.

Bei der Tatortaufnahme ist unter diesen Umständen mit großer Achtsamkeit vorzugehen. Neben der möglicherweise angegriffenen Statik stellen auch nicht umgesetzte Sprengstoffreste eine hohe Gefahr für die am Tatort arbeitenden Personen dar. Vor Ort wird eng mit den Feuerwehren und den De-

laborierern des Landeskriminalamtes zusammengearbeitet. Zudem werden im Bedarfsfall externe Statiker hinzugezogen, um zu beurteilen, ob eine Einsturzgefahr besteht. Nach Abschluss der Ermittlungen vor Ort verknüpfen die Ermittlerinnen und Ermittler unter anderem Hinweise aus der Bevölkerung und vergleichen Tathergänge. Besonders wichtig ist dabei die enge Verbindung zu den äquivalent in anderen Bundesländern und Ländern agierenden Ermittlungsgruppen im Bereich der Geldautomaten-Sprengungen.

Bundesweit wird deutlich, dass vor allem Präventionsmaßnahmen ein Lösungsansatz zur Handhabung der Tätergruppierungen sind. In einem am 8. November 2022 beschlossenen Maßnahmenkonzept zur Verhinderung derartiger Sprengungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat wurde den Kreditinstituten daher die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, wie der Einsatz von Nebel-, Einfärbe- oder Klebesystemen zur Minimierung des Diebesgutes, nahegelegt.

Korruption in Wirtschaft und Verwaltung: Die Zentrale Kriminalinspektion bietet Beratung und Unterstützung an und steht als Ansprechpartner zur Verfügung

Viele Fälle der Korruption, der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung werden nur durch den mutigen Einsatz von „Whistleblowern“ aufgedeckt. CumEx, PanamaPapers und Dieselgate zeigten die Tragweite eines Hinweises auf und beschäftigten die internationalen Sicherheitsbehörden und Medien über einen langen Zeitraum hinweg.

Es sind nicht nur die internationalen Fälle, auch in der Polizeidirektion Göttingen führen regelmäßig Hinweise zu der Aufdeckung von Korruptionshandlungen oder Straftaten im Wirtschaftssektor.

Ein Mitarbeiter des Ordnungsdienstes, der gastronomische Vorteile für Nachsicht bei Parkverstößen annimmt. Ein Taxi-Unternehmen, das sich mit Geschenken an eine Klinik Fahrdienste im großen Umfang sichert oder ein Bürgermeister, der auf Personalauswahlverfahren unredlich Einfluss nimmt: Die Aufklärung jeder dieser genannten Fälle im Bereich der Polizeidirektion Göttingen ist auf mutige Hinweisgeber zurückzuführen.

Wie auch durch die EU-Richtlinie 2019/1937 bestätigt, sind diese Hinweisgeberinnen und -geber in Deutsch-



land nicht ausreichend geschützt und müssen Gehaltsminderung, Suspendierung oder gar Entlassung befürchten. In Anerkennung dieser Schutzbedürfnisse und des essenziellen gesellschaftlichen Beitrags von Whistleblowern hat der Bundestag im Dezember 2022 ein Hinweisgeberschutzgesetz verabschiedet, das nach Inkrafttreten und Umsetzung in Landesrecht auch große Auswirkungen auf niedersächsische Behörden und Unternehmen haben dürfte.

Verpflichtung im Gesetz ist die Einrichtung von internen und externen Meldestellen, die auch eine anonyme Meldung von Verstößen in Unternehmen und Behörden ermöglicht.

Neben der Einrichtung eines Meldesystems ist zudem der Umgang mit den eingegangenen Hinweisen geregelt. Priorität hat demnach eine schnelle Be-

arbeitung der eingegangenen Meldungen, um in engen zeitlichen Fristen die Ergreifung von Folgemaßnahmen, wie interne und externe Untersuchungen, oder auch der Einstellung „aus Mangel an Beweisen“ auf den Weg zu bringen. Dabei ist ein gutes Netzwerk zur Polizei und Staatsanwaltschaft essenziell, um in solchen Fällen sachgerecht, rechtsicher und schnell reagieren zu können. Um es gar nicht erst zu Meldeerfordernissen kommen zu lassen, sollte in den Institutionen schon vorher der Aufbau eines Compliance-Managementsystems und die regelmäßige Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der Korruptionsprävention erfolgen. Damit kann potentiellem Zweifel an den behördlichen oder betrieblichen Bemühungen zur Verhinderung von rechtswidrigem Verhalten und Schadensersatzansprüchen vorgegriffen werden.

Die fachlich zuständige Zentrale Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen steht Behörden und Unternehmen aus den Landkreisen der Direktion als Ansprechpartner zur Verfügung und bietet Unterstützung bei der Einführung und Umsetzung von Compliance- und Präventionsmaßnahmen an.

Was ist Korruption?

Wir verstehen darunter den Missbrauch einer amtlichen Funktion, einer vergleichbaren Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats mit dem Ziel, einen persönlichen Vorteil für sich oder einen Dritten zu erlangen. Unter anderem Bestechung/ Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung/Vorteilsannahme, wettbewerbsbeschränkende Absprachen und Untreue

Wir sind für Sie da, wenn

- Sie sich über das Thema Korruption informieren wollen.
- Sie Präventionsangebote für Ihre Organisation
- oder ihren Betrieb in Anspruch nehmen wollen.
- Sie Hinweise auf Korruption oder wirtschaftskriminelle Handlungen haben.
- Sie selbst in Korruption verstrickt sind und sich aus der Abhängigkeit lösen wollen

Ansprechpartner

ZKI Göttingen, FK Wirtschaftskriminalität/Korruption,
Telefon 05121-20620-411

PI Hildesheim,
Telefon 05121-939-332

PI Hameln-Pyrmont/Holzminden,
Telefon 05151/933-432

PI Nienburg/Schaumburg,
Telefon 05021/9778-339

PI Northeim,
Telefon 05551/7005-331

PI Göttingen
Telefon 0551/491-3332

ZKI

**Betrug über Amazon Prime:
Ein Täter ergaunerte
mithilfe von mehr als
10.000 Accounts etwa
400.000 Euro**

In der Finanzermittlungsgruppe (FEG) der ZKI Göttingen wurde 2022 ein beispielhaftes Verfahren wegen Verdachts der Geldwäsche und des gewerbsmäßigen Computerbetrugs abgeschlossen. Dieses endete für einen der zwei Beschuldigten mit einem Haftbefehl.

Im Rahmen der Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen fiel zwei Ermittlerinnen der ZKI Göttingen auf, dass sie Strafanzeigen mit ähnlich gelagertem Modus Operandi bearbeitet hatten. Dabei ging aus den Anzeigen hervor, dass unterschiedliche Identitäten an einem Tag jeweils bis zu 100 Gutschriften in Höhe des Mitgliedsbeitrags von Amazon Prime auf ihre Konten bei derselben niederländischen Online-Bank erhielten. Das Geld wurde in allen Fällen unmittelbar nach erfolgter Gutschrift an Dritte weitergeleitet.

Im Jahr 2022 sind bei der ZKI Göttingen insgesamt 480 Geldwäscheverdachtsmeldungen eingegangen.

Die Vernehmungen der Kontoinhaber erbrachten kaum Erkenntnisse, denn diese wussten nicht einmal, dass sie auf ihren Namen ein Konto bei der Online-Bank führten.

In Kooperation mit der für Deutschland zuständigen Mitarbeiterin für Behördenanfragen bei Amazon in Seattle (USA) konnten die Ermittler nach zahlreichen Videokonferenzen und regelmäßigem Datenaustausch einen 32-jährigen Hildesheimer als Tatverdächtigen ermitteln.

Nach umfassenden Ermittlungen konnte die Arbeitsweise des Tatverdächtigen



rekonstruiert werden: Dieser erstellte unter Angabe fiktiver Personalien in regelmäßigen Abständen Amazon-Accounts. Parallel „rekrutierte“ er Personen aus dem Drogenmilieu, die unter falschem Vorwand mittels Video-Ident-Verfahren Girokonten bei der Online-Bank eröffneten und dem Hildesheimer zur Verfügung stellten. Die Amazon-

Accounts wurden dann mit den leichtfertig erstellten Kon-

ten verknüpft und eine kostenpflichtige Amazon Prime-Mitgliedschaft abgeschlossen. Da die Konten jedoch nicht gedeckt waren, konnte der Mitgliedsbeitrag nicht abgebucht werden.

Sicherheitslücke von Amazon

Der Tatverdächtige nutzte dann eine inzwischen geschlossene Sicherheitslücke von Amazon aus, indem er die zuvor abgeschlossene Mitgliedschaft kündigte, die Erstattung des Mitgliedbeitrags auf das hinterlegte Konto erhielt, es von dort über diverse Finanzdienstleister weiter transferierte und es schlussendlich auszahlen ließ. Eine Prüfung

seitens Amazon, ob der Beitrag zuvor überhaupt eingezogen worden war, erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Das Gesamtvolumen der Rückerstattungen von Amazon im ausgewerteten Zeitraum von dreieinhalb Jahren beläuft sich auf ca. 400.000 Euro bei mehr als 10.000 abgeschlossenen Amazon Prime-Buchungen.

Arbeitsweise des Beschuldigten

Nach Abschluss der Ermittlungen konnte aus sichergestellten Datenträgern die Arbeitsweise des Beschuldigten anhand von Nachrichten wie „Wir brauchen immer neue Konten, dann können die die alten dichtmachen“ und „Ich mache wieder neues Geld über Amazon“ bestätigt werden.

Nicht zuletzt aufgrund einer noch bestehenden Bewährung wurde der Beschuldigte Ende September vergangenen Jahres aufgrund eines Haftbefehls festgenommen. Er befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Gegen die „rekrutierten“ Inhaber der Girokonten wurden im Weiteren insgesamt 72 Verfahren wegen Geldwäsche eingeleitet.



Verkehrssicherheitsarbeit
Sicher auf der Straße unterwegs



Verkehrslagebild

Der Fokus der Verkehrssicherheitsarbeit liegt auf dem Güter- und Personenverkehr.

Jedes Opfer eines Verkehrsunfalls ist eines zu viel. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert und orientiert sich unter anderem an der europäischen Verkehrssicherheitsphilosophie „Vision Zero“, die das Ziel hat, bis 2050 die Straßen und Verkehrsmittel so sicher zu gestalten, dass keine getöteten und schwerverletzten Personen mehr im Straßenverkehr zu beklagen sind.

Eine Herausforderung hierbei wird unter anderem die Einführung des automatisierten Fahrens sein, das die größte Disruption seit Einführung des motorisierten Straßenverkehrs darstellt. Dies erfordert zwangsläufig die Ausei-

nersetzung mit neuartigen Formen des Risikos. So lässt sich unter anderem nicht testen, ob durch das automatisierte Fahren ab Stufe 3 der Straßenverkehr wirklich sicherer wird, da diese Fahrzeuge vor der Markteinführung nur in kleinen, ausgewählten Bereichen im öffentlichen Verkehrsraum getestet werden können. Erst wenn die Fahrzeuge auf dem Markt eingeführt sind, wird sich zeigen, ob sie Unfallgefahren – aufgrund ihrer Softwareprogrammierung – frühzeitig erkennen und dann auch vermeiden werden können.

Dieser Entwicklung versucht die Polizei Niedersachsen seit 2021 mit der Fachstrategie Verkehr zu begegnen. Deren Zielsetzung lautet: Wir wollen mehr

Verkehrssicherheit in Niedersachsen.

Für die sechs Umwelttrends neue Mobilitätsformen, gewerblicher Güter- und Personenverkehr, altersspezifische Risikogruppen, Radverkehr, risikobehaftetes Verhalten und Automotive IT, die in der Fachstrategie Verkehr identifiziert wurden, werden nun in den Polizeidirektionen Konzepte entwickelt und diese den sich wandelnden Herausforderungen immer wieder angepasst.

Die Polizeidirektion Göttingen hat die Themenpatenschaft für den Umwelttrend „gewerblicher Güter- und Personenverkehr“ inne. In den vergangenen Jahren hat der Güterverkehr unter an-

Verkehrsunfallstatistik 2022

30.799 Verkehrsunfälle gesamt	120 davon mit Fahrradbeteiligung	934 Unfälle mit beteiligten Kindern/Jugendlichen
1.327 davon mit Radfahrerbeteiligung	40 davon mit Pedelec-beteiligung	1.008 unfallbeteiligte Biker
109 davon mit Beteiligung von Elektrokleinstfahrzeugen	14 davon mit Beteiligung von Elektrokleinstfahrzeugen	515 Unfälle unter Alkoholeinfluss
730 schwere Verkehrsunfälle	53 Getötete	101 Unfälle unter Drogen- oder Alkoholeinfluss
	794 Schwerverletzte	

derem aufgrund des fortschreitenden Onlinehandels immer mehr an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang fallen häufig auch die Worte „Just in time“. Lagerbestände werden sukzessiv kleiner und die Waren werden auf deutschen Straßen zwischengelagert und passend zur Produktion geliefert.

Dies hat zur Folge, dass immer mehr Berufskraftfahrende auf deutschen Straßen unterwegs sind. Fehlender ausreichender Sicherheitsabstand und Ablenkung stellen bei Lkw-Unfällen zumeist die Hauptunfallursachen dar. Allein die Verkehrsunfälle in Niedersachsen, die aufgrund zu geringen Abstands durch einen Lkw-Fahrenden verursacht wurden, sind innerhalb des vergangenen Jahres um 14 Prozent gestiegen (2021: 2.500; 2022: 2.858).

Schätzungsweise 80 Prozent der Verkehrstoten bei Lkw-Unfällen auf deutschen Autobahnen sind auf Unfälle an einem Stauende zurückzuführen. Um der Vielzahl von Unfällen an Stauenden entgegenzuwirken, müssen seit November 2018 EU-weit alle Neufahrzeuge ab 3,5 Tonnen mit einem Notbremssystem ausgestattet sein. Es vermeidet Kollisionen mit fahrenden oder stehenden Hindernissen, wodurch schwerwiegende Unfallfolgen vor allem an Stauenden vermieden werden können.

Allerdings hat der Fahrende derzeit noch die Möglichkeit, das System abzuschalten, sodass die Schutzwirkung des Systems unterlaufen werden kann. Eine Reaktivierung des Systems erfolgt derzeit nur durch aktives Handeln des Fahrers oder der Fahrerin oder nach Neustart des Fahrzeugs. Hier gilt es nachzubessern und eine automatische, systemeigene Reaktivierung als Grundsatz im Verkehrsrecht zu verankern.

Prävention

Die polizeiliche Präventionsarbeit im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs (GGPV) bietet sich unmittelbar nach einem festgestellten



Verstoß in einem Gespräch, aber eben auch ohne entsprechenden Anlass an. Eine Kommunikation auf Augenhöhe ist dabei angeraten. Eine Herausforderung bei Lkw-Kontrollen sind häufig jedoch die sprachlichen Barrieren, da viele Berufskraftfahrende aus dem europäischen Ausland kommen und der deutschen Sprache nur bedingt mächtig sind. Hier hat sich der Grundsatz „Keep it short and simple“ bewährt.

Neben den Gesprächen vor Ort gibt es innerhalb der Polizeidirektion Göttingen auch die Trucker-Stammtische, die turnusmäßig stattfinden und einen Austausch in den unterschiedlichsten Themenbereichen zwischen Polizei, Truckern und auch weiteren Netzwerkpartnerinnen und -partnern ermöglichen. Auch aktuelle Kampagnen, wie beispielsweise #Fahrklar werden im Bereich des GGPV aufgegriffen und die Lkw-Fahrenden im Rahmen von Kontrollen für diese Thematik sensibilisiert.

Hauptunfallursachen

Die Hauptunfallursachen sind nach wie vor überhöhte sowie nicht angepasste

Geschwindigkeit, falsches Überholen, Alkohol- und Drogenbeeinflussung im Straßenverkehr, Ablenkung durch mobile Endgeräte sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand. Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben den genannten Hauptunfallursachen jedoch auch die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. der Rückhaltesysteme. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall bekanntermaßen schwerwiegende oder auch tödliche Verletzungen nach sich ziehen.

Verstöße & Ahndungen

- 2.765** Blutentnahmen aufgrund von Alkohol, Drogen oder Medikamenten
- 39.840** Geschwindigkeitsüberschreitungen
- 8.746** Ablenkung durch elektronische Geräte
- 10.153** Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes

Die Regionale Kontrollgruppe

Fachleute für den gewerblichen Güter- und Personenverkehr

Der Bestand an Güterkraftfahrzeugen orientiert sich an der Dynamik des internationalen Handels. Prognosen besagen, dass die Transportleistung von Gütern bis zum Jahr 2030 um 39 Prozent steigen wird. Mehr Fahrzeuge, mehr Verkehr – das bedeutet auch mehr Verkehrsunfälle und Verstöße. Die Fachleute der Regionalen Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen haben diese Entwicklung sehr genau im Auge.

Steigender Wettbewerb und Termin- druck im gewerblichen Güter- und Personenverkehr sind in der Folge häufig Ursache für Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitverstöße, für Überladungen, technische Mängel und andere Verstöße, die die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigen und sich auch in der Unfallbilanz widerspiegeln: Die Zahl schwerer Verkehrsunfälle mit Fahrzeugen des Straßengüter- und Personenverkehrs

hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen bzw. stagniert auf hohem Niveau. Zusätzlich ist festzustellen, dass Nutzfahrzeuge immer häufiger als Tatmittel bei der Begehung von Straftaten eingesetzt werden. Festgestellt werden etwa Verstöße im Zusammenhang mit Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Umweltkriminalität oder Eigentumsdelikte.

Um diesen Phänomenen zu begegnen, hat die Polizeidirektion Göttingen die Regionale Kontrollgruppe (RKG) eingerichtet.

Aufrufeinheit der Polizeidirektion

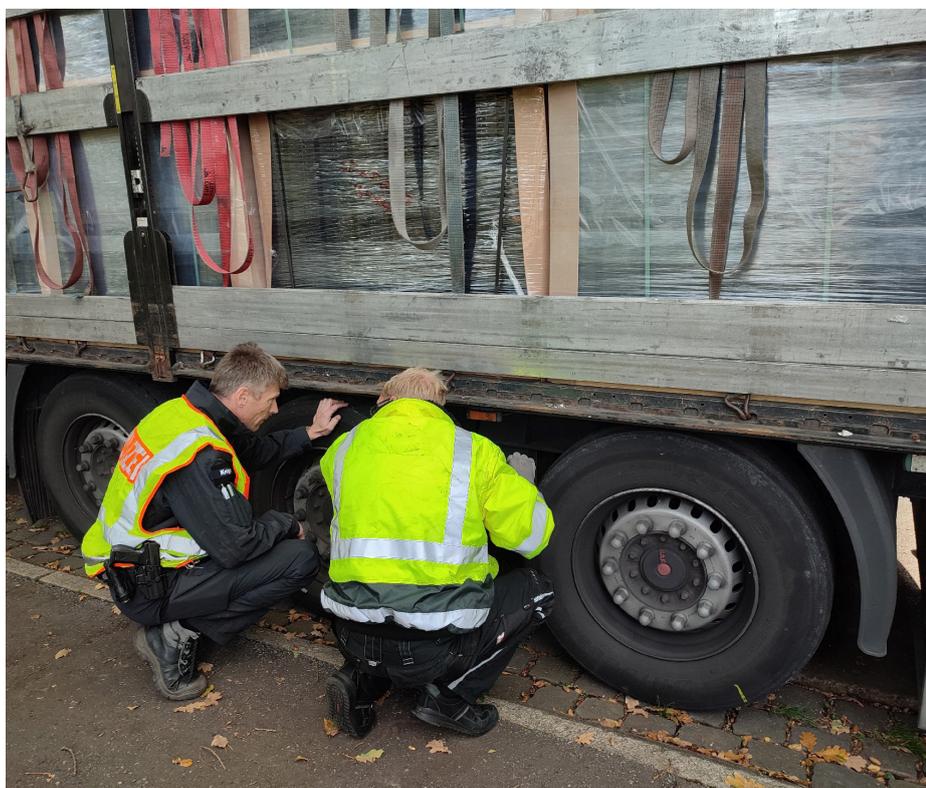
Die RKG ist eine Aufrufeinheit, das heißt, die Mitglieder kommen aus allen Polizeiinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen. Die RKG ist in unterschiedliche Gruppen aufgeteilt: Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenver-

kehr (GGPV) und zur Kriminalitätsbekämpfung (KB). Die Gruppen nehmen überörtlich an geeigneten Kontrollorten Schwerpunktkontrollen vor.

Die Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs umfasst unter anderem die Bereiche gewerbliche Personenbeförderung, Gefahrgut, Ladungssicherung und Überladung, Großraum- und Schwertransporte (GST), Sozialvorschriften/EG-Kontrollgerät/Fälschung technischer Aufzeichnungen, technische Mängel, gewerblicher Transport von Lebensmitteln, Tieren und Abfall sowie Vermögensabschöpfung.

Die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert sich auf Deliktsbereiche, die im Zusammenhang mit überörtlichen Verkehrsstraßen (z.B.: Verbringungs- und Fluchtwege) stehen, wie qualifizierte Eigentumsdelikte (Planenschlitzer, TWE/WED, Metalldiebstähle), Drogenkriminalität, Schleuserkriminalität und illegale Migration, Menschenhandel, Verstöße gegen das Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Urkunden- und Fälschungsdelikte, Schmuggel von beispielsweise Waffen oder Zigaretten sowie Umweltkriminalität, wie etwa illegale Abfallentsorgung.

Die Regionale Kontrollgruppe nimmt neben den zentral vorgegebenen EU-, bundes- und landesweiten Kontrollen – unter anderem ROADPOL Truck-Kontrollen – zusätzlich jährlich mehrere eigenständig geplante Kontrollen unter anderem zu Ausbildungszwecken vor. Roadpol steht für „European Roads Policing Network“ und ist ein Netzwerk aus Verkehrspolizeidirektionen der EU-Mitgliedsstaaten. Ziel ist es, die





Straßen Europas gemeinsam sicherer zu machen und die Zahl der schwerverletzten und getöteten Unfallbeteiligten nachhaltig zu senken. Weiterhin soll die Zusammenarbeit gefördert und die gesammelten Erfahrungswerte ausgetauscht werden. Die gemeinsamen europaweiten Kontrollwochen sowie unterschiedlichste Verkehrskampagnen

unterstützen dieses Vorhaben. Darüber hinaus erfolgen bei Bedarf weitere, zielgerichtete Schwerpunktkontrollen auf Grundlage örtlicher oder überörtlicher Lagebilder. Bei den Kontrollen wird die Regionale Kontrollgruppe zumeist von anderen Kontrollorganen, wie beispielsweise dem Bundesamt für Logistik und Mobilität

(BALM ehemals Bundesamt für Güterverkehr – BAG), Gewerbeaufsichtsdirektoren, Veterinärämtern und dem Zoll durch deren Fachwissen und Expertise unterstützt.

Die umfangreichen Kontrollen erfordern umfassende, aktuelle und komplexe Fach- und Spezialkenntnisse, sodass regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen für die Angehörigen der Regionalen Kontrollgruppe unverzichtbar sind. Dabei erfolgt neben der zentralen Aus- und Fortbildung auch eine dezentrale Beschulung in eigener Zuständigkeit. Für spezialisierte Kontrollkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden weiterhin zentrale Fortbildungslehrgänge an der Polizeiakademie Niedersachsen angeboten. Die Soll-Stärke der Regionalen Kontrollgruppe beträgt 60 Mitarbeitende im Bereich gewerblicher Güter- und Personenverkehr sowie 20 Mitarbeitende im Bereich Kriminalitätsbekämpfung.





Im Einsatz

Unfallursache Unachtsamkeit: Junge Lkw-Fahrerin übersieht Stauende an einer Nachtbaustelle – Autobahn 7 bei Seesen muss zwei Tage lang voll gesperrt werden

Ein besonders schwerer Unfall auf der Autobahn 7 bei Seesen hat im September vergangenen Jahres die Einsatzkräfte der Polizeidirektion Göttingen sehr gefordert und zu einer zweitägigen Vollsperrung eines Teilstücks der wichtigen Nord-Süd-Achse geführt. Ein Lkw war hier schwer verunglückt. Unfallursache: Auffahren auf ein Stauende.

Aufgrund einer Nachtbaustelle war die A7 ab der Anschlussstelle Seesen in Fahrtrichtung Kassel voll gesperrt. Die Vollsperrung hatte einen Rückstau von etwa einem Kilometer Länge zur Folge. Eine 22 Jahre alte Lkw-Fahrerin bemerkte das Stauende gegen 22 Uhr zu spät und versuchte noch vom Hauptfahrstreifen auf den ersten Überholfahrstreifen auszuweichen. Bei dem Ausweichmanöver touchierte sie je-

doch hinten links einen Sattelzug, der am Stauende auf dem Hauptfahrstreifen stand.

Durch diese Berührung geriet der Lkw der 22-Jährigen ins Schleudern und fuhr vom ersten Überholfahrstreifen wieder nach rechts auf den Hauptfahrstreifen, und kollidierte dort mit einem dritten Lkw, der vor dem zweiten Lkw stand. Der Fahrzeugführer des dritten Lkw wurde dabei leicht verletzt. Sein Sattelzug wurde durch den Aufprall nach rechts verschoben und kam auf der Außenschutzplanke und dem Brückengeländer zum Stehen.

Abschließend stieß die 22-Jährige mit ihrem Fahrzeug noch mit dem vierten Sattelaufleger zusammen und kam zum Stehen.

Der Sattelzug der Lkw-Fahrerin wurde durch den Unfall vollkommen zerstört

und die Frau im Fahrzeug eingeklemmt. Sie wurde von der Feuerwehr schwer verletzt aus ihrem Fahrzeug geborgen und ins Krankenhaus gebracht.

Alle anderen Sattelzüge wurden ebenfalls stark beschädigt. Einer der unfallbeteiligten Lkw war zudem mit 20 Fässern Motoröl beladen. Das Öl, das als Gefahrgut eingestuft wird, trat aus einigen beschädigten Fässern aus und verunreinigte die Fahrbahn erheblich. Dies hatte zur Folge, dass der Straßenbelag angefräst und neu aufgetragen werden musste.

Die Autobahn musste in diesem Bereich dafür zwei Tage lang gesperrt bleiben. Insgesamt waren zwei Streifenwagen und 64 Mitglieder von Feuerwehr, Rettungsdienst und Notarzt vor Ort.

POLIZEI

Im Porträt
Die Polizeiinspektion

Vorwort

**Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Partnerinnen und Partner für
Sicherheit in den Landkreisen Nien-
burg und Schaumburg,**

bereits seit Anfang 2020 sieht sich die Bundesrepublik Deutschland durchgängig mit außergewöhnlichen Krisenszenarien konfrontiert. Die Covid-19-Pandemie, der fortdauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die damit verbundene Situation von Geflüchteten, einschließlich einer Energiekrise nebst Inflation und fehlender Preisstabilität, haben den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs und einen nicht unwesentlichen Teil des politischen Geschehens bestimmt und wirken sich in Teilen noch bis heute aus.

Gerade viele der mit den Corona-Regeln in Verbindung gebrachten Demonstrationen, die bereits Ende 2021 starteten und die wir auch zu Beginn 2022 Woche für Woche polizeilich begleiteten, waren dabei nicht selten herausfordernd und belastend für unsere Einsatzkräfte. Durch konsequentes Einschreiten, intensive Kommunikation und eine sehr gute Zusammenarbeit mit den übrigen Gefahrenabwehrbehörden war es jedoch möglich, einen überwiegend friedlichen Verlauf der Versammlungen zu gewährleisten. Leider wurde dabei aber auch mehrfach deutlich, wie viele Menschen sich gegen staatliche Organisationen stellen, Demokratie ablehnen und damit das höchste Gut unseres gesellschaftlichen und menschlichen Miteinanders in Frage stellen.

Anschließend folgte der Überfall Russlands auf die Ukraine. Blackout-Szenarien prägten plötzlich den Alltag und neue, existenzielle Sorgen kamen zum Virus dazu. Krisenvorsorge und Krisenbewältigung standen in den Kreisen Nienburg und Schaumburg neben einer beispielhaften und vorbildlichen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegen-



über den Flüchtenden aus der Ukraine. Ohne Atempause folgten kurz darauf gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Großfamilien in Nienburg, denen wir mit massiver Polizeipräsenz und -kontrollen begegneten und somit weitere verhindern konnten. Diese und weitere Lagen haben wir neben den „alltäglichen“ Aufgaben immer wieder professionell bewältigt – das gelang aber nur durch das Engagement und die Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeitenden und aller anderen Beteiligten, für das ich mich an dieser Stelle ausdrücklich und von ganzem Herzen bedanken möchte.

Unabhängig von der Vielzahl der zu bewältigenden „äußeren“ Aufgaben wurde zudem das Thema „Polizeischutz für die Demokratie“, das polizeintern einen hohen Stellenwert einnimmt, weiter intensiv bearbeitet. So sind wir zum Beispiel sehr stolz, dass wir 2022 eine Sicherheitspartnerschaft mit der „Pulverfabrik Liebenau e.V.“ eingehen und die Wanderausstellung „Freunde, Helfer, Straßenkämpfer – Die Polizei in der Weimarer Republik“ unter sehr gutem Anklang nach Rinteln holen konnten.

Liebe Leserinnen und Leser,
der Großteil der Menschen vertraut der Polizei. Dieser Faktor ist bedeutend für

unsere Arbeit, denn eine erfolgreiche polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist nur dann möglich, wenn ein wertschätzender und vertrauensvoller Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern besteht und aktiv gelebt wird. Auf diesem uns entgegengebrachten Vertrauen möchten wir uns aber keinesfalls ausruhen. Wir werden als Polizei auch weiterhin alles tun, um ein höchstmögliches Maß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürgern in Schaumburg und Nienburg zu gewährleisten. Wir sind da, wenn Sie uns brauchen!

Ich wünsche Ihnen nunmehr eine spannende Lektüre und hoffe, dass Sie durch den Sicherheitsbericht ein paar kleine, aber interessante Einblicke in die Vielfalt polizeilicher Themenfelder und Aufgabenbereiche erhalten werden und er ferner auch dazu beiträgt, den Austausch zu fördern und das Vertrauen in Ihre Polizei weiter zu festigen.

Marcel Bente

Stv. Leiter der Polizeiinspektion
Nienburg/Schaumburg

Die Polizeiinspektion im Überblick

580 Mitarbeitende kümmern sich um die Sicherheit von 280.000 Menschen in zwei Landkreisen in der flächenmäßig größten Polizeiinspektion.

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ist für die Sicherheit von rund 280.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zuständig und betreut eine Fläche von mehr als 2.000 Quadratkilometern, die sich über die Landkreise Nienburg und Schaumburg erstreckt.

Seit dem 1. April 2023 führt Polizeidirektor Marcel Bente stellvertretend die flächenmäßig größte Inspektion der Polizeidirektion Göttingen. Zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben stehen ihm rund 580 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Darunter befinden sich 506 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie 5 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und 69 Beschäftigte.

Der Inspektion sind die sechs Polizeikommissariate Bad Nenndorf, Bückeberg, Hoya, Stadthagen, Stolzenau und Rinteln inklusive ihrer zugehörigen Polizeistationen sowie die Wasserschutzpolizeistation Nienburg nachgeordnet, die gemeinsam eine flächendeckende Präsenz zu Land und zu Wasser gewährleisten. Hauptsitz der Inspektion ist das Dienstgebäude am Amalie-Thomas-Platz 1 in Nienburg.



Nachwuchs für die Inspektion

Wieder in Präsenz: Polizei stellt sich bei vielfältigen Aktionen potenziellem Nachwuchs vor

Wenngleich sich die Corona-Pandemie im vergangenen Jahr dem Ende näherte, so waren deren Spätfolgen auch bei den Bewerberzahlen der Polizei Niedersachsen spürbar. Der Rückgang der Bewerberzahlen war wahrscheinlich auch eine Folge der fehlenden direkten Kontakte zu potentiellen Bewerbenden. Dank gemeinsamer Anstrengungen, wiederholten Aufrufen in den Sozialen Netzwerken, aber auch „Werbemaßnahmen“ im privaten Umfeld der Mitarbeitenden, konnten die Studienplätze ab Oktober jedoch noch alle vergeben werden.

Sicherlich auch aufgrund erfolgreicher Arbeit im Bereich der Nachwuchswerbung stand die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im vergangenen Jahr erfreulicherweise gut da und konnte erneut viele Interessierte aus der Region für sich gewinnen. Aufgrund der Zugehörigkeit zur Polizeidirektion Göttingen und der örtlichen Nähe zu der Region Hannover steht die Inspektion seit jeher vor der besonderen Herausforderung, junge Menschen aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich – mit dem Ziel der heimatnahen Verwendung – anzusprechen. Dieses Ziel verfolgend hat das neue „Team Nachwuchsgewinnung“ der Inspektion 2022 zahlreiche Termine wahrgenommen, sich unter anderem bei Berufsmessen und Gewerbeschauen präsentiert – und auch die sozialen Medien zur Nachwuchswerbung genutzt.

Das „Team Nachwuchsgewinnung“ wurde Ende 2021 auf Ebene der Polizeidirektion Göttingen und darauf aufbau-



end in den Polizeiinspektionen eingerichtet. In der PI Nienburg/Schaumburg gibt es mittlerweile neben der Teamleitung sechs Studienberatende. Aufgeteilt auf die Kommissariate in beiden Landkreisen findet Jede und Jeder vor Ort eine direkte Ansprechperson. Zusätzlich verfügt die PI über einen „Pool Nachwuchsgewinnung“, derzeit bestehend aus zehn weiteren Kolleginnen und Kollegen. Die Teamleitung ist neben der Planung, Koordination und Organisation der Veranstaltungen zusätzlich für den stetigen Informationsfluss an die Studienberatenden zu etwaigen Veränderungen im Einstellungsverfahren verantwortlich.

Die Studienberatenden übernehmen eigenverantwortlich Berufsinformationsgespräche und halten Vorträge bei Berufsmessen, in Berufsinformationzentren, in weiterführenden Schulen oder auch bei Vereinen.

14 Termine und 500 Interessierte

Zu Jahresbeginn war die Inspektion noch gezwungen, vorrangig auf digi-

talem Weg über das Bewerbungsverfahren, das Studium und den Beruf zu informieren. Als ab Mai 2022 wieder vermehrt Werbemaßnahmen in Präsenz veranstaltet werden konnten, zeigte das Team viel Engagement und begleitete trotz urlaubs- und krankheitsbedingter Personalengpässe bis zum Jahresende noch 14 Termine, die in der Spitze von bis zu 500 Personen besucht wurden. Dazu gehörten die Gewerbeschau in Uchte, aber auch Berufsinformationstände bei der Jugendfeuerwehr in Bad Nenndorf (Apelern) sowie bei weiterführenden Schulen in den Landkrei-

Kontakt & Infos

Für die Kontaktvermittlung, mögliche Terminabsprachen sowie Nachfragen zum Bewerbungsverfahren steht die Polizeiinspektion mit dem Sachgebiet Aus- und Fortbildung gern telefonisch zur Verfügung (05021/9778-105).

sen Nienburg und Schaumburg (IGS Schaumburg, Obernkirchen, Ratsgymnasium Stadthagen, Marion-Dönhoff-Gymnasium Nienburg, IGS Rodenberg). Auch beim Benefizkonzert des Polizeiorchesters im Kloster Loccum konnten sich Interessierte bei einem Stand über den Polizeiberuf informieren, und das Projekt „Digitale Lernallianzen“ wurde ebenfalls wieder begleitet. Neben diesen Veranstaltungen fanden weiterhin auch Online-Veranstaltungen, aber auch persönliche Einzelgespräche mit Interessierten statt. Und diese Anstrengungen tragen Früchte: Anfang Januar überzeugte die Polizei im Landkreis Nienburg im Rahmen der digitalen Lernallianzen als attraktiver Arbeitgeber.

Einblicke für die Jüngsten

Zur Aufrechterhaltung des hohen Sicherheitsniveaus in den hiesigen Landkreisen besteht auch zukünftig ein hoher Bedarf an polizeilichem Nachwuchs zur Besetzung der insgesamt 26 Dienststellen der Polizeiinspektion. Eine fortwährende Aufgabe, für die bereits bei den Jüngeren angesetzt wird.

Konnten in diesem Jahr wieder mehr Dienststellen ihre Türen zum Zukunftstag öffnen und 93 Kindern die Gelegenheit bieten, in die Welt der Polizei einzutauchen, so stand das vergangene Jahr noch unter dem Einfluss der Pandemie. Dennoch erhielten im April vergangenen Jahres 33 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren trotz pandemischer Einschränkungen beim Zukunftstag die Gelegenheit, am Sitz der Inspektion Einblicke in den Polizeiberuf zu erhalten. Nach einem Vortrag und einer Vorführung der Diensthundeführergruppe auf dem Innenhof durchliefen die Jungen und Mädchen mehrere Stationen im Freien, an denen sie ihre Fragen stellen, sich selbst ausprobieren konnten und die Vielfältigkeit des Polizeiberufs erlebten.

Die Wasserschutzpolizei Nienburg präsentierte ihr großes Schlauchboot und



berichtete von ihrer Arbeit, dabei durften die Kinder auch selbst auf das Boot klettern und sich ans Steuer setzen. Zahlreiche polizeiliche Einsatzmittel hatte das Präventionsteam im Gepäck und erklärte den neugierigen Kindern unter anderem unterschiedliche Handschuharten, Helme und Schutzwesten. Letztere durften die Kinder auch selbst ausprobieren und am eigenen Körper erleben, wie es sich anfühlt, die schwere aber schützende Weste zu tragen. Das Fachkommissariat Forensik legte einen fingierten Tatort an und erläuterte unter anderem unterschiedliche Spurenarten und -sicherungsmöglichkeiten. Für viele Kinder war die Erkenntnis, wie exakt die Papillarlinien ihrer Fingerkuppen an Gegenständen, mit Rußpulver bepinselt, erkennbar sind, ein besonderes Highlight.

Ebenfalls viel Spaß hatten sie am Fahrradsimulator, bei dem sie auf einem an einen Bildschirm angeschlossenen Fahrrad selbst in die Pedale traten und bei gefährlichen Situationen im Straßen-

verkehr ihre Reaktionszeit und ihren Bremsweg testen konnten. Zusätzlich durften sie in einem Streifenwagen sitzen und vorbeifahrende Bürgerinnen und Bürger mit der Laserpistole ins Visier nehmen. Ein Beamter der Verfügungseinheit der PI Nienburg/Schaumburg erklärte den Jungen und Mädchen währenddessen die Gefahren überhöhter Geschwindigkeit im Straßenverkehr sowie die Funktionsweise des Gerätes. Der Zukunftstag soll den Kindern als erste berufliche Orientierungshilfe dienen.

Erfreulicherweise konnten zudem immerhin 22 Schülerinnen und Schüler ab Sommer 2022 nach langer pandemiebedingter Pause endlich wieder ihr Schulpraktikum bei der Polizei absolvieren. Ein Praktikum bei der Polizei ist so begehrt, dass einige dieser Jugendlichen auch die Möglichkeit nutzten, freiwillig in ihren Ferien tiefe Einblicke in die unterschiedlichen Bereiche der Polizeidienststellen in ihrer Umgebung zu erhalten.

Demokratienschutz in der Polizei

Erinnerungskultur und Auseinandersetzung mit Themen des NS-Regimes sollen das Bewusstsein für eigene Verantwortung und damit auch die Demokratie selbst stärken

Mit dem Ziel, die demokratischen Werte innerhalb der Polizei, aber auch in der Bevölkerung zu erhalten, zu stärken und zu verfestigen, bekam das Thema Demokratienschutz, das Erinnern sowie eine darauf aufbauende kritische Selbstreflexion im vergangenen Jahr bei der PI Nienburg/Schaumburg einen ganz besonderen Stellenwert.

Erstmals schloss die Inspektion im April 2022 eine Kooperationsvereinbarung mit einer Gedenkstätte für Verbrechen des Nationalsozialismus. Die „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.“ steht für eine regionale Auseinandersetzung mit den schrecklichen Ereignissen des NS-Regimes. Sie fördert damit nach Überzeugung der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg die Erinnerungskultur und das Bewusstsein eigener Verantwortung und stärkt auf diese Weise die Demokratie selbst. Der im Jahre 1999 gegründete Verein dokumentiert die Machenschaften des NS-Regimes rund um die ehemalige Pulverfabrik in Liebenau und leistet mit seinen

historischen Recherchen bedeutende Bildungsarbeit, gerade auch zur Rolle der Polizei in dieser Zeit und speziell an diesem Ort.

Auf dem Gelände der Pulverfabrik, auf dem während des Nationalsozialismus mehr als 84 Kilometer Betonstraßen, 42 Kilometer Eisenbahnschienen sowie ca. 400 Gebäude errichtet wurden, befand sich unter anderem ein „Arbeitserziehungslager“, geleitet durch die Gestapo-Leitstelle Hannover, in dem Tausende Häftlinge unmenschlich und grausam behandelt wurden. Viele Menschen kamen in dem Lager, aber auch in der Pulverfabrik, zu Tode.

Da eine Tatbeteiligung der damaligen Polizei historisch belegt ist, entschied sich die Inspektion, eine Kooperation mit der „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.“ einzugehen. Gemeinsam und langfristig soll die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grausamkeiten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Region gefördert werden. Gerade der unmittelbare räumliche Bezug macht

den Blick auf Täter und Opfer noch präsenter. Nach Überzeugung von Polizei und Gedenkstätte entsteht dadurch eine noch größere persönliche Betroffenheit. Basis der Kooperation ist darum auch nach dem Text der Vereinbarung „die gemeinsame Erkenntnis, dass die Todesopfer der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau und des ‚Arbeitserziehungslagers‘ Liebenau zur Wahrung des Friedens und zu unveräußerlichen Menschenrechten mahnen.“

Die Unterzeichnung fand im Rahmen einer Führungskräfte-tagung der Inspektion statt, an der mehr als 50 Führungs- und Fachkräfte teilnahmen. Vorgegangen war eine Besichtigung des weitläufigen Geländes der ehemaligen Pulverfabrik, geführt von Martin Guse, der hauptamtlich für den Verein tätig ist. Insbesondere die ausführlichen Schilderungen Guses über die grausamen Schicksale verschiedener Zeitzeugen, mit denen er selbst gesprochen hat, erzeugten tiefe Betroffenheit und zeigten zugleich auf, wie essentiell die Demokratie für ein friedvolles Miteinander sowie die Wahrung der Menschenrechte ist. Auch in der Folge nahmen zahlreiche weitere Kolleginnen und Kollegen im Rahmen von Dienstversammlungen an einer Führung mit Guse teil und die Gelegenheit wahr, das weitläufige Gelände der ehemaligen Pulverfabrik zu besichtigen.

Wanderausstellung „Freunde, Helfer, Straßenkämpfer“

Im November holte die Inspektion zudem die Wanderausstellung „Freunde, Helfer, Straßenkämpfer - Die Polizei in der Weimarer Republik“ in den Landkreis Schaumburg. Dabei handelt es sich um einen Projektbaustein der Forschungsstelle für Polizei- und Demo-





kratiegeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen, die unter Schirmherrschaft des Niedersächsischen Innenministeriums steht. Entwickelt wurde das Konzept unter der Projektleitung von Dr. Dirk Götting, Kurator der Ausstellung sowie Wissenschaftlicher Direktor und Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte.

Die Ausstellung, die insbesondere durch regionale Bezüge sowie zahlreiche originale Exponate aus der Sammlung des Polizeimuseums Niedersachsen hervorsticht, gastierte bis Anfang Januar im Rintelner Universitäts- und Stadtmuseum „Die Eulenburg“.

Eine hilfsbereite, bürgernahe Polizei zu sein – auch heute gilt das Ideal der Weimarer Republik. Die Geschichte zeigt auf, wie schnell sich ein Anspruch in der täglichen Wirklichkeit verlieren kann: Blutige Straßenkämpfe zwischen politischen Gegnern zersetzten die junge Demokratie. Die Polizei wurde durch die Gewalt gefordert und war nicht selten überfordert. 1933 kam das Ende der ersten deutschen Republik und die Polizei wurde von der nationalsozialisti-

schen Diktatur für ihre Zwecke instrumentalisiert. Die Ausstellung bringt die widersprüchliche Geschichte der Polizei in der Weimarer Republik näher und lädt zu einer besonderen Zeitreise ein. Zum Auftakt fand im Ratskeller in Rinteln eine Eröffnungsfeier mit zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Kirchen, Justiz und Polizei und ihrer Kooperationspartnerinnen und -partner statt. Für themenbezogene spannende Vorträge konnte die Inspektion den Pastoren Frank Waterstraat, Helen Friedrich, Polizeibeamtin der Inspektion und Verfasserin einer Bachelorarbeit über einen Polizeibeamten zur Zeit der Weimarer Republik, sowie Dr. Dirk Götting, gewinnen.

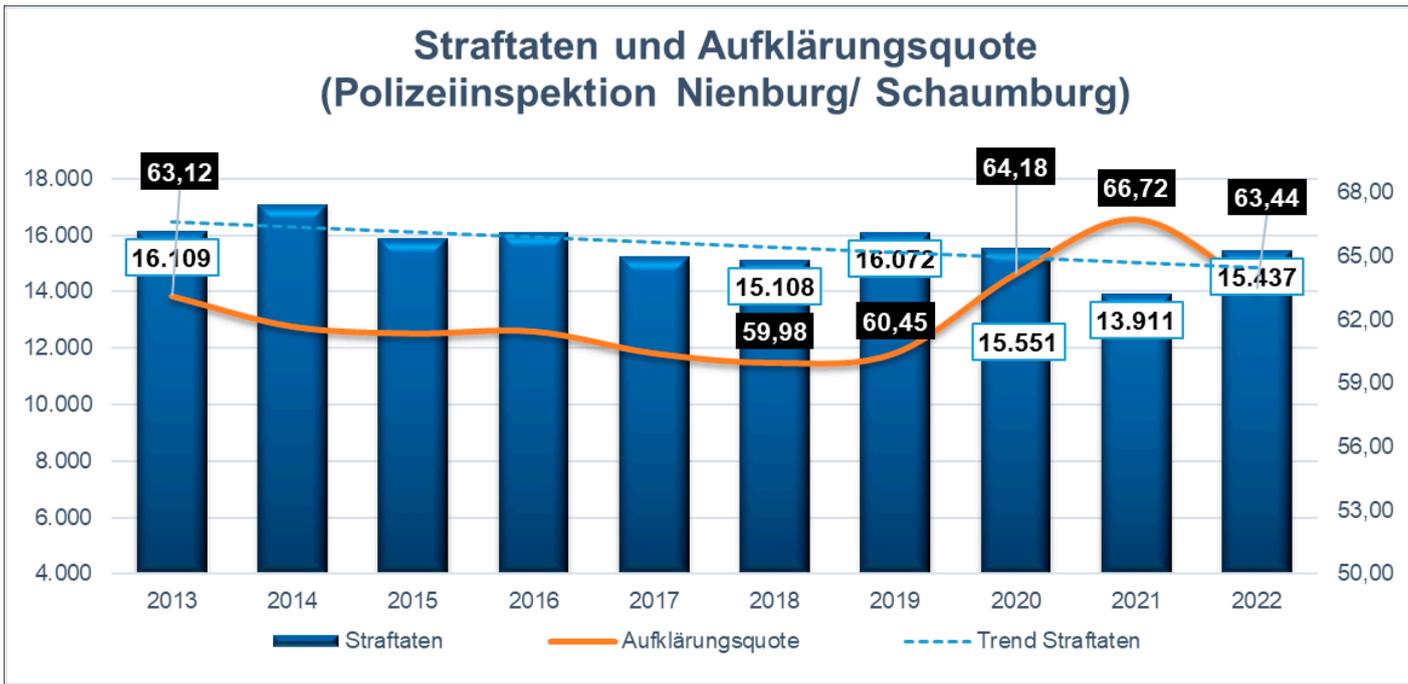
Sie verdeutlichten anschaulich, unterhaltsam und gleichzeitig tief berührend, wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Polizeigeschichte für ein modernes Demokratieverständnis ist. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war auch die musikalische Begleitung durch die Band „Haggis“: Gänsehautmomente durch berührende irische Folklore von zwei Kolleginnen und einem Kolle-

gen der Inspektion sowie dessen Sohn. Anschließend erhielten die Gäste die Gelegenheit, die Ausstellung unter Führung von Dr. Dirk Götting sowie von Ausstellungsguides, bestehend aus Polizeibeamtinnen und -beamten der Polizeiinspektion, zu besichtigen.

In den folgenden Wochen nahmen zahlreiche Inspektionsangehörige unter anderem im Rahmen von Dienstversammlungen, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger, die Gelegenheit wahr, sich von den Guides durch die Geschichte führen zu lassen oder sich selbst auf eine Zeitreise zu begeben.

Kontakt & Infos

Die Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V. bietet regelmäßig Führungen auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik an. Auskünfte erteilt Martin Guse telefonisch unter 05023/1575 (AB) sowie per E-Mail unter pulverfabrik@martinguse.de.



Kriminalitätsentwicklung

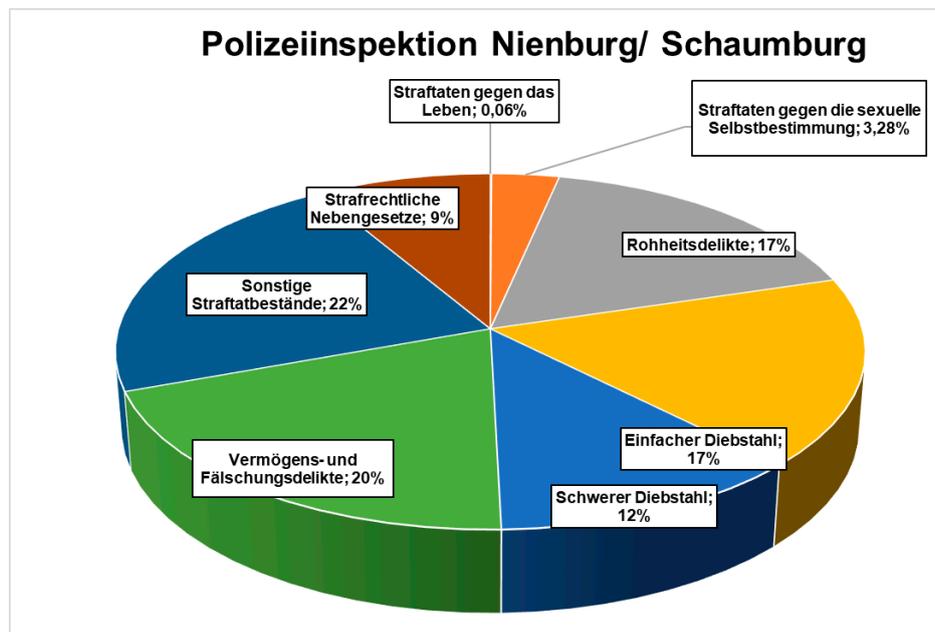
Zahl der Straftaten steigt leicht, liegt jedoch noch immer unter dem Zehn-Jahres-Schnitt

Im Jahr 2022 wurden in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg 15.437 Straftaten erfasst. Verglichen mit dem (Corona-)Ausnahmejahr 2021 ist diese Zahl wieder leicht um 1.526 gestiegen (2021: 13.911 Taten), liegt damit jedoch weiterhin leicht unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (15.642). Ein Anstieg der Straftaten war infolge des Wegfalls zahlreicher pandemiebedingter Einschränkungen und der Rückkehr der Menschen in den öffentlichen Raum zu erwarten.

Bei den Diebstahlsdelikten ist mit 29,01 Prozent der stärkste Zuwachs (+1.016) zu verzeichnen: Einfache Diebstähle sind um +712 auf 2.657 Taten (+36,6 Prozent) sowie schwere Diebstähle um +304 auf 1.861 Taten (+19,5 Prozent) gestiegen. Den stärksten Rückgang verzeichnet die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg bei den strafrechtlichen Nebengesetzen – also etwa das Betäubungsmittelgesetz oder Straßenverkehrsgesetz – auf 1.318 registrierte Taten (-13,05 Prozent).

Die Aufklärungsquote ist leicht auf 63,44 Prozent gesunken (-3,28 Prozent), da vor allem die sogenannten aufklärungsungünstigen Delikte angestiegen sind. Sie liegt aber weiterhin über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (62,28 Prozent), als auch über dem Landesdurchschnitt (61,73 Prozent).

Betrachtet man die Häufigkeitszahl – also die Zahl der Straftaten auf 100.000 Einwohner – liegt diese mit 5.516 (2021: 4978) weiter deutlich unter dem Landesergebnis (2022: 6.528, 2021: 5.920). Die Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg leben sicherer als im statistischen Landesdurchschnitt. Dieses



Niveau soll gehalten bzw. noch weiter gesteigert werden.

Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie Diebstahlsdelikte haben mit 49 Prozent (2021: 47 Prozent) weiterhin den größten Anteil. Es folgen die sonstigen Straftatbestände – dazu zählen Beleidigungen und Sachbeschädigungen – mit 22 Prozent (2021: 23 Prozent). Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung sowie Roheitsdelikte machen mit knapp über 20 Prozent (2021: 19 Prozent) weiterhin „nur“ rund ein Fünftel der Straftaten aus. Hier wird durch die häufige Außenwirkung aber maßgeblich das Sicherheitsgefühl geprägt, so dass es weiterhin gilt, entgegenzusteuern. An letzter Stelle folgen die Straftaten nach strafrechtlichen Nebengesetzen mit 9 Prozent (2021: 11 Prozent).

Tötungsdelikt zum Nachteil einer 75-jährigen Geschäftsfrau in Obernkirchen

Wenngleich die Straftaten gegen das Leben mit 0,06 Prozent den geringsten Anteil ausmachen, so fordern diese jedoch intensivste Ermittlungsarbeit sowie einen deutlich erhöhten Personaleinsatz. Als ein besonderes Beispiel für die oft erfolgreiche Arbeit der Mordkommissionen steht ein grausames Tötungsdelikt, das sich 2022 in Obernkirchen ereignete: Am 27. Juni 2022 wurde eine 75-Jährige in dem von ihr geführten Schreibwarengeschäft in der Obernkirchener Innenstadt leblos aufgefunden. Aufgrund der Spurenlage vor Ort wie auch dem Umstand, dass das Opfer unbekleidet war, musste von einem Gewaltverbrechen ausgegangen werden, woraufhin die PI Nienburg/Schaumburg eine mehrköpfige Mordkommission einrichtete. Die Obduktion zeigte mehre Stichwunden im Oberkörper sowie Spuren einer Drosselung am Hals.

Zunächst richteten sich die Ermittlungen der Kommission gegen „Unbe-



kannt“. Zahlreiche Vernehmungen im familiären Umfeld des Opfers sowie in der Nachbarschaft des Geschäfts erbrachten vorerst keine Hinweise auf ein Tatmotiv oder eine verdächtige Person. Auffällig war jedoch ein Feuer in unmittelbarer Nachbarschaft des Tatortes in der Nacht nach der Tat: Kurze Zeit nach den langwierigen Spurensicherungsarbeiten, geriet ein benachbartes Wohnhaus (Foto) aus zunächst ungeklärter Ursache in Brand. Die Bewohner des Hauses, darunter ein 45-jähriger Mann, konnten sich selbstständig ins Freie retten. Zeitnah ließen sich beide Ereignisse im Rahmen der Ermittlungen in Zusammenhang bringen: Bei der Auswertung diverser Überwachungskameras aus der Obernkirchener Innenstadt fiel der 45-jährige Nachbar im Schreibwarengeschäft des Opfers auf. Weitere Ermittlungen führten schließlich zu dessen Festnahme.

Mit den Vorwürfen konfrontiert legte der mutmaßliche Täter gegenüber den Ermittlern ein umfassendes Geständnis ab. In der Folge wurden zahlreiche Beweismittel, wie das Tatmesser und Bekleidungsstücke des Opfers, in

der brandbetroffenen Wohnung des Mannes aufgefunden. Das Amtsgericht Bückeburg erließ Haftbefehl, der Nachbar kam in Untersuchungshaft. Mitte Dezember startete dann der Prozess gegen den Mann. Die Anklage lautete auf Mord. Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, dass der mutmaßliche Täter die Ladenbesitzerin aus Mordlust wie auch aus finanziellen Motiven getötet hat. Anschließend soll er das Feuer in seiner Wohnung gelegt haben, um mögliche Beweismittel zu vernichten. Auch eine suizidale Absicht war nicht auszuschließen.

Der 45-Jährige wurde am 19. Januar 2023 wegen Mordes, schwerer räuberischer Erpressung und schwerer Brandstiftung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er die 75-jährige Geschäftsfrau in ihrem Schreibwarengeschäft heimtückisch und zur Befriedigung seines Geschlechtstriebes tötete, das Opfer zuvor schwer räuberisch erpresste und nach der Tat eine Brandstiftung beging. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Verteidigung und Staatsanwaltschaft legten Revision ein.



Verkehrslagebild

Nach der Pandemie: Zahl der Verkehrsunfälle steigt wieder leicht an

Nachdem die Unfallzahlen in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg bei einem pandemiebedingt deutlich verringerten Verkehrsaufkommen 2020 stark rückläufig waren (von 7.207 im Jahr 2019 auf 6.045 im Jahr 2020), stiegen sie 2021 (6.266) und nunmehr auch 2022 wieder an (6.816), bleiben aber weiter unter dem Vor-Pandemie-Niveau.

Schwere Verkehrsunfälle

Zu den wichtigsten Zielen der Verkehrssicherheitsarbeit gehört die Reduzierung der Verkehrsunfälle mit schwer verletzten oder getöteten Personen. Im Rahmen der Verkehrsüberwachung wurde 2022 weiter ein besonderes Augenmerk auf die Hauptunfallursachen Alkohol- und Drogenbeeinflussung, Ablenkung durch technische Geräte sowie unangepasste Geschwindigkeit gelegt.

Bei vielen Kontrollen und einer konse-

quenten Ahndung bedeutete das insbesondere, die Verkehrsteilnehmenden in Gesprächen auf ihr häufig riskantes Verhalten und mögliche Unfallfolgen hinzuweisen und idealerweise auch Einsicht zu wecken.

Dennoch sind 2022 im Vergleich zum Vorjahr leider doppelt so viele Menschen infolge von Verkehrsunfällen gestorben (2021: 7, 2022: 14). Auch die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerem Personenschaden hat sich auf 167 (+16) erhöht. Dabei lag die Zahl schwer Verletzter bei 171 (-3).

Erfreulicherweise wurden bei den Kontrollen nur noch 200 Fahrzeugführende unter dem Einfluss von Drogen (2021: 261) festgestellt. Allerdings fuhren 277 Fahrzeugführende unter dem Einfluss von Alkohol (2021: 251). Beides spiegelt sich in den Unfallzahlen wieder: Die Zahl der Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluss ist von 99 auf 133 angestiegen. Unfälle unter Drogeneinfluss

reduzierten sich von 23 auf 17. Kontrollen zur Überprüfung der Verkehrstauglichkeit bleiben damit 2023 ein klarer Schwerpunkt. Darüber hinaus wurden 1.692 Ordnungswidrigkeiten (2021: 1.847) aufgrund der unerlaubten Benutzung von Kommunikationsgeräten sowie 4.599 Geschwindigkeitsverstöße (6.435) verfolgt.

Mehr Sicherheit für Radfahrende

Im Jahr 2022 waren mit 310 Radfahrenden nach einem Rückgang im Vorjahr (231) wieder deutlich mehr an Verkehrsunfällen beteiligt. Darunter befanden sich 68 Pedelecnutzende (2021: 41). In der Betrachtung der Verunglückten nach Altersgruppen zeigt sich, dass 55- bis 75-Jährige überdurchschnittlich oft in Verkehrsunfälle verwickelt sind (bis 17 Jahre = 38, 18-34 Jahre = 42, 35-54 Jahre = 50, 55-74 Jahre = 91, ab 75 Jahre = 24). Bei Verkehrsunfällen tödlich verletzt wurden

2022 zwei Radfahrende (2021: 1). Der Radverkehr steht landesweit und auch in der Inspektion Nienburg/Schaumburg weiterhin in einem besonderen Fokus. Insbesondere zwischen Radfahrenden und Kraftfahrzeugen kommt es häufig zu gefährlichen Situationen, die in schweren Verkehrsunfällen münden können. Radfahrende erleiden dabei als „schwächere“ Verkehrsteilnehmende oft schwere Verletzungen. Dabei erfreut sich das Radfahren weiter steigender Beliebtheit.

Alle Verkehrsteilnehmenden können gefährliche Situationen eigenverantwortlich durch eine rücksichtvolle und vorausschauende Teilnahme am Straßenverkehr reduzieren. Dabei sind das Wissen um die Gefahren des toten Winkels sowie das Überholen von Radfahrenden mit ausreichendem Seitenabstand von ebenso großer Bedeutung, wie helle, auffällige Bekleidung im Straßenverkehr. Auch das Tragen eines Fahrradhelms kann schwere Unfallfolgen mindern. Darüber hinaus sollten Radfahrende genauso wie alle anderen Verkehrsteilnehmenden ihr Verkehrsmittel jederzeit sicher beherrschen können. Dahingehend wurden zahlreiche Menschen im Rahmen von Verkehrssicherheitswochen, Fahrradtrainings und in den Sozialen Medien sensibilisiert und werden es auch weiterhin, insbesondere mit Kindern und Älteren.

In Anbetracht der stetig steigenden Zahl an Verkehrsteilnehmenden können diese Maßnahmen allein jedoch nicht zu einer Abnahme der Verkehrsunfälle mit Radfahrenden führen. Vor allem ist ihnen ein sicherer Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen, weshalb die Forderung bestehen bleibt, durch den bundesweiten Radwegeverkehrsplan 3.0 oder durch das Programm „Bürgeradwege“ diese sicheren Räume zu schaffen.

E-Scooter

Die Nutzung von Elektrokleinstfahrzeugen – sogenannte E-Scooter – im



Straßenverkehr hat in den vergangenen Jahren landesweit einen immensen Anstieg zu verzeichnen. Das spiegelt sich in den Verkehrsunfallzahlen im Zuständigkeitsbereich der Inspektion Nienburg/Schaumburg jedoch nur langsam wieder. Seit Anfang 2019 werden die neuen Verkehrsbeteiligungsarten für diese Fahrzeuge in der Verkehrsunfallstatistik erfasst. 2022 ereigneten sich 23 Unfälle, die der Polizei bekannt wurden (2021: 14). Es zeichnet sich also eine Entwicklung ab, die der der E-Bikes ähnlich ist und ebenso genau beobachtet werden muss.

Wildunfälle

Fast die Hälfte aller Unfälle (46,8 Prozent) geht weiterhin auf Wildunfälle und Verkehrsunfallfluchten zurück.

Die Zahl der Wildunfälle ist mit 1.654 weiter hoch. Dabei entfallen 487 auf den Landkreis Schaumburg und mit 1167 mehr als doppelt so viele auf den stärker ländlich geprägten Landkreis Nienburg. Mit präventiven Hinweisen in den klassischen und in den Sozialen Medien soll auf ein vorausschauendes Fahrverhalten und besondere Aufmerksamkeit, gerade zu bestimmten Jahres-

zeiten, hingewirkt werden. Jägerschaft und Forstamt initiieren regelmäßig selbst Schutzmaßnahmen und die gemeinsame Wildunfallaktion mit den bekannten roten Dreibeinen soll fortgeführt werden.

Die Polizei hat im vergangenen Jahr 1.536 Unfallfluchten (2021: 1.320) erfasst. Die Aufklärungsquote in diesem besonders sozial- und gesellschaftschädlichen Deliktsbereich bewegt sich in den letzten Jahren stabil zwischen 41 und 42 Prozent. Das soll so bleiben und nach Möglichkeit weiter gesteigert werden. Verkehrsunfallfluchten dürfen sich nicht lohnen. Gerade hier ist die Polizei aber häufig auf Zeugenhinweise angewiesen.

Für Sicherheit im Straßenverkehr

Mit der täglichen Verkehrsüberwachung, den konzentrierten Verkehrssicherheitswochen, Präventionskampagnen und -programmen wird die Inspektion auch künftig alles daran setzen, die Hauptunfallursachen zu bekämpfen, Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden zu reduzieren und alle Verkehrsteilnehmenden bestmöglich zu schützen.



Unsere Arbeit

Viele Aktionen und Einsätze prägten das Jahr in den Kommissariaten und der Inspektion.

Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg: Aktionstag für ukrainische Familien

Als sich zu Beginn des Russland-Ukraine-Krieges anbahnte, dass zahlreiche Menschen – darunter auch ein großer Teil an Kindern, viele mit großen Ängsten, teils mit schrecklichen, traumatischen Erlebnissen – auch in den Landkreis Nienburg kommen würden, entstand im Stab der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg die Idee eines Aktionstages. In einer fremden Umgebung Vertrauen fassen, sich sicher und willkommen fühlen sowie Ablenkung durch Spiel und Spaß in schwersten Zeiten – das waren die Hauptziele der Inspektion, als die Planungen für den „Aktionstag für geflüchtete ukrainische Kinder“ anliefen.

Mit der Verkehrswacht Landkreis Nienburg/W. e.V. und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) fand die Inspektion schnell Kooperationspartnerinnen und -partner, die den Aktionstag unterstützen wollten. Über das Sprotte-Zentrum in Nienburg wurden weitere Kontakte geknüpft, sodass schlussendlich mehr

als 30 Kinder mit ihren Familienangehörigen an die Jugendverkehrsschule in Nienburg eingeladen waren. Nachdem die Polizei Berührungängste mit einer warmherzigen Begrüßung abbaut, tobten sich die Kinder bei strahlendem Sonnenschein und angenehmen Außentemperaturen auf dem Spielplatz aus – und auch die Erwachsenen ließen es sich nicht nehmen, selbst die Frisbee zu werfen oder mit auf die Spielgeräte zu steigen. Auf einem Fahrradsimulator übten die Kinder zudem unterschiedliche gefährliche Situationen im Straßenverkehr und befuhren auch einen echten Parcours des Verkehrsübungsplatzes mit Fahrrädern. Sie bekamen dabei, mit Hilfe von freiwilligen Dolmetscherinnen, wertvolle Tipps der Polizei, damit sie auch in der ungewohnten Umgebung sicher und wohlbehalten ihre Ziele erreichen.

Weitere besondere Highlights waren zudem das Polizeimotorrad, auf dem sie Probesitzen durften, die Vorführung einer Rauschgiftspürhündin sowie die Glitzer-Tattoos und weitere Kreativangebote der AWO.

Für einen gelungenen Abschied versorgten Nienburger Schlachtereien alle Anwesenden kostenlos mit Würstchen, Nudeln und Salaten und die Verkehrswacht spendete Getränke.

Polizeikommissariat Hoya: Prävention für junge Fahrende

Für das Polizeikommissariat Hoya standen 2022 erneut viele Präventionsaktionen für Groß und Klein auf dem Programm.

So waren die Hoyaraner Kräfte auch am 12. „Sicherheitstag für junge Fahrende (18-25 Jahre)“ im September involviert: Ein gemeinsames Projekt, bei dem die Nienburger Verkehrswacht, die Freiwillige Feuerwehr Bücken sowie die Fahrschule Dietmar Selent beteiligt waren und den Fahranfängerinnen und -anfängern in Theorie und in praktischen Übungen die Gefahren im öffentlichen Straßenverkehr verdeutlichten. Dankenswerterweise stellte die Firma OMT aus Hoya wiederholt ihren Großraumparkplatz für das Training zur Verfügung. Neben einem Fahrsicherheitstraining, Videodarstellungen so-

wie Fahrten mit dem Fahrschulteam an Unfallschwerpunkten erhielten die Teilnehmenden auch die Gelegenheit, mit Rauschbrillen die Auswirkungen von Alkohol und Drogen zu erleben. Der Präventionsrat der Samtgemeinde Grafenschaft Hoya erkannte die Erforderlichkeit des Projekts frühzeitig und unterstützte bei der Planung und Umsetzung des Sicherheitstages auch finanziell, sodass die Teilnehmenden des Seminars lediglich einen kleinen Eigenanteil entrichteten.

Erfreulich war zudem das Interesse der „Schnell-Einsatz-Gruppe“ (SEG) Hoya und Rehbürg vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), an einem Vortrag über Einsatzfahrten. Beamte des Hoyaraner Einsatz- und Streifendienstes waren einer Einladung des ASB gefolgt und informierten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer über die Rechtmäßigkeit von Sonder- und Wegerechten unter Blaulicht und Martinshorn. Die Aufgaben einer SEG sind unverzichtbar und vielfältig: Einsatz bei Großschadenslagen, medizinische Versorgung und Transport von Verletzten, Mitwirkung bei Evakuierungen, Betreuung unverletzter Betroffener, Verpflegung von Einsatzkräften und Betroffenen oder Beförderung von zusätzlichem Personal und Gerät.

So war es für die Polizei eine Selbstverständlichkeit, den Infoabend zu bestreiten und auch künftig in regelmäßigen Abständen fortzuführen. Übrigens: Zu Jahresbeginn 2023 waren die Beamten in gleicher Sache bei der Freiwilligen Feuerwehr Bücken zu Besuch.

Aber nicht nur im Verkehrssektor hat das PK Hoya im vergangenen Jahr für mehr Sicherheit gesorgt. Seit mehr als zehn Jahren begleitet das Kommissariat das Johann-Beckmann-Gymnasium bei der Gestaltung des Projekttages „Safer Internet-Day“, so auch im vergangenen Jahr. Auch die Marion-Blumenthal-Oberschule nutzte im vergangenen Jahr erstmals die Gelegenheit, das Kommissariat in eine Projektwoche mit einzubinden. Mit dem Ziel, die Kinder über die Gefahren in den Sozialen Medien und Cybermobbing aufzuklären und ihre Medienkompetenzen zu stärken, begleiteten zwei Angehörige des PK Hoya die fünften und sechsten Klassen der Schulen, zeigten Videos, hielten spannende Vorträge und beantworteten zahlreiche Fragen.

**Polizeikommissariat
 Stolzenau: Große Einsätze mit
 Sprengkraft**

Das Polizeikommissariat Stolzenau war

im vergangenen Jahr aufgrund der Funde von Kriegsmunition gleich zwei Mal innerhalb weniger Wochen in Großeinsätzen gefordert.

Von ganz viel Glück begleitet wurde in diesem Zusammenhang ein Landwirt an einem Oktoberabend. Er hatte bei Feldarbeiten eine instabile Panzersprenggranate gefunden. In Unkenntnis der davon ausgehenden Gefahr nahm er diese mit und legte sie auf einer eingefriedeten Weide hinter seinem landwirtschaftlichen Betrieb ab, um daraufhin die Polizei Stolzenau zu informieren.

Die eingesetzten Polizisten übermittelten Fotos des Fundes noch in der Nacht an den Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD), der die Granate als 8,8 Zentimeter Panzersprenggranate aus dem Zweiten Weltkrieg klassifizierte. Die Experten kamen zudem zu der Bewertung, dass sich diese in einem höchst instabilen Zustand befand und nicht transportfähig war – sie musste vor Ort kontrolliert gesprengt werden.

Nachdem der KBD die Panzersprenggranate begutachtet hatte, legten die Fachleute einen Sicherheitsradius von 300 Metern für die Sprengung fest. Evakuiert wurden zudem ein Supermarkt sowie ein Neubaugebiet, in dem mehrere Handwerker ihrer Arbeit nach-



gingen. Zudem musste ein Abschnitt der Bundesstraße 441 gesperrt werden.

Durch die gelungene Koordination der einzelnen Evakuierungsabschnitte und der hohen Einsatzbereitschaft der Polizeikräfte mehrere Dienststellen, aber insbesondere auch dank des großen Verständnisses der betroffenen Bürgerinnen und Bürger konnten die Evakuierungsmaßnahmen bereits nach ca. eineinhalb Stunden erfolgreich abgeschlossen werden. Nach einer kurzfristigen Vollsperrung der B441 wurde die Granate kontrolliert und ohne Zwischenfälle vom KBD gesprengt, sodass die Maßnahmen schnell wieder aufgehoben werden konnten.

Ein Paradebeispiel für erfolgreiche Teamarbeit war der Fund einer 500 Kilogramm Fliegerbombe zwei Monate später. Kurz vor Weihnachten erhielt das Polizeikommissariat Stolzenau die Mitteilung, dass auf einer Ackerfläche in Leeseringen bei Sondierungsarbeiten ein Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden war. Nachdem der KBD zur geplanten Entschärfung einen Sicherheitsradius von 1000 Metern festlegte, folgte ein Großeinsatz, der ganz besonderer Koordination und pro-



fessioneller Zusammenarbeit bedurfte: Ein Wohngebiet und auch Großfirmen mussten evakuiert sowie der Luftraum, ein Teilabschnitt der Weser, eine Bahnstrecke und mehrere Straßen gesperrt werden. Neben 60 Kräften der Feuerwehr, 20 des Rettungsdienstes sowie Angehörigen der Bundespolizei, der Deutschen Bahn, der Straßenmeisterei, des Bauhofes sowie des Landkreises waren über zwei Dutzend Polizeikräfte involviert. Mit zusätzlicher Schaltung eines Sonderfunkkanals, auf dem Feuerwehr und Polizei kommunizierten und einem Verbindungsbeamten der Polizei, der direkt bei der technischen Einsatzleitung der Feuerwehr vor Ort war, gelang den Beteiligten eine vorbildliche Einsatzbewältigung.

Polizeikommissariat Bückeburg: Aktion „Im Alter sicher leben“

Aufgrund steigender Betrugsdelikte zum Nachteil älterer Menschen führte das Polizeikommissariat Bückeburg im August 2022 eine große Präventionsaktion mit dem Titel „Im Alter sicher leben“ durch. Die Aktion richtete sich

an alle über 70-Jährigen der Stadt Bückeburg sowie dazugehöriger Ortsteile. Polizei, Stadtrat, Ortsvorstehende und Seniorenbeirat der Stadt Bückeburg verteilten in gemischten Teams an fünf Tagen tatkräftig 3.509 Briefe an die Zielgruppe. Dabei sind im direkten Kontakt mit Seniorinnen und Senioren viele präventive und rundum positive Gespräche an der Haustür entstanden. Persönlicher geht es kaum.

In den Umschlägen waren neben einem personalisierten Anschreiben eine Informationsbroschüre sowie eine Zusammenfassung der wichtigsten Handlungsempfehlungen zu wiederkehrend auftretenden Betrugsmaschen. Abgerundet wurden diese durch einen Informationsaufsteller, der von den Seniorinnen und Senioren an einem Platz ihrer Wahl, beispielsweise an ihrem Festnetztelefon, platziert werden kann. Wegweisend für den Entschluss zu einer Aktion dieses Ausmaßes waren die zunehmend auftretenden Trick- und Betrugsmaschen. Die Täterinnen und Täter wählen dafür gezielt Personen-

gruppen, die durch ihre Gutmütigkeit, Hilfsbereitschaft oder Vertrauen in staatliche Institutionen auf die verschiedenen Betrugsmaschen eher „hereinfallen“. Die Betrügerinnen und Betrüger gehen dabei rhetorisch sehr geschickt vor und versuchen telefonisch mit dem sogenannten Enkeltrick oder Betrug durch „falsche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ an Ersparnis oder auch Sachwerte der älteren Menschen zu gelangen.

Ziel der Präventionsaktion war es, alle über 70-Jährigen im Raum Bückeberg zu sensibilisieren und ihnen mit den beigefügten Informationsbroschüren anwendungsorientierte Verhaltenshinweise zur Verfügung zu stellen. Zukunftsweisend sollten die Menschen durch die Aktion ein „gesundes Misstrauen“ entwickeln und so vor Betrugsstraftaten besser geschützt sein. Durch den häufigen unmittelbaren Bürgerkontakt gelang mit der Aktion wichtige, präventive Aufklärungsarbeit und mehr Schutz vor dem Verlust ihres Vermögens. Die Stimmen in der Bevölkerung waren durchweg erfreulich, auch stieß die Aktion bei der Zielgruppe auf große Resonanz. Das Polizeikommissariat Bückeberg erreichten bereits wäh-

rend der Zustellungsphase mehrere Telefonanrufe, E-Mails sowie persönliche Dankensworte. Für das Jahr 2023 sind bereits weitere Präventionsaktionen im Einzugsbereich des Polizeikommissariats Bückeberg geplant.

PK Bad Nenndorf: „Großer Wurf“ gegen Drogen im Straßenverkehr – Großkontrolle in Lauenau

Im Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats Bad Nenndorf fand Anfang November am Autohof in Lauenau eine Großkontrolle zum Thema „Drogenerkennung im Straßenverkehr“ statt. Die Aktion rundete eine vorangegangene zweitägige Theoriefortbildung zahlreicher Polizistinnen und Polizisten im Feuerwehrgerätehaus Bad Nenndorf ab, deren Inhalte am dritten Tag in der Praxis vertieft werden sollten. Die Fortbildung war ein Baustein der Bestrebungen der Polizeiinspektion, die Verkehrssicherheit durch die Bekämpfung der zu den Hauptunfallursachen zählenden Fahruntüchtigkeit von Verkehrsteilnehmenden zu steigern.

An dieser beteiligt waren neben der Polizei Bad Nenndorf zahlreiche Fortbildungsteilnehmende aus der PI Nienburg/Schaumburg, der PI Hameln-Pyr-

mont/Holzminden und der PI Garbsen sowie Kräfte der Diensthundeführergruppe und vom Zoll. Für den Bereich Logistik und Verkehr erhielt die Polizei tatkräftige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Lauenau, vom Betreiber des Autohofs Lauenau und von der Straßenmeisterei Stadthagen.

Um eine geordnete und für alle Beteiligten sichere Kontrollsituation zu schaffen, richteten diese die Kontrollstelle auf der B 442 zwischen der Anschlussstelle zur A2 in Richtung Hannover und der Ampelkreuzung am Autohof ein. Somit konnte in beide Richtungen noch ein Fahrstreifen befahren werden.

Während der Verkehrskontrollen wurden knapp 300 Personen kontrolliert und dabei mehr als 100 Verstöße festgestellt, die eine Einleitung von Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren zur Folge hatten. In einem Fall wurde zudem ein Haftbefehl vollstreckt. Bei acht der verantwortlichen Fahrzeugführerinnen und -führer wurden Blutproben angeordnet, da sich der Verdacht auf eine Beeinflussung durch Betäubungsmittel ergab. Vier der kontrollierten Fahrzeugführenden waren nicht im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis.



Durch die Zusammenarbeit mit dem Zoll konnten zudem Synergieeffekte hergestellt werden, durch diese wurden ebenfalls Verstöße festgestellt und geahndet.

800 Jahre Stadthagen – das Polizeikommissariat Stadthagen feiert mit

Zum 800. Geburtstag Stadthagens fand im Juni in Stadthagen eine zweitägige Jubiläumsveranstaltung statt, zu der von den Veranstaltern des Teams vom Kulturzentrum „Alte Polizei“ etwa 20.000 Besucherinnen und Besucher erwartet wurden. Entlang des etwa zwei Kilometer langen Stadtwalls rund um die Innenstadt trugen zahlreiche örtliche Vereine, Kleinkünstlerinnen und -künstler, Gastronomen, Unternehmen und Bands bei besten Wetterbedingungen zu einem gelungenen und erinnerungswürdigen Wochenende bei.

Im Rahmen der bestehenden Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Stadthagen beteiligte sich die Stadthäger Polizei nicht nur im Rahmen der mit Großveranstaltungen einhergehenden notwendigen Einsatzbewältigung, sie war auch zusammen mit dem Präventionsteam sowie der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg unter den teilnehmenden Institutionen vertreten. So konnten sich zahlreiche Interessierte an dem mitgebrachten Präventionsanhänger des Landeskriminalamtes vom Präventionsteam über Betrugsphänomene und Einbruchschutz beraten und Broschüren



mit hilfreichen Informationen mitgeben lassen. Und auch für die Kinder war gesorgt: Die Kleinen erhielten Polizeimützen zum Selberbasteln, darüber hinaus brachte die Verfügungseinheit ein Motorrad mit, das bei den Kindern für besondere Begeisterung sorgte. Sie durften auf dem Polizeimotorrad Platz nehmen und sich von ihren Eltern in Fahrerpose am Lenker fotografieren lassen – ein schöner Weg, um Kindern etwaige Ängste vor den „Uniformierten“ zu nehmen, sodass sich diese in Not-situationen jederzeit und sofort voller Vertrauen an die Polizei wenden. Auch das Einsatzgeschehen fiel positiv aus. Bis auf wenige „kleinere Zwischenfälle“ gab es keine gravierenden Einsätze im Zusammenhang mit dem „FestiWall“.

Polizeikommissariat Rinteln: Ermittlungsgruppe gegen Fahrprü-

fungsbruch und gemeinsame Krisenbewältigung

Zur Verfolgung einer großen bundeslandübergreifenden Betrugsserie, bei der Personen stellvertretend die schriftlichen Führerschein-Prüfungen von Prüflingen gegen Bezahlung abgelegt haben sollen, richtete das Polizeikommissariat Rinteln eine mehrköpfige Ermittlungsgruppe ein, die eng mit der Staatsanwaltschaft Bückeburg zusammenarbeitete. Im Dezember fanden zeitgleich Durchsuchungsmaßnahmen in Rinteln, Nienburg, Hannover und Hameln statt, bei denen umfangreiches Beweismaterial sichergestellt wurde. Ein Fahrlehrer und drei Mittäter wurden beschuldigt, mehreren Fahrschülerinnen und -schülern gegen Zahlung eines vierstelligen Geldbetrags rechtswidrig bei der Führerscheinprüfung geholfen zu haben. Das Verfahren richtete sich natürlich auch gegen einige Prüflinge. Ein besonderer Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr auf der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern: der Stadt Rinteln, der Gemeinde Auetal sowie den verschiedenen Behörden, Verwaltungen und Hilfsorganisationen. Hier ging es insbesondere um gemeinsam koordinierte Maßnahmen und das Zusammenwirken bei Krisenszenarien, um für den Fall



von beispielsweise langfristigen Stromausfällen oder ähnlichen Energiekrisen entsprechend vorbereitet zu sein.

Am 1. Oktober 2022 wurde die Leitung des Einsatz- und Streifendienstes der Polizei Rinteln dauerhaft neu besetzt. Kriminalhauptkommissarin Silke Schneeweiß, die bereits einige Jahre im Streifen- und Ermittlungsdienst in Rinteln Erfahrung sammeln konnte, übernahm die Leitung der Rund-um-die-Uhr-Einheit und komplettierte das Führungstrio des Polizeikommissariats Rinteln

Nicht vergessen werden soll der überregional bekannt gewordene sogenannte „Axtmord“. Er geschah zwar im benachbarten Nordrhein-Westfalen, beschäftigte den Einsatz- und Ermittlungsbereich jedoch aufgrund der örtlichen Nähe insbesondere durch erforderliche Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen viel und lange. Daneben erfolgten intensive Ermittlungen in einer Serie von Brandstiftungen in Ahe sowie zweier kurz aufeinanderfolgender Großbrände von landwirtschaftlichen Anwesen mit Millionenschäden in Möllenbeck.

WSP Nienburg

Die Wasserschutzpolizeistation (WSPSt) Nienburg war im Jahr 2022 in zahlreichen Einsätzen als auch Ermittlungsverfahren gefordert, initiierte darüber hinaus Kontrollaktionen und beteiligte sich an überregionalen. Auch ereigneten sich tragische Unfälle in der Weser. Im April und Mai wurden „Bundeswei-



te Aktionstage Gewässer- und Umweltschutz (BAGU)“ unter der Federführung der Wasserschutzpolizei Hamburg durchgeführt. Die Mitarbeitenden der WSPSt haben zahlreiche Schiffe, darunter auch Fahrgastschiffe, hinsichtlich abfallrechtlicher Verpflichtungen überprüft und kontrolliert. Dabei stellten sie zahlreiche Verstöße, insbesondere in der Dokumentation der anfallenden Abfälle aus dem Ladungsbereich, fest und leiteten entsprechende Verfahren ein.

Für mehr Sicherheit auf den Wasserstraßen kontrollierten sie zudem mehrere hundert Sportboote und führten Geschwindigkeitsmessungen durch. Erfreulicherweise wurden nur fünf Verfahren wegen des Führens von Sport-

booten unter der Alkoholeinfluss festgestellt. Besondere Aufmerksamkeit erforderten an heißen Tagen allerdings die sogenannten Jetbikes (auch Jet-Skis), die nur auf bestimmten, speziell dafür eingerichteten Streckenabschnitten genutzt werden dürfen. Da dieser Umstand nicht allen Wassersportlerinnen und -sportlern bekannt ist, teilweise aber auch bewusst ignoriert wird, mussten die Wasserschutzpolizistinnen und -polizisten häufig eingreifen und Ordnungswidrigkeitenverfahren einleiten. Das Bußgeld beträgt immerhin 150 bis 250 Euro. Auch die Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen auf dem Wasser sind erheblich. Nicht selten werden Bußgelder in Höhe von mehreren hundert Euro für Überschreitungen durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) festgesetzt.

Mit dem langfristigen Ziel, die Sicherheit auf den Wasserstraßen zu erhöhen, führten die Wasserschützerinnen und -schützer aufklärende Gespräche, sensibilisierten die Betroffenen und überreichten dabei einen im Vorjahr selbst erstellten Flyer, der über die richtige Ausrüstung und Tipps zur allgemeinen Sicherheit an Bord informiert.



Prävention in der Polizeiinspektion

Präventioner schulen Kinder, Jugendliche, aber auch die ältere Generation

Nachdem sich das Präventionsteam der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg zu Zeiten von Lockdowns, Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen bis zum ersten Halbjahr 2022 kreativ zeigte und die Bürgerinnen und Bürger mit selbsterstellten Schulungsvideos, telefonisch sowie in Zusammenarbeit mit der Pressestelle über die Print- und sozialen Medien als auch über das Radio mit wichtigen Präventionshinweisen versorgte, konnten die „Präventioner“ ab Sommer 2022 auch wieder ihre klassische Arbeit aufnehmen und zahlreiche Termine unter anderem an Schulen und bei Vereinen wahrnehmen sowie Einladungen interessierter Gruppen folgen.

„Crashkurs“

Während der Verkehrssicherheitstage in insgesamt vierzig zehnten Klassen der Schulen in Stadt und im Landkreis Nienburg bot die Polizeiinspektion gemeinsam mit der AOK Niedersachsen zum wiederholten Mal die Aktion „Crashkurs – Risikogruppe Junge Fahrende“ an und erreichte 835 Schülerinnen und Schüler. Jeweils einen Tag lang stand die Botschaft „Keine Drogen und Alkohol im Straßenverkehr“ #FAHRKLAR auf dem Stundenplan.

Unterstützt von den Kontaktbeamtinnen und -beamten der örtlichen Kommissariate verdeutlichte der Verkehrssicherheitsberater der Inspektion den Jugendlichen, dass junge Fahrende der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahre überproportional häufig in Verkehrsunfällen mit schwerem Personenschaden verwickelt sind und das Risiko schwerer Verkehrsunfällen in keiner Altersgruppe so hoch ist, wie bei diesen. Anhand einer Präsentation und eines aussagekräftigen Kurzfilms über einen tödlichen Verkehrsunfall brachten sie den Teilnehmenden mögliche Folgen alkohol-

bedingter Fahruntüchtigkeit intensiv näher und schlossen eine Diskussion über die Gefahren nicht angepasster Geschwindigkeit sowie Ablenkung am Steuer an. Dabei erging insbesondere auch der Appell an die Eigen- und Mitverantwortung in Gruppen. Zusätzlich warteten mehrere Selbsttests auf die Schülerinnen und Schüler. Bei der AOK Niedersachsen galt es, einen Reaktionstest und einen Sehtest zu absolvieren. Wie eingeschränkt die Wahrnehmungs- und Handlungsfähigkeit nach Alkohol- oder Drogenkonsum ist, erfuhren die Schülerinnen und Schüler am eigenen Leib im Rahmen eines Rauschbrillenparcours. „Ich sehe alles verschwommen und doppelt, außerdem werde ich geblendet“, kommentierte ein 17-jähriger Schüler der OBS Marklohe, der mit Rauschbrille versuchte, bei simulierten 1,4 Promille bei Nachtsicht den Parcours zu bewältigen.

Jugendverkehrsschule

Den Jüngeren widmete sich die Polizei im Rahmen der Jugendverkehrsschule ab Sommer 2022 wieder vollumfänglich. 18 Grundschulen aus dem Stadtgebiet und dem Landkreis Nienburg nutzten das Angebot und luden den Spezialisten Volker Conrad aus dem Präventionsteam in die vierten Klassen ein. Der Schwerpunkt der aus sechs Modulen bestehenden Verkehrsschule liegt darin, den Kindern in theoretischen und praktischen Einheiten die wichtigsten Verkehrszeichen und grundlegenden Verkehrsregeln näherzubringen und diesen als Radfahrende mehr Sicherheit bei einer Teilnahme am Straßenverkehr zu vermitteln.

Die praktischen Unterrichtseinheiten fanden auf dem Platz der Jugendverkehrsschule in Nienburg statt. Auf den Übungsstraßen gibt es neben Einmündungen und Kreuzungen auch Ampeln sowie Fußgängerüberwege und viele Verkehrsschilder, an denen die Kinder unter Anleitung des Kontaktbeamten mit ihren Fahrrädern üben können, da-

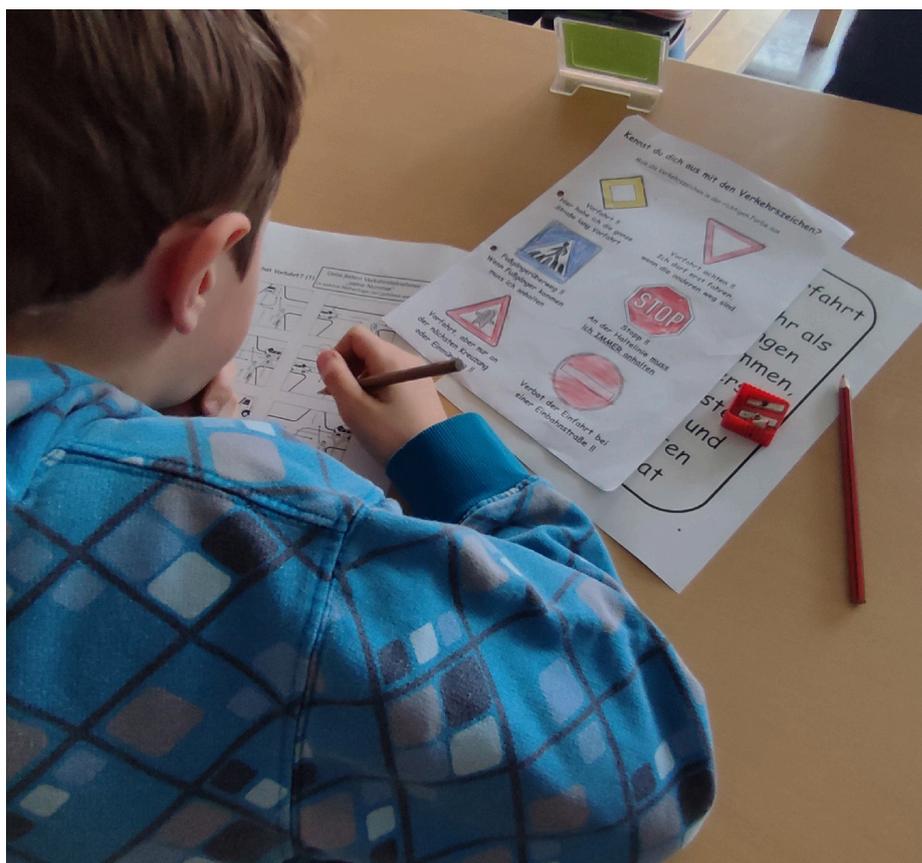


mit sie zum Schulwechsel gut auf den Straßenverkehr vorbereitet sind. Zum Abschluss der vierten Klasse endet für die meisten Kinder nämlich die Sondergenehmigung, mit dem Rad auf dem Bürgersteig fahren zu dürfen. Zum Ende hatten die 500 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit – nach dem Ablegen einer Prüfung – ihren „Fahrradführerschein“ zu erhalten.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Neben den jungen Menschen stehen insbesondere auch die Älteren im Fokus polizeilicher Präventionsarbeit. Seit 2015 steigt die Zahl der Taten, in denen Betrügerinnen und Betrüger durch Vorspiegelung falscher Tatsachen – beispielsweise als falsche Polizeibeamte oder mit dem Enkeltrick – versuchen, insbesondere von gutgläubigen und hilfsbereiten älteren Menschen Bargeld oder Wertgegenstände zu erbeuten oder diese zu vorschnellen Überweisungen zu bringen. Und auch von 2021 zu 2022 ist in den beiden Landkreisen erneut ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Da die Täterinnen und Täter oft auch aus dem Ausland heraus agieren und schwer zu ergreifen sind, setzt die Polizei verstärkt auf eine breitgefächerte Präventionsarbeit.

Trotz der Einschränkungen im ersten Halbjahr gelang es, 2022 noch 37 Präventionsveranstaltungen anzubieten und 1.120 Zuhörende zu erreichen. Dabei wurden als inhaltliche Schwerpunkte der Enkeltrick, falsche Polizeibeamte, der WhatsApp-Trickbetrug sowie Internetkriminalität im Allgemeinen, aber auch der schlichte Taschendiebstahl thematisiert. Weitere knapp 450 Bürgerinnen und Bürger nutzten zudem selbstständig die Möglichkeit einer persönlichen oder telefonischen Beratung. Um möglichst viele Menschen aufzuklären, wurden die Themen verknüpft mit Präventionshinweisen über die klassischen sowie die sozialen Me-



dien und in Radiointerviews verbreitet. Nicht zuletzt auch die Aktion „Im Alter sicher Leben“ im Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats Bückeberg, die 2021 ähnlich auch bereits in Raum Stadthagen umgesetzt wurde, zielt darauf ab, die Menschen entsprechend zu sensibilisieren.

Zusätzlich steht die Polizei mit den örtlichen Geldinstituten in Kontakt, um diese über die Phänomene und auftretende „Anrufswellen“ zu informieren. So gibt es mittlerweile ein Frühwarnsystem, ein Instrument, mit dem die Inspektion die Geldinstitute unverzüglich per E-Mail vor Betrugswellen warnt. Darüber hinaus wurden die Geldinstitute bei der Erstellung eigener Umschläge, Flyer und Rollups, die die Kundinnen und Kunden aufmerksamer machen sollen, unterstützt. Erfreulicherweise sind dank der intensiven Aufklärungsarbeit in einigen Fällen auch Bankmitarbeitende und Taxi-Fahrende beherzt eingeschritten und haben die Taten noch in letzter Sekunde verhindern können. Denn obwohl die

potentiellen Opfer bereits häufig über die Maschen Bescheid wussten, gelang es manchen Täterinnen und Tätern mit Hilfe von erschaffenen Schockmomenten und raffinierter Gesprächsführung, Angerufene davon zu überzeugen, dass sie Polizei- oder Familienangehörige seien, denen man mit gutem Gewissen Bargeld oder Wertgegenstände übergeben könne.

An der intensiven Präventionsarbeit soll auch in diesem Jahr weiter angeknüpft werden.

Kontakt & Infos

Interessierte Schulen, Vereine oder andere Organisationen und Behörden können sich beim Präventionsteam über die Möglichkeiten von Beratungen, Vorträgen oder Aktionstagen unter Telefon 05021/9778107 oder unter praevention@pi-nbg.polizei.niedersachsen.de informieren.

Partner für Sicherheit

„Communities that care“: Stadtplan für Kinder und Jugendliche

Seit zehn Jahren ist die PI Nienburg/Schaumburg eng mit der Präventionsstrategie „Communities that care (CTC)“ verbunden und hat im Landkreis Nienburg sogenannte „Gebietsteams“ installiert, die mit unterschiedlich vielen Mitgliedern aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft „Sicherheitspartnerschaften“ gebildet haben. 2022 hat das CTC-Gebietsteam der Stadt Nienburg gemeinsam mit vielen Akteurinnen und Akteuren einen Kinder- und Jugendstadtplan der Stadt Nienburg/Weser für die Altersgruppe der 11 bis 14-Jährigen erstellt.

In der letzten CTC-Schülerbefragung wurde für das Stadtgebiet Nienburg deutlich, dass etwa die Hälfte der an den weiterführenden Schulen befragten Nienburger Schülerinnen und Schüler sich kaum mit ihrem Quartier verbunden und sich dort mit ihren positiven Seiten auch nicht wahrgenommen fühlten.

Bedürfnisse ernst nehmen

Die Bedürfnisse ernst nehmend entschloss sich das CTC-Gebietsteam deshalb im Spätsommer 2021 das Problem aufzugreifen. Zahlreiche Kinder und Jugendliche wurden daraufhin über die diversen Kooperationspartnerinnen und -partner, etwa Schulen, Vereine oder auch kirchliche Organisationen, angesprochen, um sich persönlich an der Erstellung des Plans zu beteiligen. Diejenigen, die aktiv werden wollten, konnten dem digitalen Zeitalter entsprechend Fotos von Orten mit einer kurzen Beschreibung, was diese besonders attraktiv oder auch beängstigend macht, per Email, WhatsApp oder Instagram



an das CTC-Gebietsteam übersenden. Mit dem Projekt gaben die Akteure allen 11- bis 14-jährigen Nienburgerinnen und Nienburgern die Möglichkeit, sich in ihrem Lebensumfeld zu engagieren, mitzuteilen und später mit dem fertigen Stadtplan auch eine entsprechende Wertschätzung für ihre Beteiligung zu erfahren.

Lieblingorte der Jugend

In dem Plan, an dessen Umsetzung auch die Regionalplanung der Kreisverwaltung Nienburg beteiligt war, wurden schließlich die Lieblingorte der Kinder und Jugendlichen aufgenommen. Die dabei ebenfalls gemeldeten angstbesetzten Orte wurden entsprechend der Verantwortlichkeit der Stadt Nienburg, dem städtischen Bauhof sowie der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg übermittelt. Die Verantwortlichen nahmen sich den Ängsten und Sorgen der Kinder und Jugendlichen an und leiteten unmittelbar mögliche Sofortmaßnahmen, die zeitnahe Abhilfe schaffen konnten, in die Wege. So wurden etwa Reinigungsarbeiten oder auch Geschwindigkeitskontrollen zur Reduzierung gefahrener Geschwindigkeiten umgesetzt. Darüber hinaus fand dann im Mai 2022 eine vom CTC-Gebiets-

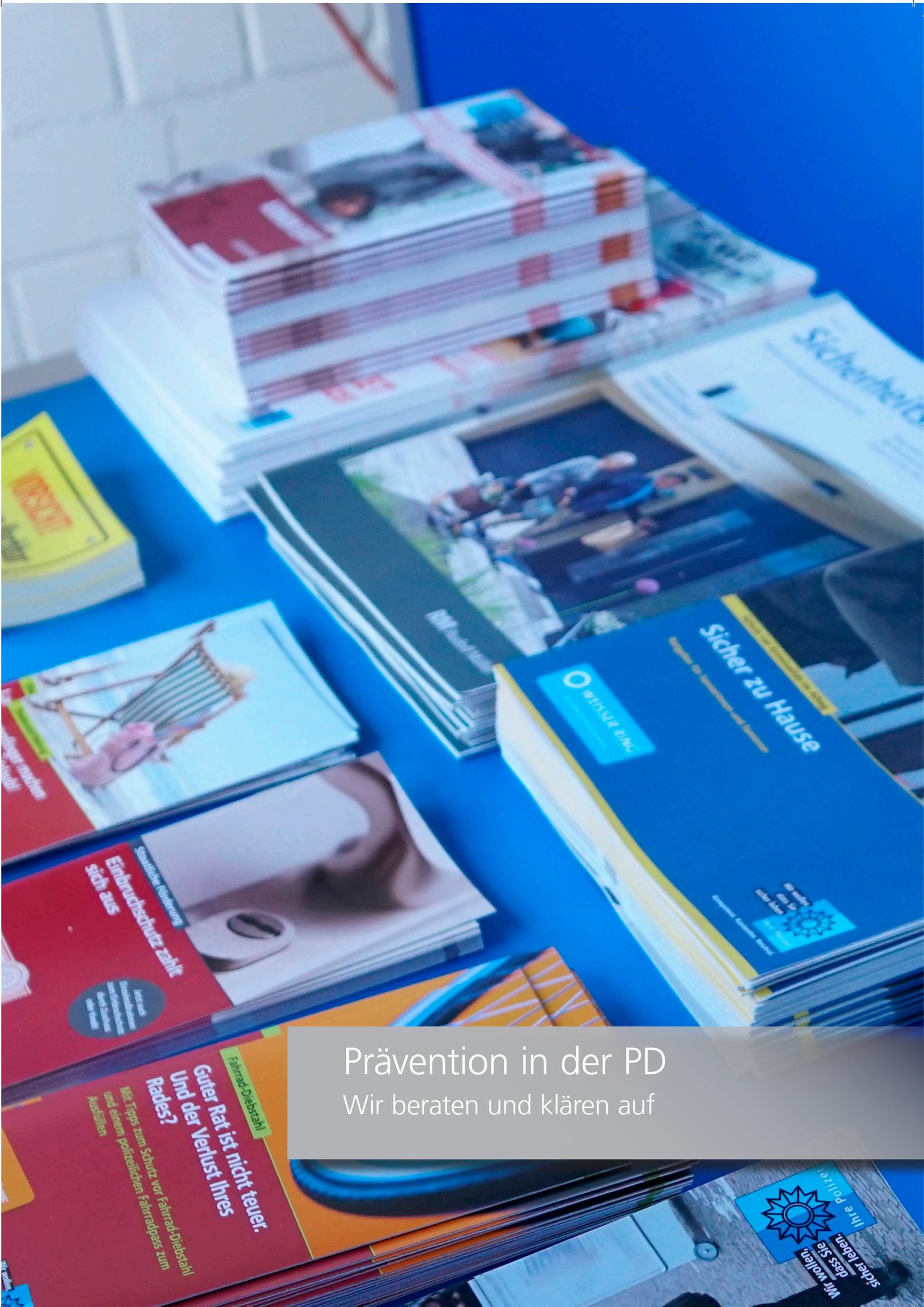
team organisierte Veranstaltung für die Kinder und Jugendlichen statt, bei der sich die Verantwortlichen den Fragen der Kinder und Jugendlichen stellten und diese sich „Gehör verschaffen konnten“. Zu diesem Anlass wurde der „Kinder- und Jugendstadtplan“ auch veröffentlicht und per Knopfdruck online gestellt.

Der bei der Veranstaltung präsentierte Plan ist seitdem sowohl in gedruckter und digitaler Form verfügbar und wird regelmäßig aktualisiert. Auch über den Veröffentlichungstermin hinaus erreichten das CTC-Gebietsteam Ergänzungen von Kindern und Jugendlichen, die in den Plan eingepflegt werden konnten. Ziel ist es weiter, den Plan regelmäßig zu pflegen und Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen.

Bis Ende des Jahres 2022 wurde der Plan über 500 Mal aufgerufen.

Vielleicht auch ein Ansatz für den Landkreis Schaumburg? Das zumindest möchte die Inspektion nach den Erfolgen für Nienburg gerne auch dort ansprechen und spätestens mit Einführung eines sogenannten Jugend-Kontaktbeamten eine Initiative starten.

Foto: DIE HARKE



Prävention in der PD
Wir beraten und klären auf



Prävention

Präventionspuppenbühne erreichte mit ihren Stücken im vergangenen Jahr mehr als 2.000 Kinder

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Göttingen unterstützt die Präventionsarbeit der Polizeiinspektionen, indem sie Präventionsbotschaften, hauptsächlich an Grundschulen und in Kindergärten, durch die Methode des Puppenspiels vermittelt. Die Einrichtungen werden von der Präventionspuppenbühne der Standorte Hildesheim und Göttingen bereist, um vor Ort zielgruppengerecht die Präventionsthemen mit den Kindern erarbeiten zu können.

Das Medienstück „Fit und fair im Netz: Auf Dich kommt es an!“ war auch im Jahr 2022 das vorrangige Präventionsprojekt und die Präventionspuppenbühne damit direktionsweit unterwegs.

Aufgrund der geltenden Corona-Bestimmungen von Polizei und Schulen konnten zu Beginn des Jahres 2022 zunächst keine Schulen besucht werden. Der erste Einsatz des Jahres fand dann in Hann. Münden statt. Hierfür wurde sogar ein Antrag für eine Ausnahmegenehmigung gestellt, den Spielbetrieb aufnehmen zu dürfen. Das Medienstück „Fit und fair im Netz! Auf Dich kommt es an“ konnte unter strengen Coronaauflagen mit den vierten Jahrgängen dann doch aufgeführt werden.

Für den Standort Hildesheim waren Schulbesuche bis April 2022 untersagt. Diese vorstellungsfreie Zeit wurde an beiden Standorten genutzt, um sich intensiv mit einer Beteiligung der Präventionspuppenbühne am Projekt „Demokratieschutz für die Polizei“ zu befassen. Zum Jahresende 2021 erhielt die Puppenbühne die Zusage für Fördergelder aus dem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“. Als Gegenleistung sollte die Puppenbühne einen Beitrag mit Puppen zum Thema Demo-

kratieschutz, entweder digital oder als Bühnenstück, erstellen. Priorisierte Zielgruppe waren hierbei zunächst Kinder. So konnten zwei neue, professionelle Puppen in Auftrag gegeben werden. Diese wurden gemeinsam mit dem beauftragten Puppenbauer entwickelt. Im April 2022 wurden die Puppen fertiggestellt und den Standorten zugesandt.

Für beide Standorte ging es jetzt in die praktische Arbeit. Es wurden Interviews mit Kindern zweier Grundschulen geführt, um sich dem Thema Demokratieschutz zu nähern. Hier war es wichtig zu erkennen, wie Schülerinnen und Schüler die Institution Polizei sehen und welche Erfahrungen sie bereits mit Polizeibeamtinnen und -beamten gemacht haben. Auf Basis der sehr aufschlussreichen Ergebnisse wurden zunächst zwei Bausteine entwickelt, um die Thematik für Grundschulkindern anbieten zu können.

Der Schaffensprozess ist noch nicht abgeschlossen, wird aber fortwährend weiterentwickelt.

Für den 21. März, den Internationalen Tag des Puppenspiels, hat sich die Präventionspuppenbühne bereit erklärt, ein Video zu erstellen, das auf die Facebook-Seite der Polizei Göttingen gestellt werden sollte. Gemeinsam wurde ein Drehbuch erarbeitet, das inhaltlich die Arbeit der Puppenbühne vorstellen soll. Dreh und Schnitt des Videos fanden im Februar und März statt. Mit dem bereits erwähnten Medien-

stück hat die Präventionspuppenbühne am Standort Göttingen im vergangenen Jahr 1015 Schülerinnen und Schüler erreicht. Von Mai bis Dezember 2022 hat die Bühne am Standort Hildesheim mit dem Medienstück 63 Vorstellungen mit insgesamt 1198 Kindern gespielt. Zusammengefügt konnten im vergangenen Jahr so 2213 Kinder erreicht werden. In Göttingen werden zurzeit neun Handpuppen, zwei handgefertigte

Klappmaulpuppen, vier „Kumquats“-Puppen und fünf Tierpuppen vorgehalten, die für den Einsatz im Puppenspiel zur Verfügung stehen. Die Präventionspuppenbühne am Standort Hildesheim verfügt über neun herkömmliche, maschinengefertigte Klappmaulpuppen und seit 2022 im Rahmen des Projektes „Polizeischutz für die Demokratie“ zusätzlich über eine von einem Puppenbauer handgefertigte Knaufpuppe.



Prävention

Die Polizei reagiert mit vielfältigen Maßnahmen auf Kriminalitätsphänomene und Trends.

In jeder Polizeiinspektion der Polizeidirektion Göttingen gibt es Präventionsteams, die auf Grundlage der polizeilichen Lageentwicklung sowie bei Erkennen neuer Phänomene und Zielgruppen tätig sind bzw. werden. In Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Kommunen und Präventionsgremien sind diese im Laufe der Zeit zudem zu einem verlässlichen Teil der gesamtgesellschaftlichen Kriminal- und Verkehrsunfallprävention geworden. Sofern Kriminalitätsphänomene an Bedeutung verlieren oder sich neue entwickeln, erfordern dies polizeiliche Reaktionen.

Mit dem Ziel, personelle Ressourcen wirkungsorientiert dort einzusetzen, wo polizeiliche Kompetenz zur Verhinderung von Kriminalität und/oder Verkehrsunfällen erforderlich ist, gibt es ein laufendes Monitoring.

Prävention bei den Jüngsten

Die Polizei ist unabdingbarer Partner von Schulen. Präsenz, Beratung und Unterstützung sollen helfen, junge Menschen auf ein Leben ohne Kriminalität vorzubereiten und sie in ihrer Entwicklung zu demokratiebewussten Menschen zu begleiten. So werden Schulen bei der Entwicklung von Sicherheits- und Gewaltpräventionskonzepten von der Polizei unterstützt. Ziel ist es zudem, externe Institutionen und Präventionsprogramme gezielter in schulische Maßnahmen einzubinden. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung Braunschweig und Hannover sowie der Polizeidirektion Göttingen evaluiert und erneut geschlossen.



Einbruchskriminalität

Die technische und verhaltensorientierte Beratung behält im Bereich der Eigentumskriminalität einen hohen Stellenwert. Parallel zur Weiterentwicklung der technischen Standards und finanzieller Förderung zur Sicherung von Immobilien, wird die sicherheitstechnische Beratung der Polizei weiterhin mithilfe des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) beworben.

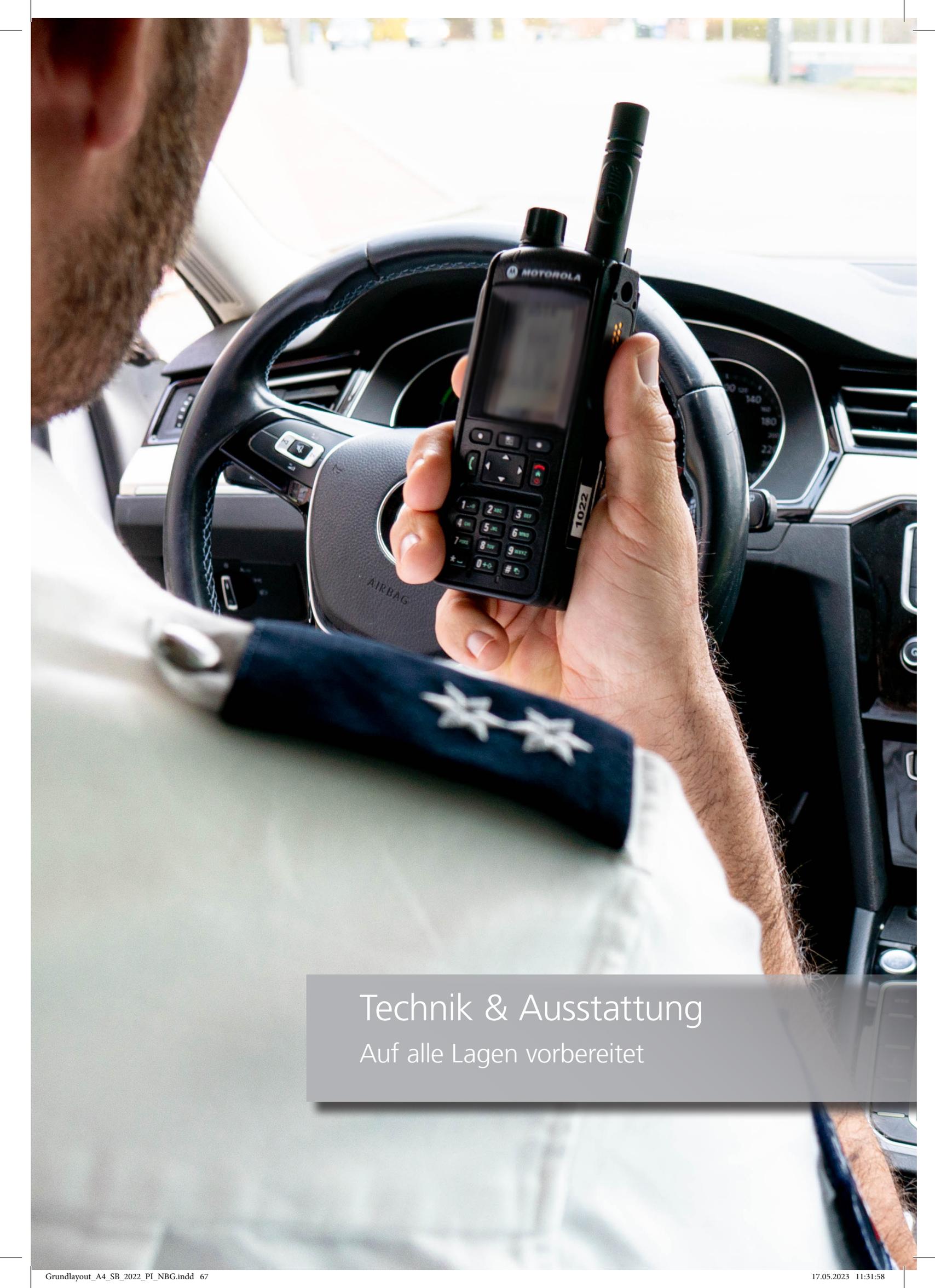
Die Polizeiinspektionen reagieren ihrerseits mit Kontrolltagen und Beratungs-offensiven auf die Entwicklung der Fallzahlen. Die Kooperation mit dem regionalen Handwerk sichert dabei eine professionelle Beratung.

Verkehrssicherheitsarbeit

Die Polizei bleibt aufgrund ihrer Fachkenntnisse Initiator verkehrsunfallpräventiver Maßnahmen. Entscheidend für die Nachhaltigkeit ist dabei die Vernetzung von Polizei, Verkehrswachten und weiteren Trägerinnen und Trägern sowie Vereinen der Verkehrssicherheitsarbeit.

Neues Konzept gegen Häusliche Gewalt

Mitte des Jahres 2022 wurde in der PD Göttingen eine neue Konzeption zur Optimierung der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt umgesetzt. Die Konzeption enthielt die wesentlichen Grundlagen des entsprechenden Erlasses, der zum 20. Dezember 2022 inkraft getreten ist. Sie soll Betroffenen von häuslicher Gewalt größtmögliche Unterstützung gewährleisten. Die Polizeiinspektionen wurden mit der strukturellen Umsetzung – etwa der Einrichtung von Kompetenzgruppen – beauftragt. Darüber hinaus wurden Kooperationen angestrebt, Ersteinschreitende und Sachbearbeitende beschult sowie weitere Schritte mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern eingeleitet, etwa die Einrichtung von Fallkonferenzen. Hilfreich war hierbei, dass in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden bereits 2021 im Rahmen der Fachtagung „Interdisziplinäre Zusammenarbeit bei häuslicher Gewalt in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden“ ein Pilotprojekt in diesem Kontext gestartet worden ist.



Technik & Ausstattung
Auf alle Lagen vorbereitet

Moderne Technik im täglichen Einsatz

Die Mitarbeitenden des Dezernats für Führungs- und Einsatzmittel verfügen nicht nur über technisches Know-how, sondern sind mitunter Fachleute für Transport verschiedenster Güter.

Nicht nur Speditionen, auch die Polizei selbst transportiert Gefahrgüter. Um einen sicheren Transport zu gewährleisten, gibt es in der Polizeidirektion Göttingen spezielle Beauftragte, die von der Behördenleitung bestellt werden und über ein großes Fachwissen im Bereich von gefährlichen Stoffen verfügen. In der Polizeidirektion Göttingen sind ein Mitarbeiter aus dem Dezernat 14 - Führungs- und Einsatzmittel - sowie ein weiterer Mitarbeiter aus der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminde mit dieser Aufgabe betraut.

Aufgabe der beiden Beauftragten ist unter anderem die gefahrgutrechtliche Beratung der Behördenleitung. Die Behördenleitung bleibt dabei grundsätzlich in der Gesamtverantwortung. Die Größe des Zuständigkeitsbereiches der Polizeidirektion Göttingen erfordert zwangsläufig, diese Verantwortung entsprechend zu delegieren. Zur Gewährleistung einer sach- und fachgerechten Umsetzung wurden dazu im Vorfeld relevante Schlüsselstellen identifiziert. Mitarbeitende an diesen Stellen – etwa bei der Bearbeitung und dem Versand von Asservaten – werden entsprechend beschult. In diesem Zusammenhang wird auch die genannte Verantwortlichkeit übertragen. Zurzeit verfügt die Polizeidirektion Göt-



tingen über insgesamt 71 gefahrgutrechtlich beschulte Mitarbeitende.

Beispielhaft für die Beförderung gefährlicher Güter sind Ver- und Entsorgung mit Druckgaspackungen – etwa Reizstoffe, Farbmarkierungssprays –, die Sammlung oder Beförderung von Lithium-Ionen-Batterien (in Geräten verbaut, außerhalb von Geräten sowie defekte oder in kritischem Zustand befindliche Batterien), die Beförderung von Pulverlöschern im Rahmen von Wartungsintervallen, die Beförderung von Blutproben sowie Munitionstransporte – aber auch alles, was gefahrgutrechtlich bei der Sicherstellung oder Beschlagnahme von Asservaten anfällt, beispielsweise chemische Lösungen.



Es gibt aber auch Ausnahmen: Die geltenden Vorschriften räumen beim Transport bestimmter Mengen von Gefahrgut allen, so auch der Polizei, Erleichterungen ein. Das hat in der Regel zur Folge, dass etwa ein Polizeifahrzeug von außen nicht wie ein „üblicher Gefahrguttransport“ gekennzeichnet sein muss. Weiterhin gibt es Ausnahmen für Mitarbeitende im Einsatz- und Streifen dienst beim Tragen ihrer Einsatzmunition und des Reizstoffsprüngerätes.

Neue Handlaser-Messgeräte

Im Rahmen einer ersten Teilauslieferung hat die Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 18 neue Handlaser-Messgeräte erhalten. Die Geräte des Typs Pro Laser 4 ersetzen die Vorgängermodelle vom Hersteller Riegli. Über die bisher ausgelieferten Geräte hinaus erhält die Polizeidirektion Göttingen zeitnah weitere Handlaser messgeräte, die weiterhin einen hohen Standard bei der technisch unterstützten Verkehrsüberwachung gewährleisten. Die Auslieferung an die Polizeiinspekti-

onen erfolgt zeitnah nach entsprechender Fortbildung des Messpersonals. Überhöhte Geschwindigkeit zählt auch weiterhin zu den Hauptunfallursachen, denen mit Hilfe der neuen Technik entschieden begegnet werden kann. Der geringe Aufwand bei der Einrichtung von Messstellen ermöglicht beispielsweise flexible Wechsel von Kontrollstellen, wodurch auch das subjektive Entdeckungsrisiko der Verkehrsteilnehmenden erhöht wird. Diese werden im Rahmen der Geschwindigkeitsmessung vor Ort angehalten und direkt mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert. Ziel ist es, ein nachhaltiges Lernverhalten zu erreichen. Zusätzlich werden im Rahmen der Kontrolle verkehrsaufklärende Gespräche geführt, die der Zielgruppe angepasst sind und für Gefahren sensibilisieren sollen.

Alle Handlasermessgeräte der Landespolizei Niedersachsen werden für den Einsatz geprüft und freigegeben. Zudem unterliegen sie einer jährlichen Eichpflicht und sind eichamtlich gesichert.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

In Anbetracht der ressortübergreifenden Bedeutung innerhalb des Landes Niedersachsen übernimmt die Landesregierung beim Thema Ladeinfrastruktur

für E-Fahrzeuge eine Vorbildfunktion. Für deren Errichtung bzw. Ausbau wurde im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung das „Team Elektromobilität“ gegründet. Gemeinsam mit dem Niedersächsischen Finanzministerium, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Landesamt für Bau und Liegenschaften werden Projekte geplant und umgesetzt.

Die Folgen der Pandemie, wie auch die des Ukraine-Krieges haben zu erheblichen Verzögerungen bei der Errichtung und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur geführt. Zusätzlich wurden Arbeiten an der infrastrukturellen Anbindung einzelner polizeilicher Liegenschaften erforderlich.

Folgen dieser Umstände sind bisher nicht planbare Verzögerungen bei der Umsetzung gesteckter Zielvorhaben. Im zurückliegenden Jahr konnte in der Polizeidirektion Göttingen von den fünf geplanten Hauptstandorten nur einer mit 15 Ladepunkten und einer Schnellladesäule am Standort der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg fertiggestellt werden.

Angestrebtes Ziel in diesem Jahr bleibt die Errichtung bzw. der Ausbau der Ladeinfrastruktur an den noch verbleibenden vier Standorten innerhalb der PI

Northeim, Hameln-Pyrmont/Holzmin-den sowie jeweils zweimal im Bereich der PI Göttingen.

Aufstellung und Laufleistung des Fuhrparks

Der Fuhrpark der Polizeidirektion Göttingen konnte im Jahr 2022 durch weitere 27 Fahrzeuge verjüngt werden. Die Haushaltslage sowie die unterbrochenen Lieferketten, insbesondere für Elektrofahrzeuge, hatten dabei leider zur Folge, dass bei der Beschaffung auch auf herkömmliche Antriebsarten zurückzugreifen werden musste. Bei der zukünftigen Fahrzeugbeschaffung wird weiterhin das Ziel einer insgesamt emissionsarmen Mobilität verfolgt.

Der Fuhrpark der Polizeidirektion Göttingen umfasst aktuell 547 Einsatzfahrzeuge in unterschiedlichen Fahrzeugkategorien. Die Gesamtfahrleistung des Fuhrparks betrug im Jahr 2022 rund 9,65 Millionen Kilometer. Dabei hat die Kostenentwicklung den Haushalt der Polizei zusätzlich stark belastet: Die Kraftstoffkosten sind um ca. 30 Prozent gestiegen.

Die Kosten für Betriebsstoffe von ca. einer Million Euro im Jahr 2021 entwickelten sich auf 1,3 Millionen Euro im Jahr 2022 – und das trotz insgesamt leicht geringerer Gesamtfahrleistung.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN



HÜTCHENSPIEL BEENDET,

EINBRUCH VERHINDERT.

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2022 hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die Arbeit unserer Dienststellen gegeben. Wir haben uns wieder bemüht, Sie über all unsere Arbeitsbereiche zu informieren – von der Verkehrssicherheitsarbeit über die Kriminalitätsbekämpfung bis hin zur Prävention. Ich hoffe, wir konnten deutlich machen: Ihre Polizei ist am Puls der Zeit, reagiert auf neue Entwicklungen und passt ihre Arbeit dort an, wo es erforderlich ist.

Das vergangene Jahr hat uns alle vor Herausforderungen gestellt, die so nicht abzusehen waren. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und den damit einhergehenden Folgen für uns alle, hat vermutlich kaum jemand gerechnet. Wir haben auch darauf reagiert und uns intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir Kritische Infrastrukturen im Ernstfall schützen und aufrecht erhalten können. Dazu haben wir auch die Kommunen in unserem Zuständigkeitsbereich ins Boot geholt, zu denen schon vorher gute Kontakte bestanden haben. Wir werden diese Kontakte und auch die Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Städten im laufenden Jahr weiter ausbauen, um gemeinsam gewappnet zu sein für alle Herausforderungen. Denn klar ist: Die Bewältigung von Krisen, ganz gleich wie diese geartet sind, ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Wir werden sie meistern – davon bin ich überzeugt, gerade weil wir zusammenarbeiten.

Parallel dazu arbeiten wir in unserer Polizeidirektion an Maßnahmen, die unsere Handlungsfähigkeit im Ernstfall sicherstellen. Im Rahmen einer Arbeitstagung zu Beginn des Jahres, an der alle Fachbereiche beteiligt waren, wurde ein Maßnahmenkatalog ausgearbei-



tet, der nun nach und nach umgesetzt wird.

Der Schutz der Kritischen Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit der Polizei waren aber nicht die einzigen Themen, die uns im vergangenen Jahr bewegt haben. Zu Beginn des Jahres waren es noch die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die unsere Einsatzkräfte stark gefordert haben. Sie wurden abgelöst von einer Vielzahl von Demonstrationen gegen den russischen Angriffskrieg sowie von Umweltschutzaktivistinnen und -aktivisten, die auf vielfältige Weise für mehr Klimaschutz demonstrierten.

Apropos Corona-Pandemie: Die sinkenden Infektionszahlen und die Lockerung der Schutzmaßnahmen haben dazu geführt, dass unsere Arbeit – insbesondere im Präventionsbereich – wieder verstärkt in Präsenz stattfinden konnte. Das war wichtig, denn gerade die Prävention lebt vom direkten Gespräch und dem persönlichen Kontakt. Wir konnten auch wieder direkt an junge Menschen herantreten und sie

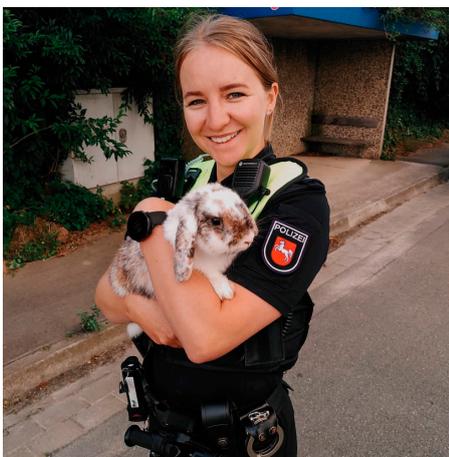
bei vielfältigen Gelegenheiten für den Beruf der Polizistin und des Polizisten begeistern. Gleichzeitig hat die Lockerung der Corona-Maßnahmen aber auch wieder zu einem Anstieg der Fallzahlen in verschiedenen Kriminalitätsbereichen geführt, beispielsweise im Bereich der Eigentumskriminalität oder bei den Körperverletzungsdelikten. Das zeigt: Die Menschen sind wieder mehr unterwegs, sie treffen wieder häufiger aufeinander – das ist positiv, es schlägt sich aber auch in der Kriminalitätsstatistik nieder.

Wir werden auf diese Entwicklungen im laufenden Jahr reagieren und unsere Arbeit an die aktuellen Erfordernisse anpassen. So wie wir es immer getan haben und auch in Zukunft tun werden. Das ist unser Anspruch, dem wir gerecht werden wollen und werden – darauf können Sie vertrauen.

Tanja Wulff-Bruhn
Polizeipräsidentin

Impressionen





Impressionen



Impressum

Herausgeberin

Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Tanja Wulff-Bruhn

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination

Natalia Bornemann-Zarczynska
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat 01

Layout

Natalia Bornemann-Zarczynska
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat 01

Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheber/innen

Polizeiakademie Niedersachsen,
iStock/youngphoto (Seite 17)
iStock/Giuda90 (Seite 23)
iStock/Cyano66 (Seite 24)
Polizeidirektion Göttingen sowie
nachgeordneten Polizeiinspektionen

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Goltze Druck GmbH Göttingen



**POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN**